

**2. Sitzung des Gemeindeparlamentes,  
Donnerstag, 18. November 2010  
Stadthaus, Ratsaal,  
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 22.15 Uhr**

Anwesend sind: 46 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Daniel Dähler, 2. Heinz Eng, 3. Nadja Fleischli, 4. Thomas Frey, 5. Alexandra Kämpf,  
6. Urs Knapp, 7. Andreas Schibli, 8. René Wernli, 9. Christian Wüthrich, 10. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Corinne Bader, 3. Ramazan Balkaç, 4. Rolf Braun,  
5. Lukas Derendinger, 6. Werner Good, 7. Thomas Marbet, 8. Huguette Meyer Derungs,  
9. Dr. Rudolf Moor, 10. Daniel Schneider, 11. Luzia Stocker Rötheli,  
12. Dr. Arnold Uebelhart, 13. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Patrick Kissling, 5. Thomas  
Pfluger, 6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou (bis 21.00 Uhr), 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Anita Huber, 3. Sandra Näf, 4. Theo Schöni, 5. Patrick Weibel,  
6. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Markus Flury, 3. André Köstli, 4. Domenico Maiolo, 5. Christian Werner,  
6. Marc Winistörfer, 7. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident  
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion  
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport  
Peter Schafer, Direktion Soziales  
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit  
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion

Stefan Hagmann, Rechtskonsulent

Markus Sieber, Finanzverwalter

Aldo Stoppa, Stadtplaner

Entschuldigt abwesend:

Stefan Nünlist

Dr. Max Pfenninger

Daniel Probst

Anna Engeler

Vorsitz: Heinz Eng

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

Geschäfte:

10. Volksinitiative „Verkehrsfreie Innenstadt Olten“/Antrag auf Ablehnung
11. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
  - 11.1. Volksmotion betr. Kronenplatz Olten (eingereicht am 24.06.2010/neu traktandiert)
  - 11.2. Motion Luzia Stocker/Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende betr. rasche und für die Bevölkerung unmittelbar erlebbare Umsetzung von Massnahmen für die Attraktivierung der Innenstadt Olten im Jahre 2010 (eingereicht am 27.08.2009/neu traktandiert)
  - 11.3. Motion Daniel Schneider und Luzia Stocker (SP-Fraktion) betr. Sperrung der Kirchgasse Olten per 1. Mai 2010 (eingereicht am 28.01.2010/neu traktandiert)
  - 11.4. Motion Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende betr. sofortige Umsetzung eines Parkleitsystems (eingereicht am 24.06.2010/neu traktandiert)
  - 11.5. Postulat Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Masterplan im Gebiet zwischen Bifang und Innenstadt (eingereicht am 28.01.2010/neu traktandiert)
  - 11.6. Motion Daniel Probst (FdP) und Huguette Meyer (SP) und Mitunterzeichnende betr. Prüfung und Anpassung der Vorgaben für die Nutzung des öffentlichen Raums durch Gastronomie- und Gewerbebetriebe (eingereicht am 20.05.2010/erstmalig traktandiert am 24.06.2010, zweites Mal am 16.09.2010)
  - 11.7. Motion Daniel Dähler (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Neubau Kunstmuseum und Erweiterung Naturmuseum mit städtischer, kantonaler und privater Unterstützung (eingereicht am 24.06.2010/erstmalig traktandiert am 16.09.2010)
  - 11.8. Postulat Ruedi Moor (SP) und Mitunterzeichnende betr. „Attraktivere Innenstadt: Für eine rasche Realisierung des Museenneubaus“ (eingereicht am 24.06.2010/erstmalig traktandiert am 16.09.2010)

- 11.9. Postulat Simon Haller (GLP) und Mitunterzeichnende betr. Nutzungserweiterung Kunstmuseum zur Belebung der Innenstadt (eingereicht am 24.06.2010/erstmalig traktandiert am 16.09.2010)
- 11.10. Postulat Andreas Schibli (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Spielplatzgeräte in der Stadt Olten (eingereicht am 17.12.2009/erstmalig traktandiert am 20.05.2010, zweites Mal am 24.06.2010, drittes Mal am 16.09.2010)
- \* 11.11. Postulat Patrick Weibel (GO) und Mitunterzeichnende betr. Steigerung der energetischen Grüngutnutzung (eingereicht am 28.01.2010/erstmalig traktandiert am 20.05.2010, zweites Mal am 24.06.2010, drittes Mal am 16.09.2010)
- \* 11.12. Postulat Thomas Marbet (SP) und Mitunterzeichnende betr. ehemaliger Kapo-Posten (eingereicht am 25.03.2010/erstmalig traktandiert am 20.05.2010, zweites Mal am 24.06.2010, drittes Mal am 16.09.2010)
- \* 11.13. Interpellation Marcel Steffen (CVP/EVP/GLP) und Mitunterzeichnende betr. „ERO in Olten“ (eingereicht am 18.11.2009/erstmalig traktandiert am 20.05.2010, zweites Mal am 24.06.2010, drittes Mal am 16.09.2010)
- \* 11.14. Interpellation Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Burka“ (eingereicht am 28.01.2010/erstmalig traktandiert am 20.05.2010, zweites Mal am 24.06.2010)
- \* 11.15. Interpellation Urs Knapp (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Pensionskasse der Stadt Olten (eingereicht am 17.12.2009/erstmalig traktandiert am 24.06.2010, zweites Mal am 16.09.2010)
- \* 11.16. Interpellation Luzia Stocker (SP) betr. Bereitstellung von finanziellen Mitteln für das Projekt „Chance Olten Ost“ (eingereicht per 16.09.2010/erstmalig traktandiert am 16.09.2010)
- \* 11.17. Postulat Daniel Dähler (FdP) und Mitunterzeichnende betr. klimaneutrale Stadtverwaltung bis 2025 (eingereicht am 28.01.2010/erstmalig traktandiert am 16.09.2010)
- \* 11.18. Motion GPK für auftragsorientierte Kompetenzen der GPK (eingereicht am 25.03.2010/erstmalig traktandiert 16.09.2010)
- \* 11.19. Motion Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Ausbau der Aufsichtsinstrumente (eingereicht am 25.03.2010/neu traktandiert)
- \* 11.20. Motion Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „200'000.— Franken sind genug“ (eingereicht am 28.01.2010/neu traktandiert)
- \* 11.21. Motion Anna Engeler und Myriam Frey (GO) betr. Würdigung an den erfolgreichsten Sportler der Stadt Olten (eingereicht am 24.06.2010/neu traktandiert)
- \* 11.22. Interpellation Stephan Hodonou (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Situation und Strategie spezielle Förderung in den Geleiteten Schulen der Stadt Olten (eingereicht am 16.09.2010/neu traktandiert)
- \* aus Zeitgründen nicht behandelt

\* \* \*

**Parlamentspräsident Heinz Eng** begrüsst die Anwesenden zur Fortsetzung der gestrigen Sitzung.

\* \* \*

## Mitteilungen

**Parlamentspräsident Heinz Eng:**

### Zusatzsitzung vom 15. Dezember 2010

Die angekündigte Sitzung vom 15. Dezember wird nicht stattfinden. Wir werden am 16. Dezember sehen, wie weit wir kommen. Das Büro wird allenfalls noch vor Weihnachten eine Umfrage betr. Doppelsitzung am 26./27. Januar 2011 durchführen. Ich bitte Euch, den 26. Januar 2011 provisorisch einzutragen.

\* \* \*

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2010

Akten-Nr. 16/3

Prot.-Nr. 26

## **Führung Stadtratsgeschäfte und Geschäftskontrolle/Berichterstattung**

Im Zusammenhang mit dem Thema Olten SüdWest sind im März 2010 von Seiten der GPK zwei Vorstösse eingegangen, welche die Führung der Stadtratsgeschäfte und die Geschäftskontrolle innerhalb der Stadtverwaltung in Frage stellen. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass aus der genannten Situation nicht abgeleitet werden kann, dass in der Stadtverwaltung Olten punkto Führung der Stadtratsgeschäfte und Geschäftskontrolle generell unhaltbare Zustände bestehen: Während im ersten Bereich die rechtlichen Vorgaben klar eingehalten werden, bestehen auch im Bereich Geschäftskontrolle Vorgaben, die aber nicht für die gesamte Verwaltung einheitlich und zentral geregelt sind. Der Stadtrat sieht deshalb die Diskussion zu diesen Themen als Chance zu Verbesserungen. Die notwendigen Schritte sind eingeleitet.

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Zu zwei im März 2010 eigenreichten Vorstössen der GPK unterbreitet Ihnen der Stadtrat folgende Berichterstattung:

### 1. Ausgangslage

Mit Mail vom 3. März 2010 hat die GPK folgende Vorstösse bei der Stadtkanzlei eingereicht:

#### a. Dringliches Postulat GPK betr. "Für eine bessere Führung der Stadtrats-Geschäfte"

*„Die Geschäftsprüfungskommission des Oltner Parlaments hat in ihrer Aufarbeitung zu den Vorgängen um ein Kaufangebot an den Stadtrat für das Areal Olten SüdWest deutliche Mängel in der Organisation und Führung der Stadtrats-Geschäfte festgestellt. Der Stadtrat wird aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten dem Parlament einen Bericht zur Kenntnisnahme zu unterbreiten, in dem er aufzeigt, mit welchen Anordnungen und Massnahmen er im Lichte des GPK-Berichtes die Organisation und Führung verbessert hat.*

#### *Begründung des Postulates und der Dringlichkeit*

*Die GPK fordert in ihrem Bericht den Stadtrat auf, die Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO-Nr. 111) und die Geschäftsordnung des Stadtrates von Olten (SRO-Nr. 122) im Rahmen der Vorbereitung, Traktandierung, Fällung und Protokollierung von Entscheiden und Beschlüssen einzuhalten. Insbesondere sind (wichtige) Entscheide vorgängig und einzeln zu traktandieren, mit Anträgen und Erläuterungen sowie allfälligen Beilagen zu versehen. Strategische Entscheide sind auf der Traktandenliste als solche speziell zu kennzeichnen. Zudem sind sämtliche Beschlüsse des*

*Stadtrates zu protokollieren, so dass die wesentlichen Erwägungen sowie die eigentliche Entscheidung festgehalten werden und nachvollziehbar sind.*

*Die Mängel in der Führung der Stadtrats-Geschäfte sind dringend zu beheben. Entsprechend ist das vorliegende Postulat dringlich zu behandeln.“*

- b. Dringliches Postulat GPK betr. "Für bessere Kommunikation des Stadtrates und der Verwaltung

*„In ihrer Aufarbeitung der Vorgänge um das Kaufangebot an den Stadtrat für SüdWest hat die GPK festgestellt, dass keine direktionsübergreifende und keine einheitliche Regelung besteht, wie externe Korrespondenzen entgegenzunehmen, deren Empfang zu bestätigen, diese zu behandeln, wie und innert welcher Frist diese zu beantworten sowie wie die Antworten zu dokumentieren und zu archivieren sind.*

*Der Stadtrat wird aufgefordert, für sich selber und für die Verwaltung verbindliche Regeln für die Behandlung von externer Korrespondenz zu definieren und diese Regeln auch konsequent anzuwenden beziehungsweise durchzusetzen.*

*Das Gemeindeparlament ist innert sechs Monaten nach Überweisung des Postulates über die getroffenen Massnahmen zu informieren.*

*Begründung des Postulates und der Dringlichkeit:*

*Innerhalb der Verwaltung der Stadt Olten gibt es eine zentrale Stelle für den Posteingang. Doch diese ist nicht dafür zuständig, zu registrieren, wer von wem wann einen Brief erhalten hat. Diese Posteingangszentrale verteilt lediglich die Korrespondenz an die entsprechenden Direktionen und Stellen.*

*Die GPK empfiehlt dem Stadtrat, dafür besorgt zu sein, eine entsprechende Geschäftskontrolle einzuführen. Diese ist für eingehende Anfragen (Briefe und Mails), die eine Bearbeitung auslösen, entweder zentral zu führen oder aber, falls spezifische Besonderheiten zu berücksichtigen sind, direktionsübergreifend nach gleichen Kriterien verbindlich auszugestalten. Als mögliche Kriterien kommen in Frage: Eingangsbestätigung, Anmelden der Pendenz inklusive automatischer Erinnerung und Bestätigung der abschliessenden Erledigung.*

*Die Mängel in der Behandlung von Korrespondenz sind dringend zu beheben. Entsprechend ist das vorliegende Postulat dringlich zu behandeln.“*

Die beiden Vorstösse wurden an der Parlamentssitzung vom 25. März als dringlich erklärt und einstimmig überwiesen.

## 2. Erwägungen

Bereits bei seiner Beantwortung der beiden Vorstösse betonte der Stadtrat, zum Thema Olten SüdWest seien zugegebenermassen Fehler passiert, die man künftig vermeiden müsse. Daraus könne aber nicht zwingend auf generelle Probleme geschlossen werden: Tatsache sei, dass in der konkreten Situation dem Geschäft „Kauf Olten SüdWest“ nicht der nötige Stellenwert beigemessen worden sei, da es in den Augen des damaligen Stadtrates bereits genügend erörtert und entschieden schien. Aus dieser politischen Gewichtung könne nicht abgeleitet werden, dass der Stadtrat die geltenden Reglemente betr. Führung der Stadtratsgeschäfte generell nicht einhalte oder dass punkto externe Korrespondenz keinerlei Kontrolle bestehe.

## 2.1 Organisation und Führung der Stadtratsgeschäfte

Art. 11 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SRO 122) legt fest, dass der Stadtrat auf der Grundlage schriftlicher Anträge der zuständigen Direktion(en) beschliesst, welche sachgerecht Ausgangslage und Erwägungen enthalten. Bei allen Anträgen und Vorlagen sind die finanziellen Auswirkungen auszuweisen. Auf Grund dieser Vorgaben und von Anregungen der GPK wurde im Jahr 2003 ein Raster für die Berichte und Anträge<sup>1</sup> erstellt, den seither die Direktionen für die Formulierung ihrer Vorlagen verwenden. Je nach Bedeutung und Detaillierungsgrad der Vorlage können dabei einzelne Punkte weggelassen bzw. ergänzt werden. Dieser Raster wird von allen Direktionen einheitlich angewendet.

Art. 11 der GeschO des Stadtrates betont in Abs. 4 aber auch, dass in dringenden Fällen eine Beschlussfassung oder Beratung mündlicher oder nachträglich eingereichter Anträge erfolgen kann, wenn mindestens vier Mitglieder bereit sind, auf das Geschäft einzutreten. Dieser Fall tritt denn auch in der Praxis ein.

Wichtig ist, dass alle Beschlüsse, auf welcher Basis sie auch immer gefällt werden, protokolliert werden. Dies ist denn auch der Fall: Seit der Einführung des Kommunikationskonzeptes am 29. Juli 2002 werden zwei Protokolle geführt:

- einerseits ein Beschlussprotokoll über die Beschlüsse des Stadtrates, das in der Regel öffentlich ist, sofern nicht schützenswerte öffentliche oder private Interessen entgegen stehen, und deshalb auch im Internet publiziert wird.
- andererseits ein Laufprotokoll mit den wichtigsten Voten der Stadtratsmitglieder zu den einzelnen Vorlagen wie auch zu Gesprächsthemen, die noch nicht entscheidreif sind oder einer Vorabklärung zur Grundhaltung des Stadtrates bedürfen. Dieses Laufprotokoll ist nicht öffentlich. Adressaten sind der Stadtrat und die Direktionskonferenz (Verwaltungsleiter und Querschnittsdienstleistende), über welche die Information in die Direktionen läuft.

Auf Grund des GPK-Vorstosses hat der Stadtrat eine Überprüfung dieser Praxis vorgenommen und diese als zweckmässig und zielführend beurteilt. Im Sinne einer stetigen Qualitätsverbesserung werden zudem im Laufprotokoll neu zusätzlich sämtliche Schreiben an den Stadtrat aufgeführt sowie Schreiben und Mitteilungen an eine Direktion oder Abteilung, die dem Gesamtstadtrat zur Kenntnis gebracht werden.

## 2.2 Behandlung externer Korrespondenz

Im Bereich der Behandlung externer Kompetenz bestehen in den einzelnen Direktionen sehr wohl Regelungen, etwa über das Handling von Empfangsbestätigungen oder über die Fristen für Beantwortungen. Zudem legt das Archivreglement (SRO 116) im Detail die Fragen der Archivierung fest. Mit Ausnahme des Archivwesens sind diese Vorgaben aber derzeit noch nicht für die gesamte Verwaltung einheitlich und zentral geregelt. In diesem Sinne besteht auch nicht eine „durchgehende“ Geschäftskontrolle, die beispielsweise ein Nachverfolgen von zentral bei der Stadtkanzlei eingegangener Korrespondenz nach deren Zuweisung an eine einzelne Direktion erlauben würde.

Die Direktion Stadtpräsidium hat daher bereits Ende 2009 – unabhängig vom Thema Olten SüdWest – in Zusammenarbeit mit der Direktion Finanzen und Informatik ein umfassendes Projekt mit dem Titel „Records Management“ eingeleitet, mit dem nicht nur das Korrespondenzwesen, zu dem im Übrigen auch der immer umfangreicher werdende Mail-Verkehr gehört, sondern der gesamte Lebenszyklus von Unterlagen und Dossiers, vom Eingang bzw. von der Erstellung bis zum Langzeitarchiv, sowohl digital wie auch in

---

<sup>1</sup> Vgl. Beilage 1: Raster Berichte und Anträge an das Gemeindeparlament

Papierform, erfasst und neu geregelt werden soll. Eingebaut werden soll nach Möglichkeit auch die Gelegenheit, im Sinne eines effektiven und effizienten Projektmanagements laufende Projekte und deren Stand auf einfache, ressourcenschonende Weise abzubilden.

Gegenwärtig wird mit der spezialisierten Firma Docuteam GmbH in Baden die entsprechende Strategie entwickelt<sup>2</sup>, in die auch die Thematik Geschäftskontrolle einfließt. Als Basis wird derzeit bis Ende Jahr der zentrale Registraturplan der Stadtkanzlei an die Erfordernisse neuer Technologien und Erkenntnisse angepasst. Ebenfalls bis Ende Jahr soll zudem das Pflichtenheft für ein für die Geschäftsverwaltung zu beschaffendes Dokumentenmanagementsystem vorliegen, das im kommenden Jahr beschafft und als Pilot für die Stadtkanzlei eingeführt werden soll. In den nachfolgenden Jahren sollen Dokumentenmanagementsystem und Geschäftsverwaltungssystem auf die Gesamtverwaltung ausgedehnt und das digitale Stadtarchiv inklusive Ablieferungsvereinbarungen mit den Verwaltungsabteilungen aufgebaut werden. Entsprechende finanzielle Mittel sind sowohl im Budget 2011 wie in der Finanzplanung enthalten.

### Beschlussesantrag:

Von der Berichterstattung zum Thema Führung Stadtratsgeschäfte und Geschäftskontrolle wird Kenntnis genommen.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

**Nico Zila, GPK:** Wir haben bei der Entgegennahme unserer Vorstösse, die ja notabene immer konstruktiv gedacht waren, im Nachgang zur Aufarbeitung Olten SüdWest im März bereits festgestellt, dass der Stadtrat unsere Anliegen mit viel Goodwill entgegen nimmt, der sich offensichtlich bis zum vorliegenden Bericht durchgezogen hat. Zum ersten Postulat „Führung der Stadtratsgeschäfte“ ist vielleicht anzumerken, dass die Unterscheidung, die zwischen dem Beschlussprotokoll und einem Laufprotokoll der Stadtratssitzungen gemacht wird, verdankenswert ist. Es war sicher nicht allen im Saal bekannt, dass es dies gibt. Die Vervollständigungen bei der Protokollierung, die auch durch die Lehren, die gezogen werden konnten, ausgelöst wurden, sind sicher wünschenswert und positiv zu vermerken. Zum Postulat für bessere Kommunikation ist zu sagen, dass das ganze Projekt Records Management aus meiner Sicht und auch aus Sicht der GPK unserer Stadt wirklich eine positive Geschichte ist. Es geht dort darum, dass man das Dokumentenmanagement, den Umgang mit Schriftstücken vom Erhalt über die ganze Verarbeitungsphase bis hin zur Archivierung auf einen Nenner bringen und auf einem Gleis laufen lassen kann. Das Projekt scheint sehr seriös aufgegleist zu sein. Aus Sicht der GPK ist auch die Einführung im Jahr 2011 absolut nötig. Die Firma Doku-Team aus Baden, die der Stadtrat hier beigezogen hat, genießt in Fachkreisen einen hervorragenden Ruf und hat auch vielfältige, sehr interessante Referenzprojekte zu verzeichnen. Kurz und bündig: Die GPK dankt für die Aufnahme und Umsetzung ihrer Anliegen. Es ist kein Wurf, aber sehr wohl okay, was in diesem Bericht steht.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Vielen Dank für die Ausführungen des GPK-Sprechers. Im Namen des gesamten Stadtrates möchte ich festhalten, dass Vorstösse dieser Art für den Stadtrat durchaus hilfreich sind. Die Grundlage oder Auslösung dieser beiden Geschäfte war

---

<sup>2</sup> Vgl. Beilage 2: Strategiepapier „Records Management und digitale Langzeitarchivierung“, Stand 25. Mai 2010

das Thema Olten SüdWest. Die Vorstösse haben vom Stadtrat einen Bericht verlangt, der aufzeigt, mit welchen Anordnungen Massnahmen, Organisation und Führung der Geschäfte verbessert werden sollen. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass aus der Situation, in der dies entstanden ist, nicht einfach abgeleitet werden kann, dass in der Verwaltung punkto Führung der Stadtratsgeschäfte oder der Geschäftskontrolle sogenannte „unhaltbare Zustände bestehen“. So hat man es einmal lesen können. Der Stadtrat hält grundsätzlich die rechtlichen Vorgaben klar ein. Auch im Bereich der Geschäftskontrolle bestehen Vorgaben. Sie sind nicht einheitlich und zentral geregelt, doch sollen, müssen oder werden sie verbessert. Es sind auch klare Schritte eingeleitet worden. In der Geschäftsordnung des Stadtrates wird festgelegt, wie der Stadtrat Beschlüsse fasst. Was ist die Grundlage? Eine sachgerechte Ausgangslage, Erwägungen und die finanziellen Auswirkungen. Diese drei Punkte müssen in den Berichten und Anträgen, die der Stadtrat beschliesst, vorkommen, im Detail beschrieben und diskutiert werden können. Dies gilt seit 2003, im Übrigen damals von der GPK angeregt. Auch der mündliche Beschluss ist möglich. Wichtig ist, dass alle Beschlüsse, auf welcher Basis sie auch immer gefällt werden, protokolliert werden. Aufgrund der GPK-Vorstösse hat der Stadtrat eine Überprüfung dieser Praxis vorgenommen und im Sinne einer stetigen Verbesserung der Qualität – ich glaube, das ist auch richtig so – sind auch Anpassungen vorgenommen worden. Man findet auch Aussagen zur externen Korrespondenz. Im Handling gibt es noch keine einheitlichen Regelungen. Es besteht keine durch alle Instanzen durchgehende Geschäftskontrolle. Jetzt hat das Stadtpräsidium, unabhängig von diesem Ereignis Olten SüdWest, in Zusammenarbeit mit der Direktion Finanzen und Informatik, ein umfassendes Projekt mit dem Titel „Records Management“ eingeleitet. Dabei geht es um das gesamte Korrespondenzwesen, den sehr umfangreichen Mailverkehr, was heute ja auch gang und gäbe ist – aber insbesondere auch um den gesamten Lebenszyklus von Unterlagen und Dossiers vom Eingang, der Erstellung bis zum Langzeitarchiv. Eingebaut werden hier im Sinne eines Projektmanagements auch laufende Projekte und deren Abbildung, damit man immer sofort auf den Punkt kommen kann, wo wir stehen, was wir gemacht haben und wohin es geht. Die Verhandlungen laufen sehr intensiv, die Strategie ist entwickelt. Bis Ende 2010 wird der zentrale Registraturplan von der Stadtkanzlei an die neuen Technologien angepasst, das Pflichtenheft für das Dokumentenmanagement-System wird ebenfalls bis Ende Jahr vorliegen. Das Produkt wird 2011 definitiv eingeführt. Die Mittel habt Ihr gestern Abend beim Budget 2011 gesprochen. Sie sind auch im Finanzplan bereits abgebildet. In diesem Sinne bittet Euch der Stadtrat um Kenntnisnahme dieser Berichterstattung.

**Gert Winter:** Die SVP Stadt Olten hat Kenntnis genommen von den Bestrebungen, die Prozeduren, insbesondere bei der Behandlung der externen Korrespondenz zu vereinheitlichen und mit dem Projekt Records Management Lücken zu schliessen. Wir hoffen allerdings, dass die Bestrebungen weniger in Richtung administrativer Perfektionismus gehen, sondern eher dahin, dem Stadtrat und insbesondere der Verwaltung die Arbeit zu vereinfachen und zu erleichtern. Das heisst, wünschbar scheint uns eine Optimierung unter dem Gesichtspunkt der administrativen Abläufe und weniger unter demjenigen einer möglichst umfassenden Kontrolle.

**Dr. Rudolf Moor:** Wir von der SP sind erfreut, dass der Stadtrat bereit ist, aus den Mängeln, die wir im Zusammenhang mit Olten SüdWest festgestellt haben, die Konsequenzen zu ziehen und die Sache zu verbessern. Vor allem die Aufnahme sämtlicher Schreiben in das Laufprotokoll erachten wir als zweckmässig und auch nötig. Das ist sicher eine gute Sache. Hingegen fällt die Antwort bezüglich der externen Korrespondenz aus unserer Sicht ein wenig sehr technisch aus. Es fehlen etwas ein klarer Wille und klare Bekenntnisse, dass eigentlich jedes Schreiben sofort bestätigt werden sollte und die rasche Beantwortung jedes Schreibens und jedes Vorstosses, der eingereicht wird, höchste Priorität hat. Das Tool ist sicher gut, aber wie gut ein Tool genutzt wird, hängt auch von der Motivation ab, die bei dessen Benützung angewendet wird. Deshalb finden wir, dass noch etwas mehr Begeisterung und Motivation vorhanden sein müssten, dass das Tool wirklich genutzt wird

und der Wille da ist, schnell auf Korrespondenz zu reagieren und sicher zu stellen, dass alle innert nützlicher Frist eine gute Antwort erhalten. Urs Knapp sagt bei der Kenntnisnahme jeweils, man könne es zustimmend oder nicht zustimmend tun. Ich würde sagen, wir nehmen es leicht ermahmend für etwas mehr Begeisterung zur Kenntnis nehmen.

**Antonia Hagmann, CVP/EVP/GLP-Fraktion:**

Infolge einer Tonstörung konnte das Gesprochene nicht abgehört werden.

**Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Beschluss**

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Von der Berichterstattung zum Thema Führung Stadtratsgeschäfte und Geschäftskontrolle wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an:  
Direktion Stadtpräsidium/Markus Dietler  
Geschäftskontrolle  
Finanzverwaltung  
Finanzkontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2010

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 27

## **Volksinitiative «verkehrsfreie Innenstadt Olten»/Antrag auf Ablehnungsempfehlung**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

### 1. Ausgangslage

Am 4. März 2010 wurde die Initiative «Verkehrsfreie Innenstadt Olten» amtlich publiziert. Sie lautet wie folgt:

*«Die unterzeichnenden Stimmberechtigten verlangen im Sinne einer Anregung gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten vom 28. September 2000, dass der Stadtrat von Olten bis am 31. Dezember 2011 die Innenstadt von Olten vom motorisierten Individualverkehr befreit und gleichzeitig ein Parkleitsystem in Betrieb nimmt. Öffentlicher Verkehr, Fussgänger- und Veloverkehr sind weiterhin vollumfänglich gestattet.*

*Unter Innenstadt werden die folgenden Strassen zusammengefasst: Konradstrasse, Kirchgasse, Baslerstrasse (Kaufhaus Krone bis Einmündung Römerstrasse), Mühlegasse, Dornacherstrasse (Teilstück südlich Ziegelfeldstrasse), Hübelistrasse (Teilstück bis Ausfahrt Hübelistrasse/Ringstrasse Parking), Klosterplatz (inkl. Amthausquai bis Einmündung Römerstrasse).*

### Begründung:

*Die Junge SP Region Olten möchte, dass durch eine vom motorisierten Individualverkehr befreite Innenstadt die Möglichkeit für ein lebendiges Olten entsteht. Eine verkehrsfreie Innenstadt bedeutet für die Kunden eine einkaufsfreundliche, zukunftsgerichtete Stadt, welche zum Flanieren und Verweilen einlädt. Hinzu kommt, dass die SchülerInnen vom Schulhaus „Hübeli“ durch den Ausschluss vom Verkehr ihren Pausenplatz endlich gefahrlos geniessen können. Insgesamt bietet eine verkehrsfreie Innenstadt der Stadt Olten eine Chance, sich lebendiger zu gestalten, es gäbe mehr Platz für kulturelle Angebote und mehr Platz für Aktivitäten der Einwohnerinnen und Einwohner. Die Stadt Olten kommt somit dem Ziel einer l(i)ebenswerten Stadt einen grossen Schritt näher»*

Die 60-tägige Sammelfrist endete am 3. Mai 2010. Fristgerecht wurden der Stadtkanzlei 111 Unterschriftenbogen eingereicht.

In sinngemässer Anwendung von § 137 Gesetz über die politischen Rechte hat die Stadtkanzlei die Unterschriftenlisten formell zu überprüfen und die Gesamtzahl der gültigen Unterschriften zu ermitteln. Die Überprüfung hat ergeben, dass 602 Unterschriften gültig sind und demnach die Initiative zustande gekommen ist. Nach Art. 11 der Gemeindeordnung sind für eine Initiative 500 Unterschriften notwendig.

An der Sitzung vom 20. Mai 2010 wurde das Gemeindeparlament davon in Kenntnis gesetzt. Die Frist für die Durchführung der Urnenabstimmung ergibt sich aus Art. 11 Gemeindeordnung und beträgt 9 Monate. Der Stadtrat als zuständige Behörde hat das Zustandekommen der Initiative am 17. Mai 2010 formell festgestellt und die Gemeindeabstimmung über die Initiative auf den 13. Februar 2011 festgesetzt.

## 2. Stellungnahme des Stadtrates

### 2.1 Grundsätzliches

Die Stimmberechtigten der Stadt Olten haben am 13. Juni 2010 die Vorlage Attraktivierung Innenstadt, ein dreiteiliges Massnahmenpaket aus Begegnungszone, Aufwertung der öffentlichen Strassen und Plätze sowie Parkhaus, mit 2655:2241 Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 46,8% abgelehnt. In der Folge lud der Stadtrat zu einem runden Tisch. In einer konstruktiven Atmosphäre besprachen Vertreterinnen und Vertreter der Oltnen Parteien, des Gewerbes, der Komitees der Volksmotion «Kronenplatz Olten» und der Volksinitiative «Verkehrsfreie Innenstadt Olten» mit dem Stadtrat die neue Ausgangslage und das weitere Vorgehen. Nach einer kurzen Chropfleerete zur Vorgeschichte war man sich einig, dass der aktuelle Zustand der Oltnen Innenstadt verändert werden müsse. Ebenfalls einhellig stellte man fest, dass es eine Gesamtschau in Form eines Masterplans brauche, welche die Nutzung der Innenstadt wie auch der andern Stadtteile definiere – wenn auch heute schon feststehe, dass man eine belebte, aktive Innenstadt mit einem starken Gewerbe anstrebe. Während der abgelehnte politische Kompromiss im Nachhinein als wohl überladen bezeichnet wurde, setzten die Teilnehmenden nun auf ein schrittweises Vorgehen: Dazu gehöre ein Parkleitsystem, dann aber auch die Festlegung von Rahmenbedingungen für flexible, rasch sicht- und spürbare Nutzungen des öffentlichen Raums, die im Sinne eines «Ausprobierens» verschiedene Varianten offen liessen.

An einem Workshop vom 20. August 2010 interpretierte der Stadtrat die neue Ausgangslage wie folgt: Seiner Ansicht nach sagte das Volk an der Abstimmung vom Juni 2010 nein zum Parkhaus unter dem Munzingerplatz und zum vorgesehenen, aufwändigen Umgestaltungskonzept der Innenstadt sowie zur Kombination dieser beiden Elemente. Nicht bestritten waren in den Augen des Stadtrates eine Neuorganisation der Verkehrsflüsse im Zusammenhang mit der Eröffnung der Entlastung Region Olten (ERO) und die Einführung einer Temporeduktion, Tempo 20 (Begegnungszone) oder allenfalls Tempo 30.

Eine Schliessung der Kirchgasse vor der Eröffnung der ERO kommt für den Stadtrat hingegen nicht in Frage, weil in diesem Falle die angrenzenden Strassen das neue Verkehrsaufkommen nicht verkraften könnten. Einerseits sind die übrigen Gemeindestrassen innerhalb der Bau- und Nutzungsstruktur der Innenstadt dafür nicht geeignet und würden – wie zum Beispiel die Konradstrasse mit angrenzendem Primarschulhaus – über das erträgliche Mass hinaus belastet. Andererseits ist die Kantonsstrasse bekanntlich mehr als genug belastet und verträgt keinen wesentlichen Mehrverkehr mehr. Die Kirchgasse soll hingegen als erster Schritt eines Konzeptes auf der Basis der oben genannten Annahmen auf den Eröffnungstermin hin umgestaltet werden; die weiteren Strassen sollen anschliessend schrittweise nach Massgabe der anfallenden Strassen- und Kanalisationssanierungen umgestaltet werden.

Nachdem die Volksinitiative «Verkehrsfreie Innenstadt Olten» und auch andere Vorstösse andere Ansichten vertreten, legt der Stadtrat die verschiedenen Begehren gleichzeitig dem Parlament vor. Bevor ein definitiver Entscheid über die Volksinitiative durch das Volk gefällt sein wird, ist zudem seiner Ansicht nach nicht an eine Umsetzung der verschiedenen Anliegen zu denken. Auch die Ausgestaltung eines Parkleitsystems ist von diesem Entscheid abhängig.

## 2.2 Zur Volksinitiative

Wie erwähnt entspricht die Volksinitiative «Verkehrsfreie Innenstadt Olten» in diesem Sinne nicht den Zielsetzungen des Stadtrates:

- Ein Verbot für den motorisierten Individualverkehr im beantragten Ausmass entspricht nach Ansicht des Stadtrates nicht einer Notwendigkeit in der Stadt Olten. Ein Verweilen und Flanieren ist auf eine Kernzone im Umfeld der Kirchgasse zu beschränken, die in dieser Grösse auch mit kulturellen und anderen Angeboten «bewirtschaftet» werden kann; in den übrigen Strassen im genannten Perimeter genügt die Einführung der Begegnungszone mit Tempo 20 oder allenfalls von Tempo 30. Sollte sich in späteren Jahren ein grösserer Bedarf an vom motorisierten Individualverkehr befreiter Fläche herausstellen, könnte einem solchen Bedarf im Falle eines politischen Konsenses jederzeit entsprochen werden.
- Die geforderte Verkehrsbefreiung würde auch ein Wegfallen der oberirdischen Parkplätze – praktisch im Umfang der vom Volk abgelehnten Vorlage (rund 230 Parkplätze) – in den erwähnten Strassenzügen bedeuten, da diese Parkplätze faktisch gar nicht mehr erreicht werden könnten.
- Das Fahrverbot in der Innenstadt und der Wegfall von Parkplätzen ohne Ersatz würde die Existenz des lokalen Gewerbes bedrohen, das auch einen wesentlichen Beitrag zum lebendigen Olten leistet und entsprechende Unterstützung verdient.
- Der Zeitpunkt der geforderten Verkehrsbefreiung ist unrealistisch: Eine Verkehrsbefreiung von Strassenzügen der Innenstadt, die sich nach Ansicht des Stadtrates auf den Endzustand des im Juni vorgelegten Verkehrskonzeptes beschränken muss, ist wie erwähnt erst nach der Eröffnung der Entlastungsstrasse möglich, wenn man nicht einen Verkehrszusammenbruch und damit ein Lahmlegen unserer Innenstadt riskieren will.

**Aus den obgenannten Gründen beantragt der Stadtrat, die Volksinitiative den Stimmberechtigten der Stadt Olten zur Ablehnung zu empfehlen.**

### Beschlussesantrag:

1. Die Initiative «Verkehrsfreie Innenstadt Olten» wird den Stimmberechtigten der Stadt Olten zur Ablehnung empfohlen.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung des Parlamentbüros zugestellt.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Ich spreche als Erster zu einem Thema, das Richtung Stadtplanung geht. Deshalb freut es mich, dass unter uns auch der neue Leiter Stadtplanung, Lorenz Schmid, ist. Der eine oder andere hat ihn vielleicht schon einmal gesehen. Ich bitte ihn, sich kurz zu erheben. Herr Schmid, wir heissen Sie herzlich willkommen. Sie werden uns sicher alle sehr stark in der Bestrebung unterstützen, diese Stadt zu entwickeln. Danke vielmals. Zur Volksinitiative erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung. Dem Stadtrat war wichtig, dass heute Abend nicht nur dieses Geschäft behandelt wird, sondern dass wir auch die vielen im Raum stehenden Anträge und Postulate damit verknüpfen und einen inneren Zusammenhang schaffen können. Wir denken, es ist

richtig, dass wir einerseits die Volksinitiative behandeln. Sie kommt vor das Volk. Das Parlament muss eine Empfehlung abgeben. Ich glaube, andererseits ist es aber auch wichtig, dass wir gegen aussen dokumentieren, welche Meinungen im Parlament vorherrschen. Insbesondere möchte Ihr natürlich wissen, welche Meinung der Stadtrat hat, wie es nach Ablehnung der Gesamtvorlage weiter gehen soll. Ein Zusammenhang ist vorhanden. Ich möchte aber trotzdem zuerst vor allem auf die Volksinitiative zu reden kommen. Formell geht es darum, festzustellen, dass die Initiative zustande gekommen ist und die Abstimmung darüber am Anfang des nächsten Jahres stattfinden soll. Eingereicht worden ist die Initiative ja rechtzeitig vor der Vorlagsabstimmung vom 13. Juni, so dass wir die Abstimmung auch zeitgerecht durchführen können. Der Stadtrat beantragt dem Parlament, dem Volk die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Die Argumente sind im Bericht und Antrag dargelegt. Insbesondere ist auf fünf Punkte hinzuweisen, bei denen es dem Stadtrat wichtig erscheint, dass man sie in diesem Saal auch noch einmal hört und sich diesbezüglich vielleicht auch gegenseitig argumentiert. Ein Punkt ist das beantragte Ausmass der Initiative, die ein Verbot für den motorisierten Individualverkehr über ein sehr grosses Gebiet der Stadt legt, das nach Ansicht des Stadtrates von der Grösse der Stadt nicht einer Notwendigkeit entspricht. Der zweite Grund ist, dass in der Innenstadt doch massgeblich viele Parkplätze abgeräumt werden, ohne dass ein Ersatz vorgekehrt wird. Damit ist als drittes Argument die Existenz des lokalen Gewerbes durch die relativ grossräumig angelegte Aktion doch erheblich gefährdet, und auch der Zeitpunkt der geforderten Verkehrsberuhigung erachtet der Stadtrat als unrealistisch. Vierter Punkt: Wir haben den Eindruck, dass ein Teil des sogenannten Pakets, wie wir es im Parlament geschnürt haben, isoliert heraus geschält wird und damit eigentlich auch keiner politischen Tradition entspricht, dass nach solchen Abstimmungen schliesslich nicht isoliert etwas heraus gepickt wird, sondern pragmatisch auf den Weg geht. Dies die Argumente des Stadtrates, der Ihnen empfiehlt, den Stimmberechtigten der Stadt Olten die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

**Christian Wüthrich:** Ich möchte die Gelegenheit benützen, um hier noch einmal zu deponieren, dass die FdP-Fraktion es extrem schade fand, dass am 13. Juni die Attraktivierung Innenstadt vom Souverän abgelehnt wurde. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es ein gutes Paket war und es Olten einen klaren Mehrwert gebracht hätte. Es hätte zwar nicht in Form eines Jahrhundertbauwerks, aber doch ein gutes Zeichen, auch für die Region, gesetzt mit einer solchen Attraktivierung der Innenstadt einer Stadt, die eine gewisse Zentrumsfunktion hat und sich dementsprechend auch hätte positionieren können. Wir akzeptieren diesen Volksentscheid, müssen dies so entgegen nehmen, obschon ich sagen muss, dass einige von uns extrem Mühe haben, vor allem diejenigen, die an vorderster Front mit Überzeugung während Monaten nicht nur politisch, sondern auch draussen für dieses Geschäft gearbeitet und sich bemüht haben. Zur Volksinitiative ist relativ einfach zu sagen, dass wir uns dort überhaupt nicht finden. Es ist überhaupt nicht das, was wir nur ansatzweise gewollt hätten. Wir haben ein Gesamtpaket gewünscht, weil es eben ausgewogen war. Wir hatten das Gefühl, es sei nicht nur politisch fair, sondern auch fair aus den Kreisen und der Bevölkerung heraus, aus dem Nutzen dieses Pakets. Das führt dazu, dass die Volksinitiative, die hier auf dem Tisch liegt, in keiner Art und Weise die Ausgewogenheit aufzeigt. Das ist eigentlich der Grund, weshalb wir uns mit den Begründungen des Stadtrates auf den Seiten 2 und 3 100-prozentig identifizieren können. Somit wird die FdP-Fraktion aus den oben erwähnten Gründen einstimmig der Empfehlung des Stadtrates folgen und dies klar ablehnen.

**Marcel Buck, SVP-Fraktion:** Die Volksinitiative schiesst unseres Erachtens am Ziel, Olten als wirtschaftsfreundliche Stadt weiterhin voran zu bringen, klar vorbei. Aus unserer Sicht ist es ebenfalls klar diskriminierend gegenüber motorisiertem Individualverkehr und weltfremd in Bezug auf sämtliche Forderungen. Als Partei, die sich als einzige hier in Olten scheinbar noch für den Autofahrer einsetzt, ist der Entscheid und unsere Empfehlung an die Stimmberechtigten glasklar. Bedenklich erachten wir auch zwei weitere Gegebenheiten in

diesem Zusammenhang. Durch den Wortbruch der linken Parteien im Vorfeld zur Abstimmung Begegnungszone mit Parkhaus versuchen jetzt die Grünen und Linken, den Schaden, den sie in Olten angerichtet haben, zu vertuschen und zu kaschieren. Dafür stellen sie sich nicht etwa selber hin, nein, sie spannen den schwarzen Block dafür ein, um ihre Unfähigkeit zum Konsens nicht öffentlich zugeben zu müssen. Die Auswirkungen einer Annahme dieser Initiative wären für Olten und das Gewerbe fatal und verheerend. Dazu verweisen wir auf die Ausführungen des Stadtrates, der die Gefährlichkeit extremer Forderungen erkannt hat. Zusammengefasst stimmt die SVP-Fraktion den Beschlussesanträgen des Stadtrates einstimmig zu und empfiehlt den Stimmberechtigten die Ablehnung der Initiative.

**Roland Rudolf von Rohr:** Die CVP/EVP/GLP ist ebenfalls grossmehrheitlich gegen die unserer Ansicht nach überrissene Vorlage. Man kommt nicht umhin, eine kurze Analyse zum 13. Juni zu machen. Weshalb ist dies herunter gefallen? Gestern ist es kurz erwähnt worden. Genau weiss es definitiv niemand. Sicher hat das Parkhaus in der Stadt eine Rolle gespielt, die offenbar nicht gewünscht wird. Sicher hat man auch einen zu grossen Perimeter gehabt. Es war zu kompliziert und auch zu teuer. Auch eine Koppelung, die wir hier vorgenommen haben, ist nicht goutiert worden. Es war alles überladen und zu gross. Das ist die jetzige Vorlage eben auch. Deshalb ist auch sie falsch. Die Initianten schreiben in der Begründung, was sie eigentlich wollen. Unter anderem haben sie als Titel „Einkaufsfreundliche Stadt“ erwähnt. Aber ich glaube einfach, dass man mit der Aufhebung von 220 Parkplätzen ohne Ersatz sicher nicht von einer einkaufsfreundlichen Stadt sprechen kann. Sie erwähnen, dass sie das Hübelischulhaus schützen möchten, vor allem die Schüler dort. Aber wenn man weiss, was mit dem Hübelischulhaus in naher Zukunft passieren wird, dass seine Tage wahrscheinlich gezählt sind, macht es wirklich wenig Sinn, mit einer solch unsinnigen Vorlage das Hübelischulhaus zu schützen. Sie möchten Platz für kulturelle Anlässe oder für Aktivitäten. Hier dürfen wir ruhig sagen, dass wir dies in Olten bereits haben. Wir haben genügend Platz in dieser Stadt. Wenn die Vorlage Kronenplatz, auf die wir noch kommen werden, durch kommt, was ich hoffe, haben wir noch viel mehr Platz und trotzdem günstige Verkehrsverhältnisse in der Stadt. Ich möchte den Jungen noch sagen, wo wir Platz haben: Altstadt, Ildefonsplatz. In der Hauptgasse kann man sich bewegen. Wir haben den Oberen Graben, die alte Brücke, wo viel gemacht werden kann und auch einiges gemacht wird. Ich denke nur an die Flohmärkte, die sehr interessant sind, aber auch an den Kunstmarkt. Wir werden die Kirchgasse frei haben. Das ist ja so sicher wie das Amen in der Kirche. Wir haben dann den Kronenplatz, den Gryffeplatz, den Platz der Begegnung, der sehr wenig genutzt wird, die innere Baslerstrasse, sofern die nachfolgende Motion durch kommt. Man sieht also, dass wir in dieser Stadt x gute Plätze haben, wo man sich kulturell, sich aber auch Junge bewegen können. Dafür braucht es diese riesige Absperrung nicht. Ein sehr grosses Problem ist sicher auch dasjenige der Fristen. Ich lese hier „bis am 31. Dezember 2011“. Wir alle wissen, dass es allenfalls erst 2013 möglich sein wird, hier grosszügig Verkehrseinschränkungen zu machen. Würde dies dann durchgesetzt, käme es eigentlich zum Kollaps des Verkehrs, weil man sich ja nicht vorstellen kann, wo der Verkehr durchgehen könnte, wenn man die Leberngasse total überlasten würde. Aber nicht nur die Leberngasse, auch die Ring-, die Bleichmatt- und die Solothurnerstrasse würden den ganzen Verkehr aufnehmen müssen, der jetzt noch die Möglichkeit hat, über die Mühlegasse und Baslerstrasse zu fahren. Mit der Umsetzung dieser Initiative hätte man sicher Ruhe im Zentrum, sogar eine gespenstige Ruhe. Ich kann mir vorstellen, dass dies ein Geist der Innenstadt wäre, und in der Peripherie wäre der Kollaps da, und alles würde zusammen brechen. Das kann sicher nicht die Absicht sein, die vielleicht von diesen Jungen gut gemeint ist. Aber ich glaube, dass sie ein falsches Instrument genommen haben, und hoffe, dass wir hier, aber auch einmal das Stimmvolk, einer besseren Vorlage, über die wir nachher reden werden, zustimmen werden. Grossmehrheitlich wird die CVP/EVP/GLP-Fraktion die Vorlage ablehnen.

**Dr. Markus Ammann, SP-Fraktion:** Vielleicht eine kleine Vorbemerkung. Sie gehört zwar nicht dazu, aber ich finde es eigentlich amüsant, wenn ich die Voten von gestern und heute höre. Es erinnert mich so an die Klassenkampfzeiten. Sie sind für mich vor hundert Jahren abgeschlossen worden. Scheinbar ist es der neue Stil hier. Zur Vorlage selber habe ich zwei Vorbemerkungen. Erstens: Für uns gibt es ganz klar nicht eine Wahl zwischen Kronenplatz-Vorstoss und dieser Initiative. Wir haben als SP oder Umfeld der SP und gemeinsam mit den Grünen verschiedene Varianten und Gedanken für diese Stadt entwickelt, die verschiedene Wege aufzeigen, wie wir letztlich zu einem guten Ziel kommen können. Eine Variante, hinter der wir geschlossen stehen, ist die Initiative für eine verkehrsfreie Innenstadt. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass wir, wenn wir nachher den Vorstoss, das Postulat oder die Volksmotion überweisen, kein Projekt haben. Dann haben einen Auftrag an den Stadtrat gegeben, etwas zu prüfen. Dann haben wir nichts. Wir sind genau gleich weit wie nach dem Runden Tisch, den wir in dieser Stadt hatten. Wenn wir etwas Konkretes und Gutes wollen, müssen wir jetzt hinter dieser Initiative stehen. Zweitens: Ich spüre bei jedem Projekt, das in dieser Stadt aufgelegt wird, Befürchtungen. Das ist immer zuoberst. Befürchtungen und Ängste. Wir sehen nie, dass es in diesen Projekten auch Chancen hat. Wenn es manchmal ein etwas grösserer Schritt ist, ist vielleicht auch die Chance etwas grösser. Dies einfach als einleitende Vorbemerkung. Ich finde es spannend, dass die Argumente des Stadtrates, die hier aufgeführt sind – das Ganze ist eigentlich für ein so wichtiges Geschäft erstaunlich kurz beantwortet – nach unserer Ansicht relativ schwach sind. Jetzt kann gesagt werden, der Stadtrat nimmt dies auf die leichte Schulter und sagt: Hier brauche ich nicht viele gute Argumente, das wird ohnehin abgelehnt oder er nimmt es einfach nicht genügend ernst. Ich möchte einfach anhand dieser Argumente kurz zeigen, dass man auch zu anderen Schlüssen kommen kann. Wenn es nach dem Runden Tisch, an dem ich nicht teilgenommen habe, aber aufgrund dessen, was ich in der Zeitung lese und generell nach der Abstimmung höre, auch einen gemeinsamen Nenner gibt, könnte man sagen, dass es ein grosses Bedürfnis ist, in der Innenstadt weniger Verkehr zu haben. Es ist auch ein grosses Bedürfnis, dass wir mehr verkehrsfreie oder „motorisierter-Verkehrs-freie“ Flächen in der Innenstadt haben. Das bringt diese Initiative ganz klar. Die ganze Initiative an der Forderung eines bestimmten Zeitpunkts aufzuhängen, finde ich für ein solches Geschäft, das in der Stadt doch eine langfristige Bedeutung hat, eher ein schwaches Argument. Ich bin überzeugt, dass die Initianten kein Problem haben, wenn das Ganze zwei oder drei Jahre später eingeführt wird, wenn man es nur so einführt. Ich denke, auch das ist kein sehr gutes Argument. Über dasjenige der Parkplätze kann man streiten. Aber ich höre in diesem Saal und auch ausserhalb immer, man müsse ein Parkleitsystem haben. Das würde etwas bringen. Ihr wisst es ganz genau. Ich bin eigentlich dagegen. Solange wir in der Innenstadt mit diesen Parkplätzen nicht abfahren, solange wir diffus verstreut 250 Parkplätze haben, nützt jedes Parkleitsystem nichts, bzw. vielleicht bringen wir den einen oder anderen dazu, einmal direkt in ein Parkhaus zu gehen. Aber alle anderen werden weiterhin durch die Stadt auf den Munzingerplatz fahren und schauen, ob es dort einen freien Parkplatz hat. Wenn wir ein Parkleitsystem wollen, das den Verkehr auch reguliert und zu einem guten Teil zur Stadt hinaus bringt, müssen wir auch diese Parkplätze, mindestens die diffusen in der Stadt, verschwinden lassen. Auch dieses Argument finde ich schwach. Jetzt kommt noch jenes des Gewerbes. Ich muss ehrlich sein. Immer höre ich nur: Dem Gewerbe geht es schlecht. Es geht bergab. Es geht bergab. Wir haben im Moment keine verkehrsfreie Zone ausserhalb der Altstadt. Momentan haben wir einen Zustand, wo jeder zu jedem Geschäft fahren und davor parkieren kann. Trotzdem ruft man: Es geht schlecht. Ich bin der Meinung, dass es eben vielleicht eine Chance ist. Möglicherweise geht es den Geschäften besser, wenn es eine Zone gibt, wo die Leute tatsächlich Lust haben, wieder hin zu gehen. Mir ist klar, dass es mit einer reinen Befreiung von diesem Verkehr nicht reicht. Man muss auch eine Gestaltung machen und Mittel haben, um diese Gebiete zu animieren und attraktiv zu machen. Aber ich denke, auch für die Geschäfte ist dies eine Chance. Wenn ich ins Ausland, nach Deutschland gehe, hat praktisch jede kleine Stadt eine relativ grosse verkehrsfreie Zone. Ganz einfach. Sie haben Parkhäuser am Stadtrand. Ich behaupte jetzt hier einmal wie andere auch. Wir haben relativ viele Parkplätze in der Stadt. Ich denke, wir haben genügend

Parkplätze in der Stadt. In den Parkhäusern haben wir genügend Parkplätze. In der Schützenmatte haben wir extrem nahe gute Parkplätze. Ich denke, das kann auch eine Chance für das Gewerbe sein, sich einmal etwas neue Gedanken zu machen, wie man die Leute in die Stadt hinein holt. Die vom Stadtrat angeführten Argumente stehen für uns auf relativ dünnen Füßen, und man kann es durchaus auch anders interpretieren. Wir werden geschlossen hinter der Initiative stehen und das Geschäft damit nicht zur Ablehnung empfehlen.

**Anita Huber, Fraktion Grüne:** Wir haben uns gefreut, als wir von der Volksinitiative gehört haben, und ich möchte hier klar stellen, dass die Grünen nicht irgend jemanden vorschicken, sondern die Initiative ist die Idee und auch der Erfolg der JUSO: Auch unsere Fraktion will eine belebte, attraktive Innenstadt mit einem guten Einkaufsmix. Die Volksinitiative „verkehrsfree Innenstad Olten“ zeigt eine Maximalperspektive, wie eine Verkehrsberuhigung der Innenstadt aussehen kann. Ein grosser Gewinn an Lebens- und Erlebensqualität ist, dass die Volksinitiative den schädlichen Parksuchverkehr aus der innenstädtischen Einkaufszone vertreibt. Und hier muss einfach mal gesagt werden, dass in einer Stadt von der Grösse von Olten schon rein organisatorisch nicht jeder Kunde ein Anrecht auf einen Parkplatz vor jedem Einkaufsgeschäft hat. Das geht nur bei einem Dorfladen mit einer tiefen Kundenfrequenz. Wie die Erhebung der Grünen vor einem Jahr gezeigt hat, gibt es in Olten genug freie Parkplätze in den zentrumsnahen, halb leer stehenden Parkhäusern und auf der Schützenmatte. Was fehlt ist ein Parkleitsystem, das zeigt, wo es noch freie Parkplätze hat. Andere Städte in der Umgebung haben es geschafft, in nützlicher Frist ein funktionierendes Parkleitsystem einzurichten. Es ist nicht einzusehen, wieso die Umsetzung in Olten in ein Langzeit-Drama ausartet. Diese Volksinitiative ist in kurzer Zeit zustande gekommen, weil die Bevölkerung Oltens jetzt endlich eine Verkehrsberuhigung in der Innenstadt sehen will. Wir wollen in der nächsten Warmwetter-Periode endlich flanieren – und wenn es nur auf der Kirchgasse ist. Wir wollen nicht warten, bis die Verkehrsströme Jahre später, nach Eröffnung der ERO, untersucht sind und es dann vielleicht einmal eine Verkehrsberuhigung gibt. Noch eine Bemerkung zur Karte: Hier sind die aufzuhebenden Parkplätze und die bleibenden Parkplätze gleich dargestellt. Eine solche Darstellung führt zu Fehlinterpretationen. Wir erwarten, dass bei den Abstimmungsunterlagen eine Karte beigelegt wird, die klar zeigt, welche Parkplätze aufgehoben und welche bestehen bleiben. Die Volksinitiative geht mit einem flächendeckenden Fahrverbot sehr weit, doch die Richtung stimmt. Deshalb wird die grüne Fraktion empfehlen, die Volksinitiative „verkehrsfree Innenstad“ an der Urne anzunehmen.

**Roland Rudolf von Rohr:** Ich möchte noch einige Worte zu Markus Ammann sagen. Ich glaube, es überrascht mich auch nicht mehr, dass nicht die jungen Sozialisten oder jungen Sozialdemokraten, sondern die alten jetzt hier ihre Meinung voll vertreten, im Gegensatz zum grossen Teil der Fraktion, die am 13. Juni noch anderer Meinung war. Sie hatten damals nämlich die Meinung, dass nicht 220 Parkplätze ersatzlos gestrichen werden, sondern es Ersatz braucht. Ich bin zünftig überrascht, das muss ich sagen, dass man gar nicht an die Probleme der Gewerbler in der Innenstadt denkt. Ich habe die Argumente gehört und höre sie auch immer wieder. Meiner Meinung nach muss man nicht lange darüber diskutieren. Hier kann man in guten Treu und Glauben verschiedener Meinung sein. Aber ich denke, dass das Innenstadt-Gewerbe vom Detailhandel etwas mehr versteht als die meisten hier. Das muss man ihnen schon zugestehen. Ich war der Meinung, es sei ausser Diskussion, dass es dies braucht. Markus, ich bin völlig überrascht, dass Du jetzt plötzlich damit kommst. Das nachfolgende Geschäft mit der Motion Kronenplatz ermöglicht ein solches Parkleitsystem gerade sehr gut, indem man einen Sammelplatz auf dem Munzingerparkplatz hat. Hier gibt es überhaupt kein Problem, und ein Parkleitsystem würde die Situation auf jeden Fall verbessern. Dass man bezüglich Frist einfach sagt, man werde darüber diskutieren können: Ist dies rechtlich so? Wir haben einen Initiativtext, und wenn man darauf beharrt, dann haben wir den Zusammenbruch in dieser Stadt, der von der Sozialdemokratischen Partei hier voll entgegen genommen wird. Ich finde, das muss

festgehalten werden, und man sollte es sich hinter die Ohren schreiben. Ob dann zustande käme, dass es zwei Jahre hinaus geschrieben würde, so wie ich es von den jungen Sozialdemokraten manchmal höre, denke ich nicht, denn wenn das Volk diesen Termin bestimmt hat, wird er sicher auch durchgesetzt. Ich bitte Euch noch einmal zur Vernunft. Denkt an die Vorlage, die nachher kommt, wo wirklich für alle etwas drin ist, die unsere Probleme in dieser Stadt löst. Wenn man zur Volksinitiative ja sagt, sagt man nein zum Kronenplatz. Ich glaube, dies dürfte klar sein. Vermiesen wir uns doch die gute Chance nicht.

**Christian Wüthrich:** Ich bin auch erstaunt, dass Markus Ammann dieses Geschäft so vertritt. Ich habe ihn eigentlich in diesen Jahren immer wieder als guter Sprecher von Sachgeschäften erlebt, der auch für Prozesse gekämpft hat, die wir gerade bei der Attraktivierung Innenstadt über Jahre getragen haben, die Ausgewogenheit. Markus hat immer wieder appelliert, fair zu sein. Das bringt für alle etwas. Es muss stimmen. Heute spricht er zu meinem Erstaunen, und ich bedauere dies auch, gerade in die andere Richtung. Er redet von Ängsten und Befürchtungen, die wir haben sollen. Diese haben wir überhaupt nicht. Er spricht von Chancen, die sich auftun. Es ist immer eine Frage der Chancen, wo man steht und wie man es anschaut. Wir sehen jetzt hier für uns, für das, wofür wir hier über Jahre gekämpft haben oder das wir gemeinsam erarbeitet haben, eigentlich wenig Chancen. Das ist so, und das haben die Vorsprecher gesagt. Ängste und Befürchtungen haben wir von daher nicht, weil es einfach weg von dem ist, was wir hier behandelt haben. Ich gehe jetzt einmal davon aus, so wie wir das Parlament in den letzten Jahren hier hatten, dass wir diese Grundsätze nicht einfach kippen können und einfach sagen: Jetzt packen wir einmal eine Chance, kippen alles und machen es einmal von der anderen Seite. Das erscheint mir jetzt relativ einfach. Es ist gesagt worden, es ist einseitig, wirtschaftsfeindlich, die Ausgewogenheit der verschiedenen Parteien und Anliegen fehlt. Das war schon mein vorhergehendes Votum, und daran halte ich fest. Das ist so. Es ist zu einseitig.

**Luzia Stocker Rötheli:** Ich möchte darauf hinweisen, dass die Jungen der SP seit einer Viertelstunde im Saal sind und man sie offenbar noch nicht zur Kenntnis genommen hat. Scheinbar wurden sie erst auf 18.30 Uhr eingeladen. Ich denke, es wäre an der Zeit, ihnen das Wort zu geben.

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Das haben wir bereits durch Stadtrat Peter Schafer abgeklärt. Ich habe die Vertreterinnen und Vertreter gefragt, ob sie sich zu Wort melden möchten. Wir haben gewusst, dass es um 18.30 Uhr ist. Es ist die Rückmeldung „keine Wortmeldung“ gekommen. Peter Schafer kann bestätigen, dass ich dies richtig weiter gegeben habe. Wenn jetzt die Vertreterinnen und Vertreter bereit sind, ist es ganz klar, dass sich jemand zu Wort melden kann.

**Stefanie Kurt, Vertreterin Volksinitiative:** Ich möchte vorweg schicken, dass wir von der Stadtkanzlei informiert wurden, dass das Geschäft Volksinitiative um 18.30 Uhr behandelt wird plus wurden wir nicht informiert, dass wir auch ein Votum abgeben oder etwas zur Initiative sagen dürfen. Deshalb ist das Ganze etwas improvisiert. Wir möchten Euch sehr ans Herz legen, dass Ihr heute Abend ja zur Volksinitiative sagt aus einem Grund: Sie ist von über 600 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Olten unterschrieben worden, und sie zeigt einfach, dass es ein riesiges Anliegen ist, in der Innenstadt endlich vorwärts zu machen. All diese Diskussionen wie Gestaltung kommen nachher. Wichtig ist aber, dass das Parlament heute Abend ein Zeichen setzt und hinter dem auch etwas gewagteren Projekt steht. Tatsache ist, dass es eine Riesenchance für die Weiterentwicklung der Stadt ist. Man kann die nächsten fünf Jahre weiter „stürmen“, was in der Innenstadt genau gemacht werden soll. Aber unsere Initiative würde endlich einmal eine radikale Veränderung bringen, welche die Bevölkerung sicher begrüßen dürfte. Deshalb danke ich all jenen, die den Mut haben werden, ja zu einer verkehrsfreien Innenstadt zu sagen. Wir glauben wirklich daran, dass dies die Zukunft von Olten ist.

**Felix Wettstein:** Ich möchte vor allem auf zwei Stichworte eingehen, die Roland Rudolf von Rohr aufgegriffen hat. Eines ist das grosse Bedenken, eines der Bedenken, die er äussert, wegen des Zusammenbruchs des Verkehrs, wenn wir schon bald, beispielsweise ab Januar 2012 die Situation erleben würden, dass man in der Innenstadt nicht mehr durchfahren dürfte, wo man heute durchfahren darf, sprich Kirchgasse und Achse Mühlegasse/Baslerstrasse, allenfalls auch noch Konradstrasse. Wir haben einmal pro Monat einen Montag lang die Situation, dass dort nicht durchgefahren werden kann. Wir haben die Kilbi, die Fasnacht mit im Verlaufe der Fasnachtszeit mehreren Einzelanlässen. Im nächsten Jahr haben wir beim zweiten Beachvolley-Anlass während mehreren Tagen die entsprechende Sperrungssituation. Früher hatten wir Oltissimo mit dem Bürostuhlnennen. Vielleicht wird es wieder einmal aktuell, und es hat wieder jemand Lust, so etwas durchzuführen. Bei all diesen Anlässen haben wir genau die Situation für die Motorfahrzeuge, dass der Verkehr so abgewickelt wird inklusive Parkplätze, wie es mit der Volksinitiative kommen würde. Der Verkehr bricht nicht zusammen. Die Leute finden auch ihre Plätze zum Abstellen. Ich weiss, dass es vor allem während der Kilbi etwas schwieriger ist. Aber dann fallen tatsächlich in der Schützenmatte 400 Plätze weg, die sich neben denjenigen in der Stadt in der Schützenmatte befinden. Zweites Stichwort: Die Volksinitiative sei ein Widerspruch zur Idee der Motion Kronenplatz. Das stimmt nicht. Die Volksinitiative kann sehr wohl angenommen werden, und gleichzeitig kann der Vorstoss, der ja vom Stadtrat ein konkretes Vorgehen des nächsten Schrittes verlangt, überwiesen werden. Genau so gilt übrigens das Umgekehrte. Man kann sehr wohl die Motion Kronenplatz unterstützen und gleichzeitig die Volksinitiative gutheissen. Das ist möglich. Ich möchte den Vergleich zu machen: Beim Golfspielen wird am Anfang auf die riesengrosse Distanz, auf die ich den Ball spielen muss, damit er in die Nähe des Lochs kommt, ein Fähnchen ins Loch gesteckt, damit ich von daher, wo ich abspiele, überhaupt sehe, wo das Ziel ungefähr ist. Erst, wenn der Ball relativ nahe zu liegt und vielleicht sogar mit dem nächsten Schuss ins Loch gehen könnte, entferne ich das Fähnchen. Für mich ist die Volksinitiative so etwas wie das Fähnchen, das jetzt in das Golfloch gesteckt wird, damit man wirklich das Ziel sieht. Die Vorstellungen, über die wir nachher sprechen werden, sind das, was notwendig und meiner Meinung auch sinnvoll ist, wenn man nachher nicht nur eine Verkehrsregelung macht, sondern tatsächlich Schritt für Schritt eine Aufwertung des öffentlichen Raums. Genau deshalb sind die beiden Sachen sehr wohl miteinander vereinbar und nicht ein Widerspruch.

**Dr. Markus Ammann:** Ich möchte mich nicht verteidigen gegenüber den Worten von Christian Wüthrich. Überhaupt nicht, sondern ich danke ihm für die salbungsvollen Worte, die ich bekommen habe. Es ist tatsächlich so, dass ich mich lange für einen Kompromiss in dieser Stadt eingesetzt habe, ich habe mich engagiert, habe auch ein Stück weit Herzblut vergossen dafür, mich monatelang, eigentlich jahrelang in den Spezialkommissionen herum getrieben und bin der Meinung gewesen: Jawohl, das ist jetzt der Schritt für die Stadt Olten. Dazu stehe ich immer noch. Kein Problem. Ich bin immer noch der Meinung, es sei eine gute Sache gewesen. Aber das Volk wollte dies nicht. Es wollte den sehr lange über jede Einzelheit ausdiskutierten und höchst austarierten Vorschlag nicht. Jetzt führen bekanntlich verschiedene Wege nach Rom. Das wissen wir auch schon lange. Wenn jetzt das Projekt Begegnungszone Innenstadt/Parkhaus gestorben ist, kann ich meine Meinung durchaus auch einmal revidieren und sagen: Dann probieren wir einen anderen guten Weg. Das ist das Projekt, das ich jetzt hier habe. Es ist richtig, dass es bei diesem Weg Risiken gibt. Das wollen wir nicht verschweigen. Du arbeitest bei einer Bank und weisst, dass es auch im Finanzgeschäft so ist, dass grössere Risiken meist auch grössere Chancen bedeuten. Denken wir noch einmal an die Chancen. Die Risiken sind für mich nicht so riesig, weil man, wenn es nicht funktioniert, die Strassen dem Verkehr schnell wieder geöffnet hat. Das ist wahrscheinlich das geringste Problem. In diesem Sinne wagen wir ein Stück weit einmal ein Experiment in dieser Stadt und schaffen eine autofreie Innenstadt.

**Roland Rudolf von Rohr:** Markus, dann haben wir schnell wieder eine Strasse geöffnet. Wenn eine Initiative beim Volk durchgekommen ist, die verlangt, dass abgesperrt wird,

glaubst Du, dass man dann schnell wieder eine Strasse öffnen darf? Wo ist dann wohl der Volkswille? Das geht doch nicht. Es ist genau das Gleiche wie mit den Fristen. Streut uns nicht Sand in die Augen. Wenn die Initiative durchkommt, wird es so durchgeführt, wie es hier steht. Sehe ich dies falsch? Kann man nachher noch korrigieren? Kein Sand in die Augen, sondern einfach dazu stehen, mindestens dies. Felix Wettstein, natürlich geht es kurzfristig, dass unten halt der ganze Verkehr über die Leberngasse, die Solothurnerstrasse, Ringstrasse und Bleichmattstrasse führt. Das geht kurzfristig, und es kollabiert auch nicht. Aber es ist sehr schwerfällig, und es gibt lange Kolonnen. Die Anwohner sind dort äusserst schwer belastet. Das muss man sagen. Sie werden sicher nicht Freude haben. Es geht kurzfristig. Aber das wäre dann ein dauernder Zustand. Entweder habe ich die Volksmotion komplett falsch verstanden, aber was hier steht, ist ein Widerspruch zur Initiative, und dann kann man noch lange schön reden. Hier steht genau, was man vor hat, und man kann einen grossen Teil nicht machen, wenn die Initiative durchkommt. Das liegt auf der Hand.

**Marlène Wälchli Schaffner:** Ich war selber Mitglied der Spezialkommission Begegnungszone und war relativ frustriert über das Resultat. Aus diesem Grund unterstütze ich die Initiative der Jungen SP.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Ich möchte auch noch sagen, dass das Volk immerhin abgestimmt und dies ganz klar abgelehnt hat. Die Sache mit dem schwarzen Block möchte ich schon zurück weisen. Das ist immerhin eine terroristische Vereinigung, und ich finde dies schlecht. Zu Roland Rudolf von Rohr: Nicht die SP ist verantwortlich. Das Volk stimmt darüber ab. Du musst auch einmal sehen, dass sehr viele Leute in Olten wohnen und wissen, wie es in Bern, in Zürich und und und ist. Du hast bei der letzten Abstimmung gesehen, dass sie es einfach ganz anders sehen. Betreffend Vernunft möchte ich gleichwohl noch Folgendes sagen: Vernunft kann unterschiedlich betrachtet werden. Ich möchte nicht belehren. Aber im zweiten Teil Kant der reinen Vernunft ist die Vernunft definiert, dass sie eben in sich Widersprüche macht. Deshalb gibt es den Liberalismus. Es gibt verschiedene Meinungen. Über Kirchgasse und Parkleitsystem „stürmen“ wir schon lange, und es passiert einfach nichts. Martin Wey, ich muss schon sagen: Ihr wehrt Euch und wehrt Euch. Da ist jetzt die junge SP-Initiative. Ich finde eben gut, dass man jetzt einfach vorwärts macht. Woher weisst Du, dass das Hübelischulhaus weg geht? Ich bin dagegen. Weshalb muss das Schulhaus aus der Stadt hinaus, wo Kinder sind, wo auch viele Leute wohnen, die offenbar leiden. Bei den kulturellen Anlässen kann man es ja ihnen überlassen, wie es weiter geht. Die Karte ist natürlich klein. Wenn Du ganz Olten siehst, sind die paar grünen Sachen doch keine Sache. Wenn Du durch eine Türe geht, ist es klar, dass Du durch die Wirklichkeit musst. Aber wenn es einen Wirklichkeitssinn gibt, gibt es auch einen Möglichkeitssinn. Das Wort Möglichkeit kommt hier vor. Das sind Leute, die den Möglichkeitssinn haben, weil sie die Wirklichkeit nicht für so wirklich nehmen, wie sie eben ist. Die Wirklichkeit ist eine Aufgabe für Möglichkeiten.

**Christian Wüthrich:** Ich habe fast alles verstanden. Was hast Du mit viele Leute kennen Basel, Bern und Zürich gemeint? Du bist nicht weiter gefahren. Wo ist der Bezug? Ich habe nicht verstanden, in welchen Kontext Du dies gestellt hast.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Wir sehen einfach das Gewerbe von Olten. Das blockiert auch sehr viel. Aber die Leute merken viel. Sie kaufen zum Beispiel nicht in Olten ein, was ich ja auch nicht gut finde. Aber es ist eine Tatsache. Sie kaufen hinter den Lauben von Bern ein und kommen am Abend mit diesen Taschen nach Hause. Wir dürfen nicht einfach immer stur sagen: Das Gewerbe von Olten geht unter oder kollabiert. Es geht offenbar jetzt schon herunter, wobei ich ehrlich sagen muss, dass ich noch nie eine Zahl gesehen, wie die Wertschöpfung der Innenstadtgeschäfte genau ist. Bei mir läuft es jedenfalls gut, und die Leute kommen mit dem Zug, mit dem Velo usw. Ich kann dies nicht bestätigen, einfach Deine Sicht. Du hast Deinen Parkplatz. Bei Dir kann man zufahren, und es läuft gut. Aber es ist doch auch einmal etwas anderes möglich.

**Roland Rudolf von Rohr:** Ich möchte nicht lange mit Dir streiten und weiss, dass Du sehr viel mit dem Velo unterwegs bist wie ich auch. Das schätze ich auch sehr. Du musst aber schon die Augen etwas mehr öffnen. Bei Dir läuft es vielleicht so gut, weil so viele Leute krank sind, da sie sich in dieser Stadt nicht wohl fühlen. Spass beiseite: Wir schränken die Möglichkeiten ein. Du hast vorher gesagt: Es gibt Möglichkeiten. Nutzen wir diese doch. Die Initiative verbaut zahlreiche Möglichkeiten, die wir in dieser Stadt haben, und das wollen wir nicht. Wir sind bereit für gute Möglichkeiten wie die Motion Kronenplatz, aber nicht für Verbauung von guten Möglichkeiten.

**Dieter Ulrich:** Ich habe zuerst eine formale Frage. Müssen wir noch einen konkreten Antrag stellen, damit die Initiative nicht abgelehnt wird, sondern man sie annehmen soll? Wenn ja, würde ich dies damit machen. Zudem wäre ich froh, wenn sich der Stadtrat oder der Rechtskonsulent dazu äussern würde, einfach von der Verbindlichkeit der Initiative. Es liegt mir völlig fern, dies irgendwie abmindern zu wollen, aber es wird ja im Sinne einer Anregung etwas verlangt. Die Frage ist, wie verbindlich dies nachher konkret ist, jetzt auch auf die Argumentation von Roland Rudolf von Rohr, der sagt: Wir können nachher gar nicht mehr anders, selbst wenn wir merken, dass es nicht gut wäre.

**Stefan Hagmann:** Es wird so sein, dass, wenn das Gemeindeparlament die Anregung annimmt, nachher ein Auftrag an die Verwaltung ergehen wird, eine Vorlage auszuarbeiten. Sie geht dann durch den Stadtrat, nachher wieder ins Gemeindeparlament und je nachdem wieder vor das Volk.

**Dieter Ulrich:** Das ist also das gleiche Verfahren, ob das Parlament oder das Volk die Initiative abnimmt. Es geht an den Stadtrat und kommt wieder ins Parlament zurück.

**Stefan Hagmann:** Das ist so. Es ist eine Anregung, und man müsste nachher eine ausgearbeitete Vorlage haben. Dann geht es den Weg, wie es normal im Parlament läuft.

**Dieter Ulrich:** Ich schliesse daraus, dass die Untergangsszenarien dadurch nur beschränkt ihre Berechtigung haben, weil wir hier sicher noch einmal das Wort haben werden und uns dazu äussern können.

**Christian Wüthrich:** Wenn ich es richtig verstehe, wird es eine Vorlage sein inklusive Kosten, Perimeter sein, alles eindeutig und offen dargelegt.

**Dr. Rudolf Moor:** Ich habe eine Anschlussfrage. Wenn wir heute nein dazu sagen, kommt die Vorlage trotzdem vor das Volk?

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Das ist ja unbestritten. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Gemeindeabstimmung über die Initiative auf den 13. Februar festgesetzt ist. Das steht in der Ausgangslage.

**Stefan Hagmann:** Es ist eigentlich alles im Gemeindegesetz geregelt. Bei einer Annahme wird nachher eine Vorlage ausgearbeitet, die dann wieder den ganz normalen Weg geht. Wenn das Gemeindeparlament die Ablehnung empfiehlt, geht es vor das Volk, das es annimmt. Dann gibt es wieder eine normale Vorlage, die wieder den normalen Weg läuft oder sie wird eben vom Volk abgelehnt. Der dritte Fall, der vermutlich nicht eintreten wird, ist, dass das Gemeindegesetz noch die Möglichkeit der Ungültigkeitserklärung gäbe. Aber das ist eine andere Frage. Bei einer Annahme heute wird eine Vorlage ausgearbeitet. Wenn das Parlament ablehnt, muss die Anregung dem Volk unterbreitet werden. Sagt das Volk ja, nimmt es wieder den Weg, dass eine Vorlage ausgearbeitet wird, die in zweiter Linie nachher wieder durch den Stadtrat und das Gemeindeparlament geht und je nachdem auch vor dem Volk endet.

**Dr. Markus Ammann:** Für mich ist es relativ klar, dass der Zeitfaktor in diesem Moment eigentlich irrelevant ist. Er kann nicht mehr als Argument gegen diese Vorlage gelten. Ich habe die gleiche Frage wie Dieter Ulrich. Ist es richtig, wenn wir jetzt quasi einen Gegenantrag machen, der die Initiative zur Annahme empfiehlt, also sozusagen einen Gegenantrag zum Antrag 1?

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Ja, indirekt. Ich möchte noch Stefan Hagmann um seine Meinung fragen. Aber indirekt wird dies gemacht, wenn dem Stadtratsantrag nicht Folge geleistet wird. Dann ist es automatisch auf dieser Schiene.

**Stefan Hagmann:** Ja, das ist korrekt.

**Dr. Markus Ammann:** Damit ist dieser Antrag natürlich auch gestellt bzw. Dieter Ulrich hat ihn bereits gestellt.

**Urs Knapp:** Ich möchte den Ordnungsantrag stellen, fünf Minuten Pause zu machen, damit sich die Fraktionen besprechen können.

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Wir machen einen Sitzungsunterbruch von fünf Minuten.

**Andreas Schibli:** Ich stelle den Ordnungsantrag, das Geschäft auf die nächste Parlamentssitzung zu verschieben und zwar aus folgendem Grund: Der Rechtskonsulent hat hier sagt, es gelte scheinbar die Gemeindeordnung. In der Pause ist es dann wieder anders gewesen, das Ganze laufe nach dem Parlamentsgesetz. Ich weiss jetzt noch nicht, wie es wirklich ist, und möchte herzlich bitten, dies abzuklären, damit man weiss, wie es weiter läuft, ob es so oder so vor das Volk kommt oder nicht. Ich bitte Euch, den Ordnungsantrag zu unterstützen.

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Ich kann mich hier wieder einmal zitieren. Es ist gestern schon zitiert worden. Je grösser die Unsicherheiten schliesslich sind: „Das Parlament setzt Recht“, Artikel 21 Gemeindeordnung. Wenn wir alle vom Prozedere und von der Abstimmung her einverstanden sind, hat dies seine Gültigkeit. Es sei denn, es stehe etwas offensichtlich dagegen.

**Stefan Hagmann:** Ich habe weder von einem Parlamentsgesetz noch irgend etwas anderem gesprochen. Wenn Du zugehört hast, ist es das Gemeindegesetz, das dies abschliessend regelt. Zwar regelt es dies sehr, sehr unklar. Wir haben es bei der Volksinitiative Olten SüdWest mit dem Amt für Gemeinden durchexerziert. Dort war man sich nämlich auch nicht zu 100 % sicher, weil wir die Einzigen sind, welche die ausserordentliche Gemeindeorganisation haben. Deshalb ist die Praxis relativ dünn, was dies anbelangt. In § 83 Gemeindegesetz ist am Schluss angemerkt, dass der Beschluss des Gemeindeparlamentes nach § 84 resp. 86 dem Referendum unterliegt. Das würde nichts anderes bedeuten, als dass ganz normal die Finanzschwellen eine Rolle spielen würden, je nachdem, ob es

letztlich vor das Volk kommt oder nicht. Das Amt für Gemeinden fand letztes Mal, das Gemeindeparlament müsse gegenüber dem Volk eine Empfehlung auf Annahme respektive Ablehnung abgeben. Aber ich denke, dass wir diesen Punkt, nämlich wenn der zweite Teil noch einmal vor das Gemeindeparlament kommt, allenfalls noch einmal mit dem Amt für Gemeinden klären könnte oder müssten – Heinz, hier muss ich Dir etwas widersprechen – weil das Gemeindeparlament in diesem Punkt kein Recht setzt, da dies durch das übergeordnete Recht, das Gemeindegesetz, vorgegeben ist.

**Andreas Schibli:** Selbstverständlich halte ich an meinem Ordnungsantrag fest. Meines Wissens muss über einen Ordnungsantrag in jedem Fall abgestimmt werden.

## **Beschluss**

Mit 25 : 21 Stimmen wird der Ordnungsantrag von Andreas Schibli auf Verschiebung des Geschäfts auf die Parlamentssitzung vom 16. Dezember 2010 abgelehnt.

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Nach all dem Gehörten möchte ich die Fassung des Büros respektive meine Überlegungen mitteilen. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Wir müssen über den Beschlussesantrag abstimmen. Der Antrag von Markus Ammann ist auf dem Tisch. Ich werde erstens sagen, wer die Initiative „verkehrsfreie Innenstadt“ den Stimmberechtigten der Stadt zur Ablehnung empfehlen möchte, soll dies mit Handerheben bezeugen. Zweitens werde ich sagen: Wer die Initiative „verkehrsfreie Innenstadt“ dem Stimmberechtigten der Stadt Olten zur Annahme empfehlen möchte, soll dies mit Handerheben bezeugen. Drittens geht es um die Enthaltungen. Dann gibt es ein klares Resultat wie beim Eishockey oder Fussball. Eine Annahme bedingt, dass der Stadtrat dann eine Vorlage ausarbeiten wird. Das Volk muss im Moment nichts machen. Bei einer Ablehnung kann das Volk den Parlamentsentscheid am 13. Februar 2011 wieder umstossen. Ich bitte Euch, meine einfache, juristisch vielleicht nicht sehr ausformulierte Version kurz zu besprechen. Diejenigen, die noch einfachere oder bessere Vorschläge haben, möchten sich kurz zu Wort melden.

**Simon Haller:** Ich habe eine Frage zum Verfahren. Mir ist nicht ganz klar, ob im Moment noch die Möglichkeit besteht, die Volksinitiative am Volk vorbei zu bringen, wenn man dies möchte. Ich persönlich bin stark dagegen, ohne jetzt zu sagen, was ich inhaltlich dazu meine.

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Mir ist eigentlich auch nicht ganz klar, wie Du dies meinst: Wie dem Volk beibringen.

**Simon Haller:** Nicht dem Volk beizubringen, sondern ob man die Initiative noch am Volk vorbei bringen kann im Sinne, dass sie nicht zur Abstimmung kommt. In der Pause ist diese Idee herum gegeistert.

**Stefan Hagmann:** Wenn heute die Empfehlung auf Ablehnung kommt, dann kommt die Vorlage vor das Volk. Wenn sie angenommen wird, wird die Vorlage ausgearbeitet und kommt am Schluss noch einmal ins Gemeindeparlament. Dort wird es nachher unsicher. Das mussten wir nämlich bei der Volksinitiative Olten SüdWest nicht durch exerzieren, weil sie kurz zuvor zurück gezogen wurde. Im Gemeindegesetz steht in § 83, dass das Parlament einen Erlass zu verabschieden hat. „Der Beschluss des Gemeindeparlaments unterliegt § 84 oder 86. Das heisst dem obligatorischen oder fakultativen Referendum, und das hängt auch von der Schwelle ab. Dies würde eher dafür sprechen, dass es, wenn es zum zweiten Mal ins Gemeindeparlament geht und es nicht gewisse Finanzschwellen gibt, nicht noch einmal noch vor das Volk käme.“

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Merci für die klaren und ausführlichen Darlegungen. Ich bin immer noch bei meinem Vorschlag.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Ihr habt dies ja. „die Stimmberechtigten“. § 9 sagt es eigentlich klar, und es gibt gar nichts zu diskutieren.

#### Abstimmung

Die Initiative „verkehrsfree Innenstadt Olten“ wird den Stimmberechtigten der Stadt Olten zur Ablehnung empfohlen.

Die Initiative „verkehrsfree Innenstadt Olten“ wird den Stimmberechtigten der Stadt Olten zur Annahme empfohlen.

#### **Beschluss**

Mit 24 : 22 Stimmen wird die Initiative den Stimmberechtigten der Stadt Olten zur Ablehnung empfohlen.

Mitteilung an:  
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2010

Akten-Nr. 3/13

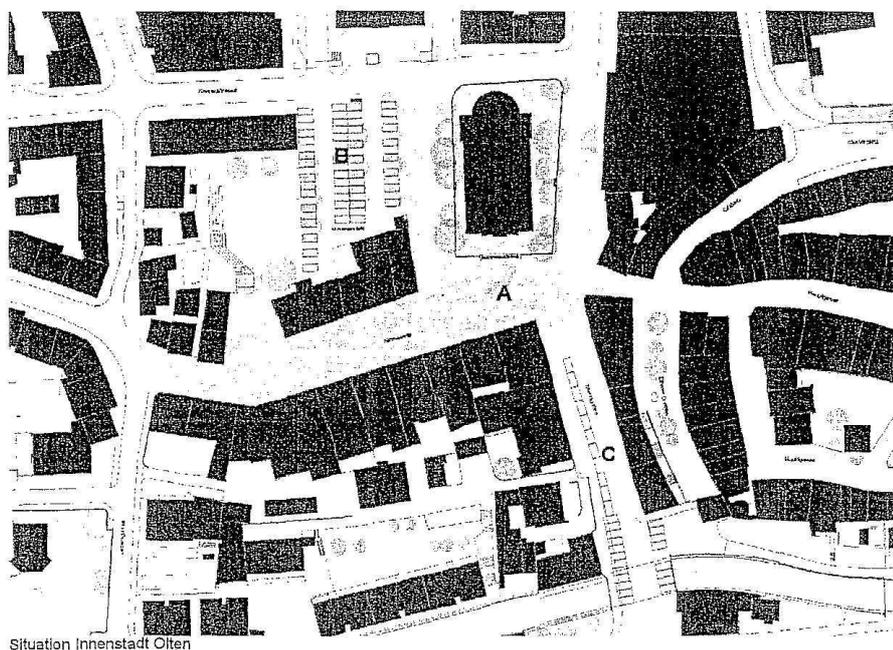
Prot.-Nr. 28

## Volksmotion betr. Kronenplatz Olten/Beantwortung

Das Komitee Kronenplatz Olten hat am 24.06.2010 eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht.

### „Antrag

Der Stadtrat und das Gemeindeparlament von Olten werden beauftragt, innerhalb von neun Monaten nach einer Ablehnung der Vorlage „Attraktivierung Innenstadt Olten — Verkehrskonzept mit Begegnungszone, Gestaltung öffentlicher Raum und Parkhaus Munzingerplatz“ durch die stimmberechtigte Bevölkerung der Stadt Olten (Abstimmung vom 13. Juni 2010) einen Vorschlag mit der Kirchgasse als hauptsächlichen Umgestaltungsraum ausarbeiten und bewilligen zu lassen. Dabei sind folgende Massnahmen zu berücksichtigen:



Situation Innenstadt Olten

### Massnahmen

#### A Kirchgasse „Kronenplatz“

Die Kirchgasse, früher vor der Stadtkirche auch Kronenplatz genannt, soll in einfacher Art umgestaltet werden. Die Flächen beidseitig der Kirche sind in die Neugestaltung mit einzubeziehen. Die rund achtzigjährigen Kastanienbäume bieten eine hervorragende Kulisse und sollen erhalten bleiben.

Der neue Platz wird der hohen Fussgängerfrequenz vor dem Coop-City gerecht, verbindet die Altstadt selbstverständlich mit der Innenstadt, lässt gewerbliche und kulturelle Innovation von Detaillisten, Restaurantbesitzern, Vereinen und Privaten zu, und stellt die Kirchgasse und den neuen Kronenplatz in den richtigen historischen und städtebaulichen Kontext.

### B Munzingerplatz

Die ganz grosse Qualität des Munzingerplatzes ist sein Baumbestand. Dieser hohe atmosphärische Wert (Kilbi, Gemüse- und Monatsmärkte, usw.) soll erhalten bleiben.

Das Abräumen der Parkplätze steht nicht im Vordergrund, sondern die Verbesserungen der Parkierungsorganisation sowie die Verbesserung der Lebensumstände der bestehenden und neuen Bäume. Die Fläche selber soll infrastrukturseitig soweit vorbereitet sein, dass sie für Anlässe sofort optimal zur Verfügung steht. Die baumbeschattete Fläche entlang der Kirche bietet sich für Strassencafé bestens an. Die neue Parkplatzanordnung (gemäss einschlägigen Normen) schafft Klarheit für die Parkplatzsuchenden, weil Ein- und Ausfahrten geregelt und via Parkleit-System gesteuert sind.

### C Mühlegasse

Die Mühlegasse kann dank ihrer Breite für den Busverkehr sowie für die Schaffung von Parkplätzen bis zu einer späteren definitiven Umgestaltung kurzfristig umgenutzt werden. Die Parkierungs-Anordnung ermöglicht nahe an den Geschäften parkieren zu können. Die neue Parkplatzanordnung (gemäss einschlägigen Normen) schafft Klarheit für die Parkplatzsuchenden, weil Ein- und Ausfahrten (bei der Dünnerbrücke) geregelt und via Parkleit-System gesteuert sind.

### Begegnungszone und Nutzung

Die Begegnungszone wird in ihrer geographischen Ausdehnung gemäss dem Konzept „Attraktivierung Innenstadt Olten“ definiert. Es werden vorläufig keine Umbaumaassnahmen vorgenommen. Zeigt sich durch die Benützung der umgestalteten Flächen rund um die Kirchgasse, dass auch in diesem Bereich Anpassungen nötig sind, werden diese zum gegebenen Zeitpunkt realisiert.

Für Gewerbetreibende, Vereine und Private, welche den öffentlichen Raum nutzen und mit ihren Angeboten einen Teil zur Belebung der Oltnen Innenstadt beitragen möchten, sind klare Regeln fest zu legen. Die Stadt benennt eine Koordinationsstelle, welche als Anlaufstelle fungiert und die Belebung der Oltnen Innenstadt aktiv vorantreibt.

### Begründung

In Anbetracht der in Teilen der Bevölkerung bestrittenen Notwendigkeit eines Parkhauses in der Innenstadt sowie der hohen Baukosten von 25 Mio. Franken für die Umgestaltung der Begegnungszone ist eine Ablehnung der Vorlage „Attraktivierung Innenstadt Olten — Verkehrskonzept mit Begegnungszone, Gestaltung öffentlicher Raum und Parkhaus Munzingerplatz“ nicht auszuschliessen.

Die unterzeichnenden Motionäre und Motionärinnen sind der Meinung, dass ein negativer Entscheid nicht dazu führen darf, dass die Attraktivierung der Innenstadt um Jahre zurückgeworfen wird. Im Gegenteil, es besteht die Möglichkeit, die Kirchgasse als städtebaulich logische und historisch korrekte Weiterführung der Altstadt in das Zentrum einer weitaus kostengünstigen Planung zu rücken. Die Auswahl der Kirchgasse (inkl. dem früheren Kronenplatz) stellt einen wahrnehmbaren Bezug zur Entwicklung und Geschichte unserer Stadt dar. Von dieser können Impulse auf die ganze Innenstadt ausgehen.

Wesentlicher Bestandteil einer schlanken Projektierung soll eine umgestaltete und vom motorisierten Individualverkehr (Ausnahme Anlieferung bis 11.00 h) befreite Kirchgasse sein.

Dabei ist der Abschnitt der Baslerstrasse unmittelbar vor dem Coop-City in die Planung mit einzubeziehen, handelt es sich doch hierbei um eine der grössten Fussgängerfrequenzen in der Innenstadt. Gleichzeitig bietet sich die Gelegenheit, den Munzingerplatz und die für den Durchgangsverkehr nicht mehr notwendige Mühlegasse für den stehenden Verkehr neu zu organisieren. Dabei ist die Einbindung der beiden Parkplatz-Standorte in das sofort umzusetzende Parkleitsystem vorrangig zu behandeln. Gesamthaft bietet sich mit diesen Massnahmen die Bilanz der angebotenen Parkplätze positiv ausfallen zu lassen. Der Anlieferungsverkehr und die Linienführung der Busbetriebe sind von Veränderungen unmerklich betroffen.

#### Ab 2013 muss die Kirchgasse sowieso gesperrt werden

Der Solothurner Kantonsrat hat in seinem ERO-Beschluss vom 31.10.2001 festgehalten, dass als Bedingung für die Kreditfreigabe für die Umfahrungsstrasse die flankierenden Massnahmen auf Oltner Gemeindestrassen rechtlich und finanziell gesichert sein müssen. In der Folge hat der Oltner Stadtrat am 25.10.2007 die Sperrung der Kirchgasse (Fahrverbot für Motorwagen, Motorräder und Motorfahrräder / Zubringerdienst gestattet) als verkehrspolizeiliche Massnahme publiziert. Sie ist mittlerweile rechtskräftig. Der Regierungsrat hat im Zusammenhang mit einer Beschwerde des VCS gegen die Planaufgabe der ERO konkretisiert, dass diese Sperrung "auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der neuen Kantonsstrasse H5b" hin zu erfolgen hat (RRB 2008/15, S. 38f)."

- - - - -

Im Auftrag des Stadtrates beantwortet **Dr. Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

#### Formelles

Nach Art. 16 der Gemeindeordnung der Stadt Olten haben mind. 30 Stimmberechtigte das Recht, dem Gemeindeparlament schriftlich Vorschläge zu unterbreiten. Diese sind wie Motionen oder Postulate eines Mitgliedes des Gemeindeparlaments zu behandeln.

Der Vorstoss wurde als Volksmotion bezeichnet. Motionen sind nur für Bereiche zulässig, in denen die Entscheidungsbefugnis ausdrücklich beim Parlament liegt. Hat in einem Bereich die Exekutive die abschliessende Kompetenz, können dazu keine Motionen eingereicht werden. Diese inhaltliche Beschränkung der zulässigen Gegenstände einer Motion folgt aus dem Prinzip der Gewaltenteilung.

Die im Rahmen des Begehrens aufgeworfene Thematik und die gestellte Forderung beschlagen ortsplanerische Bereiche. Nach § 9 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes ist die Ortsplanung (umfassend etwa die Gestaltung der Siedlungs- und Erschliessungsstrukturen der Stadt) Aufgabe der Einwohnergemeinde. Planungsbehörde ist von Gesetzes wegen der Stadtrat. Der vorliegende Vorstoss kann deshalb nur als Postulat im Sinne einer Prüfung der Anliegen behandelt werden.

#### Zum Inhalt

Das Gemeindeparlament hat am 24. März 2010 dem Konzept zur Attraktivierung der Innenstadt, beinhaltend das Verkehrskonzept mit Begegnungszone, das Konzept zur Aufwertung der öffentlichen Räume und das Projekt Parkhaus Munzingerplatz sowie seiner etappenweisen Realisierung zugestimmt. Mit dem Volksentscheid vom 13. Juni 2010 wurde die Realisierung des Gesamtpaketes abgelehnt.

Am 13. Februar 2011 wird erneut abgestimmt, dieses Mal über die Frage, ob in der Innenstadt der motorisierte Individualverkehr (MIV) verboten werden soll. Die Volksmotion geht von anderen Voraussetzungen aus, weshalb die Zeitvorgabe des Vorstosses nicht realistisch ist.

Für das weitere Vorgehen sind die beiden genannten Volksabstimmungen massgebend. Wenn die Innenstadt wie ursprünglich beabsichtigt, «nur» vom Durchgangsverkehr entlastet werden soll, gilt grundsätzlich das vom Parlament gutgeheissene Verkehrskonzept Innenstadt, auch wenn aufgrund der erfolgten Volksabstimmung kein Parkhaus Munzingerplatz erstellt wird und damit die oberirdischen 230 Parkplätze in der Innenstadt nicht aufgehoben werden. Nicht bestritten waren beim Volksentscheid in den Augen des Stadtrates eine Neuorganisation der Verkehrsflüsse im Zusammenhang mit der Eröffnung der Entlastung Region Olten (ERO) und die Einführung einer Temporeduktion, Tempo 20 (Begegnungszone) oder allenfalls Tempo 30. Das vom Gemeindeparlament gutgeheissene Verkehrskonzept Innenstadt muss aber aufgrund der Parkplatzfrage überprüft und angepasst werden, wobei alle im Vorstoss vorgebrachten Anliegen geprüft und allenfalls in die weiteren Arbeiten bzw. Umsetzungen integriert werden können.

Soll die Innenstadt hingegen aufgrund der noch bevorstehenden Volksabstimmung verkehrsfrei werden, können natürlich nur die rein gestalterischen Aspekte des Vorstosses im Rahmen der nachfolgenden Planungsarbeiten wie auch die Frage der Koordinationsstelle geprüft werden.

Bei all dem ist festzuhalten, dass der Stadtrat im Nachgang des runden Tisches vom 3. Juli 2010 die aktuelle Situation in der Innenstadt mit entsprechenden Massnahmen möglichst rasch und spürbar verbessern will. Dabei ist ein pragmatisches Vorgehen zu wählen, welches sich auf kleinere Schritte bzw. Etappen und auf Erfahrungen abstützt und rasche Ergebnisse zulässt.

Auf Grund der Erwägungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Motion im Sinne einer Prüfung des Anliegens als Postulat zu überweisen.

- - - - -

**Christian Ginsig:** Von meiner Seite hoffe ich, dass es nicht die gleichen Diskussionen wie vorher gibt. Ich bin hier als Vertreter der Volksmotion Kronenplatz, nicht als Vertreter der Grünliberalen, sondern als Mitglied des Komitees, wo es um die entsprechende Vorlage geht. Das Ziel des Komitees war ganz klar. Wir haben von unserer Seite eine kostengünstige, attraktive und auch gewerbefreundliche Lösung vorschlagen wollen. Wie es Herr Wey auch schon gesagt hat, ist es uns um einen pragmatischen Ansatz gegangen, dies entsprechend vorzubringen. Ich denke generell, dass es in Olten bei den Leuten relativ klar ist. Einerseits gibt es die Innenstadt- Vorlage, die Motion Kronenplatz, aber auch die Initiative für eine verkehrsfreie Innenstadt. Es beschäftigt die Oltner. Man möchte eine Lösung und wirklich etwas, das vorwärts geht und die Problematik des Verkehrs löst. Welches sind die zentralen Punkte der Motion Kronenplatz? Es ist uns darum gegangen, dass die Autofahrer in der Innenstadt weiterhin gut erschlossene Parkplätze haben. Gleichzeitig ist es uns aber auch um eine rasche Sperrung der Kirchgasse und zusätzlich die Sperrung der Baslerstrasse gegen das Coop-City, bei der Stadtkirche, gegangen. Wir sagen hier explizit eine Sperrung für den motorisierten Individualverkehr und nicht für irgendwelche Busse. Sie sollen weiterhin zirkulieren können. Sie sollen auch die Quartiere erschliessen können. Das war unser Ziel. Den Kronenplatz selber hat es in diesem Sinne ja wirklich gegeben. Uns ist es einerseits darum gegangen, beim Kronenplatz mit der Sperrung des Areals, dass man die Rundkurse mit diesen lauten Autos, wie man sie heute kennt, eingrenzen zu können, die

ganzen Abendveranstaltungen und andererseits den Kirchplatz der Bevölkerung zurück geben zu können und gleichzeitig ein attraktives Eingangstor zur Altstadt zu schaffen. Die Motion sieht auch vor, dass die Kastanienbäume, wie sie dort sind – das ist noch vor der Abstimmung von uns entsprechend formuliert worden – die Baumbestände für die Bevölkerung erhalten bleiben, dass man eine attraktive Situation hat und das ganze Areal für kulturelle Veranstaltungen nutzen kann, es aber auch von den Gewerbetreibenden für verschiedene Veranstaltungen umgesetzt werden kann oder auch teilweise von Restaurantbesitzern wieder in Beschlag genommen werden kann. Für den Munzingerplatz selber haben wir ein einfaches Parkierungssystem vorgesehen und zwar mit einer einfachen Zu- und Wegfahrt als Idee. Wir hatten dies aber nicht so weit detailliert formuliert, damit die Stadt noch die entsprechende Möglichkeit hat, das Ganze vorzunehmen. Uns war wichtig, auch im Bereich des Munzingerplatzes für Restaurationsbetriebe Möglichkeiten zu bieten, Platz zu schaffen, dass man dorthin gehen könnte. Ich erwähne jetzt leider auch hier wieder dieses Wort. Es geht um das Parkleitsystem. Man weiss von anderen Städten wie beispielsweise Nyon und Morges, die problemlos mit einem einzigen Parksystem, mit einer einzigen Anlage, solche Systeme im Einsatz haben. Wir sind der Meinung, dass dies sicher auch in Olten möglich ist. Die Mühlegasse als solche hätten wir ebenfalls für mögliche Parkplätze gesehen, damit Kundinnen und Kunden auch mit dem Auto in die Innenstadt hinein fahren können, damit sie vor dem Gewerbe parkieren, ihre Einkäufe mitnehmen können und auch dort eine gewisse Zuleitung mit einem Parkleitsystem haben, aber auch, dass dort ein Bus zirkulieren könnte. Uns vom Komitee ist es insgesamt darum gegangen, dass wir die Attraktivierung der Innenstadt durchziehen können, ohne grosse Umbaumassnahmen und gleichzeitig auch das Gewerbe, Vereine und Private die Möglichkeiten erhalten, sich in der Innenstadt wieder entwickeln zu können. Der Antrag, den das Komitee heute an die Stadt respektive an das Gemeindeparlament stellen, lautet dahingehend, dass innerhalb der neun Monate der Ablehnung, und so war es in der Volksmotion formuliert, der Vorlage Attraktivierung Innenstadt ein entsprechendes Konzept, ein Vorschlag, auszuarbeiten sei, wo ein Umgestaltungsplan vorgegeben wäre, der dem Parlament vorgelegt werden soll. Erlauben Sie mir hier von meiner Seite eine persönliche Bemerkung: Seit der Anhörung am 3. Juli, als der Runde Tisch stattgefunden hat, zu dem alle Parteien und Interessenverbände eingeladen waren, sind mittlerweile 139 Tage vergangen. Meines Zeichens habe ich bis heute noch keine konkreten Pläne der Stadt gesehen. Die Zeit ist jetzt voran geschritten. Ich denke, die Oltnerinnen und Oltner wollen, dass es in der Innenstadt vorwärts geht, dass man anfangen kann, möglichst unkomplizierte Massnahmen zu realisieren. Wir haben aber gleichzeitig auch den Antrag des Stadtrates entgegen genommen, der vorsieht, dass man das Ganze als Postulat überweist. Eine Mehrheit der Motionäre der Volksmotion ist der Meinung: Lieber ein Spatz in der Hand als eine Taube auf dem Dach. Wir schliessen uns aus diesem Grund auch dem Antrag des Stadtrates an, das Ganze als Postulat zu überweisen.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Ich danke Herrn Ginsig für seine Ausführungen. Wenn wir als Stadtrat Ihnen zugehört haben, muss ich auch nach unseren internen Besprechungen zu diesem Thema feststellen, dass wir eigentlich in sehr vielen Punkten gleicher Meinung sind. Ich habe versucht, dies an einer öffentlichen Veranstaltung entsprechend kund zu tun, und stelle auch fest, dass wir sehr ähnlich auf dem Weg schreiten, vor allem in ähnlichen Parametern, die wir uns selber aufgestellt haben. Ihre Argumentation überzeugt. Ich stelle grundsätzlich zwei Hauptdifferenzen fest: Erstens der Zeitrahmen, mit dem wir uns als Stadtrat auch intensiv in einer ganztägigen Sitzung auseinander gesetzt haben, wir so wie sie sich ihn vorgestellt haben, nicht sehen, obschon wir Verständnis für das Drängen nach vorne, nach Realisierung haben. Auch der Stadtrat möchte die Attraktivierung möglichst rasch. Die zweite Differenz ist der Raum, den man angehen möchte. Die Volksmotion hat doch etwas den grösseren Raum im Fokus, und der Stadtrat ist der Meinung, dass man den Fokus auf die Kirchgasse beschränkt und dann in einem weiteren Schritt ausweitet. Zusammengefasst kann ich auch feststellen, dass Ihre Bemerkungen zum Parkleitsystem ganz klar ein Auftrag sind. Das Parlament wird auch bei den folgenden Vorstössen noch

darüber diskutieren. Die Begründung, weshalb wir erst 2013 die effektive Sperrung auslösen möchten, wie es auch schon beschlossen ist, wird im Bericht und Antrag dargelegt. Es hat mit Verkehrsströmen zu tun. Insbesondere als problematisch erachten wir die frühzeitige Sperrung der Mühlegasse und der Baslerstrasse. Noch etwas zum Fomellen; Obschon man dies in diesem Saal nicht gerne hört, sind wir als Stadtrat verpflichtet, die entsprechenden Kompetenzen zu prüfen. Das soll nicht primär im Vordergrund stehen, sondern einfach auch noch angemerkt sein, dass die Formalien geprüft und auch entschieden sein müssen. In diesem Sinne empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Volksmotion als Postulat zu überweisen und im Sinne der Erwägungen zur Ausführung durch den Stadtrat bringen zu lassen. Für den Stadtrat ist ebenfalls klar, dass die jetzt im Gemeindeparlament geführte Diskussion uns auch in der sogenannten Ausführung und Ausgestaltung der weiteren Schritte massgebend beratend und auch beeinflussend begleiten wird.

**Roland Rudolf von Rohr, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Ich habe es schon beim vorhergehenden Geschäft angetönt. Die Volksmotion Kronenplatz bringt tatsächlich einen Kompromiss der beiden Extreme durch. Die letzte Vorlage vom 13. Juni ist herunter gefallen. Man weiss nicht richtig weshalb. Aber sicher war ein Grund das Parkhaus. Diejenige, die vorher herunter gefallen war, aber trotzdem vor das Volk kommt, ist ebenso extrem, und mit dieser Volksmotion haben wir einen Kompromiss, der wahrscheinlich allen dient. Wir erreichen mit dem Kronenplatz eine Verbindung von der alten Brücke bis zum Gryffe, die für die Fussgänger wunderbar sein wird. Wenn die ERO fertig ist, wird es wirklich auch möglich sein, die innere Baslerstrasse zu sperren. Es ist vorgesehen, rund um die Kirche Begegnungsplätze zu schaffen. Es gibt viele Möglichkeiten für kulturelle Anlässe, Vereine, aber auch für das Gewerbe, ohne dass die ganze Stadt geschlossen wird und ohne dass es dem Gewerbe schlechter geht. Ich glaube, hier können wirklich alle zufrieden sein. Wir empfehlen Euch in diesem Sinne, die Volksmotion, wie es der Stadtrat wünscht, in ein Postulat umzuwandeln - es ist ja bereits gemacht worden – und zuzustimmen.

**Theo Schöni, Grüne Olten:** An der gestrigen Sitzung und heute haben wir bereits Verschiedenes zu diesem Geschäft gehört. Zum Einen, dass die Verhinderungsparteien das Geschäft plötzlich pushen wollen. Dazu kann ich nur festhalten, dass auch in diesem Fall der Entscheid der Mehrheit der Oltner Bevölkerung zu respektieren ist. Das ist auch schon mehrfach gesagt worden. Zum Anderen haben wir gehört, dass der Stadtrat noch immer nicht weiss, wie er den Entscheid vom 13. Juni zu interpretieren hat. Ich kann mindestens die Interpellation der Grünen liefern. Das Volk hat sich zu zwei Sachen klar geäussert. Erstens wollte man und will immer noch, dass kein Parkhaus mitten im Herzen der Stadt Olten gebaut wird. Dies dürfte in der Zwischenzeit auch dem Stadtrat klar geworden sein. Er hat sich auch dazu geäussert, hat gesagt: Dieses Vorhaben ist vom Tisch. Zweitens ist die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Auffassung, dass es in der Innenstadt eine Begegnungszone braucht, sie aber in einer Art und Weise gestaltet wird, wie Olten dies heute schon hat, nämlich einen Fleck, wo man sich schon begegnet, verweilen kann, sich amüsiert und flaniert. Primär ein Raum, der einlädt, offen ist für kulturelle, kulinarische, sportliche und eine Vielzahl von anderen Anlässen. Der Raum selber erlaubt sogar ein Nebeneinander von Fussgängern und Langsamverkehr. Es ist vorher auch gesagt worden, dass eine Verbindung von der Kirchgasse in die Altstadt hinein wichtig ist, wo man nicht nur durch Verkehr behindert werden soll. Genau diese Anliegen hat die Volksmotion aufgenommen und den Stimmbürger überzeugt, nein zu sagen und einen neuen Weg einzuschlagen. Es geht nicht um Verhinderungen. Die Erwartungen sind dementsprechend hoch. Es wäre vermessen, deshalb eine Mehrheit der Bevölkerung als Verhinderer hinzustellen. Wir sind der Auffassung, dass sich die Grundlagen und Voraussetzungen gegenüber der Vorlage bezüglich Begegnungszone, über die wir abgestimmt haben, nicht verändert haben. Ich denke, die Basis ist dort schon geschaffen worden, damit wir überhaupt eine Abstimmung durchführen konnten. Ich möchte gerne hören, weshalb es nicht möglich ist – wir gestehen natürlich dem Stadtrat seine Planungshoheit auf jeden Fall zu – aber weshalb in diesem Fall, in dem wir eine Grundlage hatten, die Motion in ein Postulat umgewandelt werden soll. Wir

sind der Auffassung, dies müsste nicht passieren. Bei der Antwort des Stadtrates gewinnt man den Eindruck, dass er gar nicht so weit von unserer Interpretation weg liegt, denn er kommt auch zum Schluss, dass die heutige Situation in der Innenstadt rasch und spürbar zu verbessern ist. Sogar ein pragmatisches Vorgehen wird explizit angestrebt. Das kann aber nur wirkungsvoll durchgesetzt und durchgeführt werden, wenn das Anliegen als Motion überwiesen wird.

**Luzia Stocker Rötheli, SP-Fraktion:** Zuerst etwas Grundsätzliches zur Umwandlung der Motion in ein Postulat. Formal scheint dies so sein zu müssen. Arnold Uebelhart und ich sind uns zwar hier nicht ganz einig. Aber die Motionäre haben dies ja bereits vollzogen. Ich denke, wenn ein Postulat mehr Chancen hat, überwiesen zu werden als eine Motion, ist es umso sinnvoller. Interessant finde ich allerdings auch hier wieder, was mir schon bei einigen Vorstössen aufgefallen ist, und ich habe es auch schon gesagt, dass der formale Teil, wo es um die Belehrung des Parlamentes oder der Motionäre geht, dass es keine Motion, sondern ein Postulat ist, fast gleich lang ist wie nachher die inhaltliche Beantwortung. Ich denke, dies lässt einige Rückschlüsse zu. Aber uns geht es grundsätzlich um die Sache. Wenn man diese mit einem Postulat besser vorwärts bringt, ist dies sicher sinnvoll. Zum Inhalt: Die Beantwortung ist nicht allzu ausführlich und gibt auch nicht allzu viel Konkretes her. In den wesentlichen Zügen decken sich die Ideen des Stadtrates mit denjenigen der Motionäre. Das nehmen wir einmal so entgegen. Es ist so, dass die Volksmotion von über 200 Personen unterschrieben wurde und vom Stadtrat verlangt, innerhalb von neun Monaten einen Vorschlag auszuarbeiten. Das ist zugegebenermassen eine knappe Frist. Aber ich denke doch, dass die Beantwortung etwas konkreter hätte ausfallen können als sie ausgefallen ist. Die Kirchgasse wird 2013 so oder so gesperrt. Martin Wey hat dies wiederholt. Aber man könnte ja eigentlich jetzt schon irgendetwas beginnen. Man könnte Versuche machen, wie sie schon gemacht werden. Aber man könnte sie noch mehr unter dem Aspekt Belebung Innenstadt machen. Zum Beispiel könnte am Wochenende oder einmal am Abend gesperrt werden, man könnte an einem Wochentag sperren. Es gibt viele unkomplizierte Massnahmen, die jetzt in einem ersten Schritt gemacht werden könnten. Wir haben schon einige gehört. Die Volksmotion schlägt diesbezüglich einiges vor. Christian hat ausführlich dargelegt, welches eigentlich der Inhalt ist. Darauf möchte ich im Detail gar nicht mehr eingehen. Es würde eigentlich darum gehen, Zeichen zu setzen, damit die Bevölkerung sieht: Doch, es läuft etwas. Nach dem Abstimmungs-Nein geht es weiter. Es ist nicht einfach nichts mehr vorhanden, sondern man will etwas machen. Der Stadtrat sollte eigentlich ein Zeichen setzen und willens sein, die Verbesserung der Innenstadt rasch zu vollziehen. Das war ja auch die Aussage des Runden Tisches, was in der Beantwortung zu lesen ist., dass gesagt wurde, nach dem 3. Juli „möglichst rasch und spürbare Verbesserungen“. Bis jetzt hat man davon sowieso noch nichts gespürt, und es wird auch in der Beantwortung ausser der Sperrung der Kirchgasse 2013 nichts anderes Konkretes vorgeschlagen. Wir denken nicht, dass man zwei Jahre warten soll, bis etwas gemacht wird. Du hast gesagt, man wolle pragmatisch vorgehen. Das finden wir auch. Deshalb ist auch dieser Vorschlag zu unterstützen. Pragmatisch heisst für uns aber nicht langsam oder wenn der Kanton sagt: Ihr müsst, sondern heisst eben auch, dass etwas gemacht wird, das einfach ist und nicht viel Aufwand macht, aber wo die Leute merken: Aha, hier wird etwas gemacht. Ich denke, dass die Leute auf der Strasse das zögerliche Vorgehen, das hier an den Tag gelegt wird, sehr wohl wahr nehmen. Das könnte allenfalls den Initianten der verkehrsfreien Innenstadt dienlich werden, dass die Leute nämlich denken: Jetzt wollen wir, dass endlich etwas läuft. Die Initiative verlangt konkret eine Massnahme. Dann stimmen sie zu. Sicher nicht alle, aber das könnte passieren. Das wäre zwar allenfalls in unserem Sinne, aber ein Eigengoal für den Stadtrat, wo ich denke, dass mit dieser Hinhaltetaktik allenfalls etwas provoziert werden könnte. Entweder wird ein Ja in die Urne gelegt, und es ist klar, wie es weiter geht, oder es gibt ein Nein. Dann erwarten wir aber, dass wirklich konkrete Massnahmen auf den Tisch kommen. Wie will der Stadtrat weiter fahren? Im Moment versteckt er sich ja noch etwas hinter dieser Abstimmung. Das ist mit ein Grund, weshalb keine konkreten Massnahmen angesprochen werden, weil man die Abstimmung noch abwarten möchte. Wir bitten Euch

alle sehr, das Postulat zu überweisen, erstens als Zeichen des guten Willens des Parlaments an die Bevölkerung, dass wir bereit sind, Schritte einzuleiten und zwar möglichst bald. Zweitens auch als Zeichen für den Stadtrat, dass er in der Planung und konkreten Umsetzung vorwärts macht. In diesem Sinne wird eine Mehrheit der SP-Fraktion für die Überweisung sein. Es gibt eine Minderheit, zu der Ruedi Moor noch sprechen wird.

**Marcel Buck:** Der Vorstoss ist in der SVP-Fraktion kontrovers beraten worden. Die einen sind der Meinung, dass der damals suggerierte Plan B ganz klar zum Scheitern des Parkhauses und der Begegnungszone geführt hat und somit nicht unterstützungswürdig ist. Die anderen, und das ist für einmal die Mehrheit, finden die Volksmotion einen Kompromiss, mit dem sie scheinbar leben können. Kurz gesagt: Die SVP-Fraktion ist mehrheitlich für die Überweisung als Postulat.

**Daniel Dähler, FdP-Fraktion:** Wir sind uns hier einig gewesen respektive haben relativ kontrovers diskutiert, sind uns aber heute Abend aufgrund der Diskussion, die stattgefunden hat, mehr einig geworden. Schliesslich unterstützen wir, was am Runden Tisch entschieden worden ist, dass wir pragmatisch und mit kleinen Schritten vorwärts gehen wollen. Bis zu einem gewissen Grad sehen wir dies im Rahmen der Kronenplatz-Initiative. Deshalb werden wir grossmehrheitlich oder sogar mehrheitlich für die Überweisung als Postulat sein. Wir haben sicher noch einige Fragezeichen. Ein grosser Teil ist aufgezeigt worden. Die ganze Parkplatzdiskussion, wobei wir hier gesehen haben, dass diese Themen auch pragmatisch angegangen werden. Das ist von daher gut. Wir haben natürlich nach wie vor eine gewisse Skepsis gegenüber dem Parkleitsystem. Aber es wird sich aufgrund der heutigen Diskussion wieder zeigen, was es letztlich ist. Ich denke, es muss wirklich der Situation angepasst sein. Die Sperrung der Mühlegasse, Coop City ist sicher etwas, das noch diskutiert werden muss. Hier gibt es auch andere Ideen und Lösungen, wo allenfalls auch unterirdisch geführt werden kann, wenn mittelfristig vielleicht etwas mehr Geld in die Hand genommen würde. Das ist mein Votum gewesen, nicht dasjenige der Fraktion. Ich denke, wenn man wirklich zustimmt, muss man auch die ganze Busdiskussion geführt haben. Meiner Meinung nach kann es nicht sein, dass bei einer Sperrung der Kirchgasse nachher der Bus ständig durchfährt. Ich glaube, dieses Thema muss dann ernsthaft angegangen werden, damit nicht jede Viertelstunde die Stühle weggeräumt werden müssen und man dann wieder hinaus stuhlen kann. Meiner Ansicht nach zeigt es sich heute Abend auch, dass es grossmehrheitlich angenommen wird oder die Überweisung vorangetrieben wird. Setzen wir dieses Zeichen, Luzia, wo wir heute Abend die Möglichkeit haben. Ich denke, die Basis ist heute gegeben, und damit haben wir ein starkes Argument gegenüber der Volksinitiative. Das muss sich das Parlament meiner Ansicht nach heute Abend bewusst sein. Ich glaube, so werden wir es schaffen, einen vernünftigen Weg einzuschlagen.

**Daniel Schneider:** Vielen Dank für die positiven Worte, die ich auch ein Stück als ein hinter uns Lassen des Grolls vom 13. Juni interpretiere. Ich danke Euch vielmals. Ich möchte doch versuchen, einen kleinen Anlauf zu einer eindeutigen Auskunft zu machen, die ich von Martin Wey gerne hätte. Mich beschäftigt etwas, das ich gerne heute Abend beantwortet hätte. Die ganz einfache Frage: Haben wir im Jahr 2013 eine Baustelle an der Kirchgasse, weil die Kanalisation neu gemacht wird oder haben wir dies nicht? Etwas, das wahrscheinlich schon bei allen Parteien herum gegeistert ist, und ich würde dies als ausserordentlich schreckliche Vorstellung betrachten. Ich hoffe, Du hast trotzdem den Mut, eine ehrliche Antwort zu geben. Die Mühlegasse sperren oder nicht sperren: Ich könnt Euch erinnern: In den Beilagen vom 13. Juni war die Mühlegasse auch gesperrt. Das ist keine neue Erfindung. Das hatte man tatsächlich für das Jahr 2013 vor. Ich habe dies den Kollegen der FdP schon weiter gegeben. Ich möchte unbedingt, dass wir diese Sache vorwärts treiben, und würde mich freuen, wenn wir dieses Zeichen setzen könnten. Mir ist es praktisch egal, ob Motion oder Postulat, sondern ganz klare Aufträge an den Stadtrat. Wie er dies formalistisch handhabt, interessiert mich auch nicht so sehr, sondern ich möchte eigentlich das Versprechen des Stadtrates hören, dass er jetzt vorwärts machen will. Pragmatismus ist für mich nicht warten.

Ich habe keine Lust, in 30 Jahren mit Euch auf der Kirchgasse ein Rollator-Rennen zu machen. Ich möchte, dass es jetzt vorwärts geht, und bedanke mich bei allen, die dies heute Abend unterstützen und das Postulat überweisen.

**Dr. Rudolf Moor:** Ich rede hier für die Fraktionsminderheit der SP. Aber diese Minderheit ist immerhin so gross, dass es in einzelnen Fraktionen für die Mehrheit reichen würde. Es ist nicht ein einzelnes Argument, das dazu führt, dass wir die Volksmotion oder das „Volkspostulat“ nicht unterstützen. Es ist eine ganze Reihe von Sachen, die dazu führen, dass wir dies nicht so super finden. Ein Punkt ist, dass die Sperrung der Kirchgasse ohnehin kommt. Dazu braucht man eigentlich keine Motion und kein Postulat. Uns scheint auch die Lösung der Parkplätze in der Mühlegasse nicht unbedingt ein grosser Hit. Das ist sicher etwas fragwürdig. Wir haben auch etwas den Eindruck, dass man hier relativ viel verspricht, aber das, was am Schluss herauskommt, eventuell doch eher etwas bescheiden ist und eben wirklich nicht viel heraus schaut, auch wenn man dies heute überweist als das, was ohnehin Pflicht ist, zusammen als Massnahme 2013 im Zusammenhang mit der Umfahrung. Wir glauben auch, dass es nicht sehr viel schneller geht. Ich habe bis jetzt und auch in der heutigen Diskussion nicht gehört, dass wenn man ja sagt, wirklich etwas schneller passiert. Letztlich geht es aber auch darum, dass die SP – das habt Ihr vorher gemerkt, auch wenn es nicht allen gefallen hat– voll und ganz die Volksinitiative der Jungen SP unterstützt und nicht den Elan und die Begeisterung der Jungen durch einen nicht unbedingt überzeugenden und vielleicht etwas faden Gegenvorschlag untergraben möchte, wenn wir auch Verständnis haben, dass die Initiative für viele von Euch – das gilt auch für uns, die schon etwas älter und durch die Realpolitik etwas verdorben sind – vielleicht etwas radikal ist. Aber manchmal braucht es eben Begeisterung und etwas Verrückteres, um wirklich etwas in Gang zu setzen. Hier scheint uns die Volksmotion nicht der richtige Weg zu sein. Deshalb wird sich ein Teil der SP heute enthalten oder dagegen stimmen.

**Christian Wüthrich:** Ich muss den Stadtrat für gewisse Anschuldigungen respektive Wahrnehmungen heute etwas in Schutz nehmen. Die Lethargie oder Ohnmacht, die er an den Tag legt, oder sein zurückhaltendes Wesen in dieser ganzen Geschichte, hat für mich persönlich auch damit zu tun, dass der Stadtrat in den letzten zwei Jahren für das ganze Geschäft sein Herzblut gegeben hat, was die Attraktivierung Innenstadt für das gesamte Konzept war. Ich habe es vorgängig beim anderen Geschäft schon klar deponiert. Es ist ein Paket mit mehreren Richtungen und Abstützungen. Was wir heute tun, ist ein Teil daraus. Ich denke, es ist ein guter, vernünftiger Teil. Dass der Stadtrat jetzt nicht in Euphorie ausbricht und sagt, dass wir bei diesem Geschäft, das wir breit mitgetragen und auch verkauft haben, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können, verstehe ich in gewisser Weise. Dass er versucht, daraus gewisse Komponenten zu nehmen, die in der Bevölkerung ebenfalls wieder breit abgestützt werden könnten, nicht zuletzt auch im Parlament, begreife ich. Die Anschuldigungen, dass er jetzt einfach nichts macht und wartet und wartet, bis Druck kommt, interpretiere ich an und für sich nicht so. Ich gehe davon aus, dass der Prozess im Parlament wieder begonnen hat. Wir haben heute hier über zwei Geschäfte gesprochen. Das Eine sieht im Moment ziemlich wohlwollend aus. Ich denke, dass wir dem Stadtrat jetzt auch die Möglichkeit lassen müssen, eine gewisse Komponente hinein zu bringen. Der Punkt mit 2013, dass jetzt gewisse Kreise darauf herum hacken, finde ich insofern nicht so vernünftig, weil man von Anfang an gesagt, dass die Kirchgasse mit der Eröffnung der ERO verkehrsfrei wird. Das hat mit diesem Geschäft oder einem anderen nichts zu tun. Das ist ein vorgängiges Geschäft. Es ist ein ERO-Geschäft. Das hat man immer deklariert. Dass jetzt Wünsche kommen, dies könnte vorgängig geöffnet werden, ist legitim. Das muss behandelt werden, wenn es die Verkehrsströme überhaupt zulassen. Ich denke, man muss versuchen, dem Stadtrat die Möglichkeit zu geben, gewisse Geschäfte interpretieren zu können und nachher an die Umsetzung zu gehen, dem Parlament zu unterbreiten. Dann haben wir die politische Würdigung.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Ich möchte noch etwas zu Motion und Postulat sagen. Martin, wenn Du sagst: Abschliessende Kompetenz beim Stadtrat. Es geht um einiges. Es geht um die Kirchgasse, die man unter Umständen neu gestalten wird. Es ist vom Parkleitsystem die Rede. Was ist jetzt eine Motion? Der Stadtrat muss dem Gemeindeparlament einen Reglements- oder Beschlussesentwurf vorlegen. Das Andere ist einfach: „... ist zu prüfen, ob dies vorzulegen ist oder eine Massnahme zu treffen oder zu unterlassen ist“. Das ist wie beim Bauchweh. Ein Motionär würde sagen: Ich muss dies oder jenes haben, da ich morgen wieder arbeiten möchte. Tun Sie etwas. Wenn ich aber sage: Ich nehme dies als Postulat entgegen. Ja, ich prüfe dies, ob ich hier eine Abklärung machen möchte. Ich schaue, ob etwas gemacht werden muss oder nicht. Was ist genau der Grund, dass Ihr neben dem Formalistischen nicht sagen könnt: Wir nehmen dies als Motion an, weil wir vorwärts machen wollen. Das Andere ist ja „kann“. Ihr könnt sagen: Man muss es prüfen. Man muss es ja gar nicht aufnehmen. Was ist genau der Grund? Kulanterweise kann ich ja sagen: Ich gebe Ihnen etwas, damit Sie morgen nicht mehr Bauchweh haben. Auch wenn es in meiner Kompetenz liegt. Was ist genau der Grund, dass Ihr so auf dem Postulat besteht. Der Patient würde sagen: Sie wollen einfach nichts machen und nach Hause gehen.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Vielleicht musst Du manchmal auch homöopathische Pillen nehmen. Du weisst ja dann auch nicht, ob es wirkt oder nicht. Bei dieser Frage gibt es zwei juristische Sachen. Ich greife dem Rechtskonsulenten jetzt vor, weil ich es x-Mal geprüft habe. Es gibt formelle Sachen, wo ich sagen muss, dass es abschliessend in der Kompetenz des Stadtrates liegt oder es muss wirklich ein Reglement geben. Das sind die einfacheren Sachen. Hier geht es konkret darum, dass wir die finanziellen Auswirkungen gar nicht kennen. Eine Motion kannst Du nur überweisen, wenn Du weisst, wie die finanziellen Auswirkungen sind. Felix Wettstein möchte sicher eine Vorlage, die ins Parlament kommt. Dann hat es wieder andere, die vielleicht eine Tafel aufstellen. Das ist auch noch ein Grund. Der zweite ist wirklich derjenige mit der Planungshoheit. Wenn wir anfangen, dieses Geschäft formal zu diskutieren, kommen wir nämlich auch nicht vorwärts. Wenn Du einverstanden bist, möchte ich lieber Daniel Schneider noch eine Antwort geben, weil er eigentlich von mir eine konkrete Antwort erwartet hat. Ich stelle fest, dass Du meine Meinung über diejenige des Stadtrates stellst. Das ist ja positiv. Aber ich gehe auch davon aus, dass wir dies im Gremium ganz klar pragmatisch prüfen werden. Christian, die Sperrung ist absolut 2013. Zur Baustellenobhut: Wann wir die Baustellen öffnen, liegt in der Kompetenz des Stadtrates. Der Wunsch, dass wir im Sommer 2013 dort ohne Baustelle flanieren können, ist immanent, und der Stadtrat wird mit gezielten Massnahmen vorwärts machen.

**Felix Wettstein:** Der Stadtrat schreibt in der Antwort: „Motionen sind nur für Bereiche zulässig, in denen die Entscheidungsbefugnis ausdrücklich beim Parlament liegt“. Er fährt dann fort, dass dies im vorliegenden Fall nicht der Fall ist. Die eindeutige Entscheidungsbefugnis haben wir, wenn ein solch einmaliges Vorhaben mindestens Fr. 600'000.— kostet. Dann muss es zu uns kommen. Jetzt schauen wir, woraus der Antrag dieses Vorstosses wirklich besteht. Er heisst nämlich: „...einen Vorschlag mit der Kirchgasse als hauptsächlichen Umgestaltungsraum ausarbeiten und bewilligen zu lassen“. Auch wenn man nicht eine solche Berechnung machen kann, kann mit Sicherheit gesagt werden, dass man mit Fr. 600'000.— nicht alles wird machen können. Es ist wirklich sehr, sehr sonnenklar, dass es ein finanzielles Ausmass wird annehmen müssen, das mehr ist als das, was der Stadtrat in eigener Kompetenz abschliessen kann. Deshalb haben wir das Ganze als Motion lanciert. Man tut jetzt so, als ob man das Anliegen des inzwischen umgewandelten Volkspostulates genau lösen könnte, indem irgendwo eine Tafel aufgestellt wird. Das wäre tatsächlich am Auftrag vorbei.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Jetzt muss ich einfach einiges für den Stadtrat los werden. Erstens: Merci, Christian, für Deine Unterstützung. Der Stadtrat nimmt dies gerne entgegen. Mir fällt etwas auf. Gestern haben wir eigentlich schon den Anfang dieser Diskussion gemacht. Jetzt diskutieren wir in diesem Saal schon relativ lange, seit eineinhalb Stunden,

über ein Thema, wo wir uns praktisch alle einig sind, dass wir etwas machen müssen. Das Herzblut, das der Stadtrat in diese Vorlage gelegt hat, das ist so. Wir sind miteinander und nicht gegeneinander auf der Strasse gestanden und haben für die Vorlage gekämpft. Aber wir sind Exekutive, wir führen aus. Wir müssen den Auftrag ausführen, bei dem Ihr hier Euch einigermaßen einig sein solltet, was wir machen sollen. Ich bin heute Abend einfach nach wie vor nicht überzeugt, dass Ihr Euch einig seid, was wir machen sollen. Herrn Ginsig möchte ich für die sachlichen Worte, die er gebraucht hat, danken. Die Volksmotion – der Stadtrat ist sich einig und macht deshalb auch diesen Vorschlag – geht genau in die richtige Richtung. Jetzt zum zweiten Punkt mit der Formalität, wo Arnold Uebelhart das blaue Büchlein vor sich hat. Der Stadtrat ist die Planungsbehörde. Das ist einmal das Erste. Das ist eine Hoheit, die immer und überall gilt. Wenn sie in diesem Fall nicht gelten soll, gilt sie in einem anderen Fall dann plötzlich wieder, genau aus dieser, jenen oder anderen Fraktion. Es gibt eine Linie, die glasklar ist. Das Zweite ist noch viel gravierender. Ob das jetzt 600'000, 100'000 oder 50'000 Franken sind, muss eine Motion, damit sie überwiesen werden kann, zur Grundlage haben, was es kostet, wenn auch nur ungefähr. Aber einfach so geht dies nicht. Es gibt keine Motion, wo nicht eine finanzielle Grundlage erarbeitet werden können muss. Das ist hier leider nicht möglich. Man kann auch nicht einfach die alte Geschichte, die bedauerlicherweise abgelehnt wurde, nehmen, ein paar Sachen heraus nehmen und zusammen tun, und dann gibt es soviel Geld. Das stimmt so einfach nicht mehr. Alle fünf sind wir klar der Meinung, dass wir etwas machen müssen. Wir möchten dann noch weiter hören. Es kommen noch ein paar Vorstösse, die zurück gezogen werden könnten, weil sie nicht mehr relevant sind. Wir möchten gerne wissen, wie die Meinung des Parlaments ist. Wenn wir dies wissen, und das ist der Auftrag der Exekutive, müssen wir handeln. Dann kommt es hierher, und es wird darüber abgestimmt. Ich kann Herrn Ginsig und den Motionärinnen und Motionären bzw. Postulantinnen und Postulanten sagen, dass dieses Papier nicht abgeschlossen ist, wenn man es einfach als Postulat überweist und es dann auf die lange Bank geht. Hier kommt ein Entscheid für das Postulat, und dann wird es noch lange nicht abgeschlossen. Man schreibt die Vorstösse ja auch ab, wenn sie erledigt sind. Das ist uns hier zu wichtig, als dass man es jetzt einfach auf die lange Bank schiebt. Aber es gibt Formalitäten, weil ausserhalb dieses Saal noch lange nicht alle über den Inhalt einer solchen Aktion Innenstadt genau gleicher Meinung sind. Wir hatten auch schon Beschwerden und anderes, wo es zum Fall gebracht wurde. Das wollen wir eben nicht. Für den Stadtrat ist es etwas eine Vertrauensangelegenheit. Es ist ein Postulat. Martin Wey hat es sehr klar gesagt und vor allem am Anfang bei der Begründung nicht in den Vordergrund genommen. Wenn es jetzt von der Beschreibung her etwas gross ausgefallen ist, hängt es halt an der unglaublich schwierigen Materie, dass man dies herüber bringt. Wir haben es nämlich auch mit viel Text allem Anschein nach nicht herüber gebracht.

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Ich bitte, bei den weiteren Wortmeldungen etwas Abstand von der Frage zu nehmen, ob Postulat oder Motion, und möchte noch einmal daran erinnern, dass die Motionäre durch Herrn Ginsig klar und deutlich gesagt haben, dass sie mit der Umwandlung einverstanden sind. Alle, die dies anders sehen, haben die Möglichkeit, einen politischen Vorstoss einzureichen.

**Urs Knapp:** Ich möchte zum Formellen etwas sagen. Damit es auch für Arnold Uebelhart nachvollziehbar ist, kann ich es so sagen: Wenn ich einen hohen Blutdruck habe, wie ihn vielleicht gerade Ernst Zingg hatte, weil ich mich aufgeregt habe und komme zu Dir und sage: Ich möchte ein rezeptpflichtiges Medikament. Dann ist dies keine Motion, weil ich dies von Dir nicht verlangen kann. Sondern Du musst mir ein Rezept schreiben. Es ist ein Postulat, wenn ich sagen kann: Lieber Noldi, gib mir doch dieses Rezept. Wenn ich genügend überzeugend bin, gibst Du mir das Rezept und dann habe ich das Medikament. Mit diesem Vorstoss ist es eigentlich genau gleich. Es ist ein Postulat, und die zuständigen Behörden können nachher darüber entscheiden. Dies zum Formellen. Herr Doktor weiss es jetzt. Für mich, für uns ist das Volkspostulat ein klares Zeichen, auch gegenüber dem Volk, für die Volksabstimmung vom 13. Februar, dass man erstens verstanden hat, dass am

13. Juni eine Vorlage abgelehnt wurde. Es ist ein Zeichen, dass man verstanden und akzeptiert hat, dass es abgelehnt wurde und zweitens ein Zeichen, dass die Welt nach dem 13. Juni nicht still steht, sondern dass in der Innenstadt etwas passieren muss, damit es weiter geht, dass auch der Runde Tisch, den der Stadtrat angerissen, weiter geführt wird, und es ist ein Zeichen, dass man Massnahmen braucht – es ist vor Jahren einmal gesagt worden – die breit abgestützt werden müssen, oder man kann es im Demokratie-Slang sagen, die mehrheitsfähig sein müssen. Hier gibt es verschiedene Wege, und hier gibt es sicher noch keine Einigkeit. Das ist so. Aber ich glaube, gerade dieses Postulat ermöglicht uns auch noch mit einem stärkeren Schub, dass wir alle suchen, wo wir auch Gemeinsamkeiten haben, Gemeinsamkeiten eingehen können und den Weg gehen, weil wir am Schluss eine mehrheitsfähige Lösung haben müssen. Es wäre wirklich schade, wie es auch immer heraus kommt, wenn man noch einmal vor das Volk geht und noch einmal herunter fällt, weil dies der Innenstadt und den Anliegen, die wir eigentlich am Schluss alle haben, am wenigsten dient.

**Thomas Frey:** Martin Wey hat uns am Anfang dieser Debatte aufgefordert, dem Stadtrat noch Ideen mitzugeben, die er nachher in die Überlegungen einfließen lassen kann. Ich möchte dies auch gerne tun, vielleicht nicht für die Mehrheit der Bevölkerung, aber einen doch nicht unwesentlichen Teil, nämlich die autofahrende Bevölkerung. Für sie ist es nun einmal einfach ein Bedürfnis, in der Innenstadt parkieren zu können. Das wird die nächsten 20 bis 30 Jahre sicher so bleiben. Ich möchte einfach für diese Leute in der Stadt den Wunsch deponieren, dass erstens die Nettoparkplätze in diesem Perimeter erhalten bleiben sollen. Zweitens: Dass man bei der Begegnungszone, wie sie angedacht war, vorwärts macht. Den Mischverkehr mit der Fussgängerbevorzugung finde ich persönlich eine vernünftige Lösung. Drittens: Macht Euch bitte Gedanken über die Linienführung des Busses. Hört zu, was die Leute zu den Erfahrungen, die in der Stadt Aarau, als die Innenstadt verkehrsfrei und der Bus nicht heraus genommen wurde, sagen. Dann bin ich sicher, dass wir auch in der Kirchgasse nachher eine Lösung erhalten, wie sie hier in vielen Köpfen, wie ich es spüre, vorschwebt.

**Nico Zila:** Wir haben sehr viele Leute in diesem Saal, die sich sehr intensiv und auch fundiert Gedanken zur ganzen Thematik gemacht haben. Ich gebe gerne zu, dass ich nicht dazu gehöre. Mich würde einfach noch konkret interessieren, und darüber habe ich heute Abend bis jetzt zu wenig gehört, wie man sich vorstellen müsste, wie eine Kirchgasse, ein Kirchplatz oder Kronenplatz, eine innere Baslerstrasse wirklich belebt würde im Falle der Sperrung, wenn man den Postulat Kronenplatz zustimmen würde. Wenn ich als Passant dort durch gehe, was sehe ich, was kann ich an Angeboten erwarten, welches ist mein Vorteil einer Sperrung dieser Strassenzüge? Ich kann mir dies gar nicht konkret vorstellen.

**Dr. Rudolf Moor:** Ich hätte eine gute Idee, was Du Dir vorstellen könntest: Ein Plakat für die Initiative der Jungen SP.

### **Beschluss**

Mit 36 : 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Überweisung als Postulat zugestimmt.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)  
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber  
Finanzkontrolle  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2010

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 29

## **Motion Luzia Stocker / Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende betr. rasche und für die Bevölkerung unmittelbar erlebbare Umsetzung von Massnahmen für die Attraktivierung der Innenstadt Olten im Jahre 2010/Beantwortung**

Die Gemeindeparlamentsfraktion der SP Olten hat am 27. August 2009 eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

**«Der Stadtrat wird beauftragt die Attraktivierung der Innenstadt voranzutreiben und erste, eventuell temporäre Massnahmen in Hinblick auf die Sommersaison 2010 umzusetzen.**

### **Kurzbegründung**

#### Einleitung

Bevölkerung und Gäste von Olten warten seit Jahren auf eine verbesserte Angebotsseite im öffentlichen Raum. Einige bisherige innovative Versuche von Oltner Unternehmern, sei dies eine Konzertreihe, ein samstägliches Bratwurstverkauf oder die räumliche Erweiterung von Gastro-Angeboten, finden grossen Anklang.

Die Umsetzung der Massnahmen aus dem Projekt „Parkett“ wird noch einige Hürden nehmen müssen. Einerseits hat die Begegnungszone vor dem Volk zu bestehen, andererseits ist das Projekt zeitlich stark an den Bau eines möglichen Parkhauses Munzingerplatz gekoppelt. Das kann bedeuten, dass eine Einführung der Begegnungszone erst in sechs bis zehn Jahren erfolgen kann.

Die SP und breite Teile der Bevölkerung sind der Meinung, dass der öffentliche Raum bereits im nächsten Jahr mit temporären Massnahmen attraktiv gemacht und von Vereinen, Gewerbetreibenden und Privaten genutzt werden kann. Dabei geht es ausdrücklich nicht um die provisorische Umsetzung des späteren baulichen Projektes, sondern um das Definieren geeigneter drei bis fünf Orte (Flächen), welche ohne merkliche Auswirkungen auf andere Angebote (z.B. Parkierungen) zu einer Lebendigkeit der Innenstadt beitragen können. Gute und dennoch kostengünstige Beispiele finden sich in Biel (Bahnhofstrasse Nord) und in Luzern (Mühleplatz), wo im Sommer mit Holzmodulen gearbeitet wird, welche im Winter wieder abgeräumt werden.

## Ziel

Diese Massnahme kann der Stadt verhelfen in pragmatischen Schritten den öffentlichen Raum auf unkomplizierte und einfache Art mit sympathischen Massnahmen positiv zu gestalten. Aus den Massnahmen können Erkenntnisse gewonnen werden, welche für eine allfällige definitive Umsetzung dienlich sein werden.»

- - - - -

**Stadtrat Martin Wey** beantwortet die Motion im Namen des Stadtrates wie folgt:

## Formelles

Motionen sind nur für Bereiche zulässig, in denen die Entscheidbefugnis ausdrücklich beim Parlament liegt. Hat in einem Bereich die Exekutive die abschliessende Kompetenz, können dazu keine Motionen eingereicht werden. Diese inhaltliche Beschränkung der zulässigen Gegenstände einer Motion folgt aus dem Prinzip der Gewaltenteilung.

Die im Rahmen des Vorstosses aufgeworfene Thematik und die gestellte Forderung beschlagen ortsplanerische Bereiche. Nach § 9 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes ist die Ortsplanung (umfassend etwa die Gestaltung der Siedlungs- und Erschliessungsstrukturen der Stadt) Aufgabe der Einwohnergemeinde. Planungsbehörde ist von Gesetzes wegen der Stadtrat. Der vorliegende Vorstoss kann deshalb nur als Postulat und damit im Sinne einer Prüfung der Anliegen behandelt werden.

## Zum Inhalt

Das Gemeindeparlament hatte zwar am 24. März 2010 dem Konzept zur Attraktivierung der Innenstadt, beinhaltend das Verkehrskonzept mit Begegnungszone, das Konzept zur Aufwertung der öffentlichen Räume und das Projekt Parkhaus Munzingerplatz, sowie seiner etappenweisen Realisierung zugestimmt. Mit dem Volksentscheid vom 13. Juni 2010 wurde die Realisierung des Gesamtpaketes indessen abgelehnt.

Eine belebte, aktive Innenstadt mit starkem Gewerbe ist und bleibt dennoch ein erklärtes Ziel des Stadtrates. Auch wenn die Vorlage zur «Attraktivierung Innenstadt» vom Stimmvolk abgelehnt wurde, soll sich die aktuelle Situation in der Innenstadt mit entsprechenden Massnahmen möglichst rasch und spürbar verbessern. Dabei hat die öffentliche Hand die Daueraufgabe, die dafür notwendigen und mit dem Gebrauch des öffentlichen Raumes verbundenen Voraussetzungen zu schaffen bzw. zu erhalten, so z.B. durch die Einflussnahme via Verkehrsplanung und Gestaltung. Damit verbunden ist zweifellos auch das Ausscheiden bestimmter Bereiche des öffentlich genutzten Raumes, welche durch ihre – allenfalls auch nur temporäre – Nutzung und Ausgestaltung die Belebung oder eben das Verweilen und damit auch das «sich Wohlfühlen» in unserer Innenstadt fördern.

Der Stadtrat unterstützt auch ein pragmatisches Vorgehen, was die Belebung der Innenstadt angeht. Dies auch im Sinne eines Ausprobierens von verschiedenen Nutzungsvarianten bis hin zu definitiven Lösungen. Wo, wie und wann der öffentliche Raum genutzt und entsprechend umgestaltet bzw. möbliert wird, muss jedoch aufgrund des komplexen Gefüges, welches eine Innenstadt mit all ihren verschiedenartigen Nutzerinnen und Nutzern und deren Ansprüchen bildet, im Rahmen einer Gesamtschau definiert werden. Das erwähnte Abstimmungsergebnis berücksichtigend ist dabei ein Vorgehen zu wählen, welches sich auf kleinere Schritte bzw. Etappen und auf Erfahrungen abstützt und rasche Ergebnisse zulässt.

Die bis anhin im Rahmen des Konzeptes «Attraktivierung Innenstadt» geleisteten Arbeiten und Festlegungen, wie z.B. die neue Verkehrsführung in der Innenstadt mit der Aufhebung des motorisierten Individualverkehrs an der Kirchgasse (Fahrverbot für Motorwagen Motorräder und Motorfahrräder mit dem Zusatz «Zubringerdienst gestattet»), können dafür weiterhin als Grundlage verwendet werden. Zu berücksichtigen wird ferner der Ausgang der Volksabstimmung zur Volksinitiative «Verkehrsfreie Innenstadt Olten» sein.

Auf Grund der Erwägungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Motion im Sinne einer Prüfung des Anliegens als Postulat zu überweisen und abzuschreiben.

- - - - -

**Daniel Schneider:** Merci für die Beantwortung. Ihr seht, dass die Motion, die selbstredend ein Postulat ist, das am 27. August 2009 eingereicht wurde, also ein Jahr vor der berühmten Abstimmung. Deshalb macht es auch keinen Sinn, immer auf diese Abstimmung hinzuweisen. Sie hatte nämlich einen anderen Zweck. Wenn man dies genau liest, merkt man nämlich, dass der Stadtrat nicht verstanden hat, welches die Anregung war. Sie hat nämlich nicht verlangt, dass die Verkehrssperrung stattfindet, sie hat nicht verlangt, dass Parkplätze abgeräumt werden, sondern dass innerhalb der Innenstadt Raum zur Verfügung steht für innovative Menschen, wo man diesen Raum unbürokratisch in Besitz nehmen lassen kann. Kleine und feine Sachen, ein dauerndes Sommerkafi oder vor dem Coop City, wo die höchste Frequenz ist, etwas ergänzen, in der Altstadt oder vor den Klostermauern, das müsste eigentlich alles möglich sein. Der Stadtrat zitiert die Komplexität des Gefüges. Mindestens letzten Sommer hat er es gelöst. Es ist mir ein Rätsel, weshalb es jetzt nicht mehr gelöst werden kann. Oder die neuen Verkehrsführungen. Das spielt beides absolut keine Rolle in dieser Fragestellung. Das kann ein Platz bei der Chilestäge, wo heute überhaupt kein Verkehr ist, sein und kein Parkplatz, der hier gefüllt werden könnte. Wir sind für Überweisung, aber nicht für Abschreibung. Ich denke, das müsste ein Teil der Ausarbeitung des Kronenplatzes sein.

**Christian Wüthrich, FDP-Fraktion:** Schön wäre nach meinem Verständnis eigentlich ein Rückzug gewesen, nachdem man es an und für sich behandelt hat. Aber ich kenne Daniel und schätze ihn. Er möchte sicher mehr. Bei uns war es so, dass wir dies behandelt haben. Wir werden dem Stadtrat einstimmig folgen. Es ist für uns kein Thema. Wir haben den Fokus 2013. Mit dem jetzt überwiesenen Postulat des vorhergehenden Geschäfts ist dies aufgegleist.

**Felix Wettstein, Fraktion Grüne:** Es ist tatsächlich nicht mit dem vorherigen Vorstoss schon überwiesen und erledigt worden. Wir kommen zum gleichen Schluss wie Daniel Schneider vorher. Selbstverständlich ist das Jahr 2010 vorbei. Aber das ist auch das Einzige, das an der Textformulierung quasi obsolet ist. Alles Andere, das Grundanliegen, gilt von heute in die Zukunft und müsste unbedingt Bestandteil davon werden, was der Stadtrat jetzt aufgrund der Überweisung des vorherigen Postulats ausarbeiten wird. In den letzten Wochen wurden verschiedentlich Gedanken geäußert, beispielsweise dass zu dieser Zeit gar nicht viel Motorradverkehr unterwegs ist. Also könnten erste Schritte gemacht werden, dass es zum Beispiel während der Nacht oder während bestimmten saisonalen Zeiten eine Teilspernung geben könnte und Flächen eröffnet werden.

Ich komme doch noch einmal auf den Abend des Vereins Stadtgespräche zurück, als wir die Gemeindepräsidentin von Sissach hier hatten, die wirklich auf faszinierende Art zeigen konnte, wie man in einem Gebiet, in das man nach wie vor hinein fahren darf, sogar nach wie vor nach ihrer eigenen Einschätzung an zu vielen Orten noch parkieren darf, anfang,

diese Fläche zu erobern, weil man sie zur Verfügung gestellt hat und es wirklich möglich war, ohne Sperrung im Sinne von, dass keine Motorfahrzeuge durchfahren dürfen, diesen Raum nach und nach zu erobern, weil die Stadtregierung gewillt war und die Leute aktiv ermutigt hat, dies zu machen. Diese Stimmung habe ich bis jetzt tatsächlich noch nicht gespürt. Wir kommen auch zum Schluss, dass das Anliegen alles andere als abgehakt ist. Deshalb ist die Abschreibung noch nicht reif.

**Roland Rudolf von Rohr:** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist einstimmig der Meinung des Stadtrates, dass man überweist und zugleich abschreibt. Wir haben wirklich den Eindruck, dass so viel im Fluss ist und jetzt einzelne Massnahmen zu treffen, die nach gewissen Abstimmungen oder Entwicklungen falsch sind, scheint mir wirklich nicht richtig. Treiben wir lieber den Kronenplatz voran. Nachher weiss man konkret, was gemacht werden kann und wird es auch machen.

**Marcel Buck, SVP-Fraktion:** Ich kann mich meinem Vorredner eigentlich anschliessen. Auch wir sind der Meinung, dies hätte zurück gezogen werden können, und das Postulat hat sich selber überlebt. Wir werden uns dem Stadtrat ebenfalls anschliessen, das Postulat überweisen und abschreiben.

**Christian Wüthrich:** Ich höre Felix Wettstein immer gerne zu. Was mich stört ist, dass Du offensichtlich vieles vergisst. Sissach hat die Begegnungszone nach der Umfahrung Sissach eingeführt. Das ist die Hauptverkehrsachse. Sag dies doch auch einmal. Das ist nichts anderes als was wir machen. Mit 2013 kommt die Sperrung der Kirchgasse, ist die ERO offen. Ich verstehe Dich nicht. Sag doch alles. Ich kenne Sissach, habe es angeschaut und mir erklären lassen. Fakt ist, dass sie die Begegnungszone, die Beruhigung der Hauptverkehrsachse nach Eröffnung der Umfahrung gemacht haben.

**Daniel Dähler:** Ich möchte ins gleiche Horn blasen respektive bin ich grundsätzlich etwas enttäuscht, dass man es wirklich nicht zurück zieht. Ich denke, es wäre heute auch von Eurer Seite die Grösse gewesen, die Ihr hättet zeigen können. Wir haben es vorher gemacht. Wir haben Grösse gezeigt. Wir haben die Vergangenheit hinter uns lassen können. Dies ist irgendwie fast Fundamentalismus.

**Felix Wettstein:** Christian Wüthrich, ich schätze Deine Gedanken auch. Es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen Sissach und Olten, wenn wir die jeweilige Umfahrung anschauen. Die Strasse, die in Sissach jetzt Tempo 20 und Begegnungszone ist, war vorher die Hauptachse durch das Dorf. Das wäre bei uns die Ziegelfeldstrasse und nicht die Kirchgasse. Es würde mir tatsächlich auch nicht in den Sinn kommen, die Ziegelfeldstrasse in den Tempo 20-Bereich einzubeziehen.

**Christian Wüthrich:** Felix, es ist ein Unterschied zwischen Verkehrsaufkommen, welches die Umfahrung von Sissach schluckt und unserer Ziegelfeldstrasse, unserer ERO. Unsere Entlastung schluckt nie so viel Verkehr, wie Sissach dies prozentual macht. Sie haben eine viel höhere Auslastung. Die Innenstadt ist wirklich nur noch so befahrbar, dass dort eingekauft, „gelädelt“ und flaniert wird. Die Hauptverkehrsachse, die Umfahrung, schluckt in Sissach nach Angaben dieser Leute rund 96 % des Durchgangsverkehrs. Das bringen wir auf der ERO, auf dieser Achse gar nicht durch. Die Ziegelfeld- und Solothurnerstrasse brauchen wir nach wie vor. Wir haben diese Höhe gar nicht. Der Vergleich ist auch hier nicht richtig.

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Die Motionäre sind einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

## **Beschluss**

Mit 42 : 1 Stimme bei 0 Enthaltungen wird die Motion als Postulat überwiesen.

## **Beschluss**

Mit 31 : 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat abgeschrieben.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)  
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber  
Finanzkontrolle  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2010

Akten-Nr. 35/6

Prot.-Nr. 30

## **Motion Daniel Schneider und Luzia Stocker (SP-Fraktion) betr. Sperrung der Kirchgasse Olten per 1. Mai 2010/Beantwortung**

Die Gemeindeparlamentsfraktion der SP Olten hat am 26. Januar 2010 eine dringliche Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

**«Der Stadtrat wird beauftragt die Kirchgasse Olten bis zum 1. Mai 2010 zu sperren.**

### **Kurzbegründung**

#### Einleitung

Bereits im Jahre 2002 (Entscheidgrundlagen Neue Kirchgasse) hat eine städtische Arbeitsgruppe eine mehrmonatige Sperrungsphase vorbereitet. Auf diese Papiere kann zurückgegriffen werden.

Mit dem bislang unbeantworteten Vorstoss vom 27. August 2009 forderte die SP Olten den öffentlichen Raum mit temporären Massnahmen attraktiv zu machen und von Vereinen, Gewerbetreibenden und Privaten nutzen zu lassen.

Bezug nehmend auf diese und weitere Forderungen, die lange verlangte Attraktivierung der Innenstadt von Olten ist es nun an der Zeit jene Massnahmen in die Wege zu leiten, welche losgelöst von den Diskussionen Begegnungszone / Parkhaus Munzingerplatz sofort umgesetzt werden können.

Die Kirchgasse ist die logische Fortschreibung der Altstadtachse und bietet eine grosszügige Fläche. Deshalb soll sie bereits ab 1. Mai 2010, spätestens aber in Abhängigkeit zu den verkehrspolizeilichen Ausschreibungen vor dem Sommer 2010 für den motorisierten Individualverkehr (MIV) gesperrt werden.

#### Ziel

Diese Massnahmen verhelfen der Stadt in pragmatischen Schritten den öffentlichen Raum auf unkomplizierte, sympathische und einfache Art positiv zu nutzen. Aus den Massnahmen können Erkenntnisse gewonnen werden, welche für eine allfällige definitive Umsetzung dienlich sein werden.

### **Begründung der Dringlichkeit:**

Die Sperrung soll möglichst rasch erfolgen, so dass die verkehrsbefreite Kirchgasse in den Sommermonaten erlebbar ist. Zudem kann sie als wichtigen Impuls für die bevorstehende Abstimmung gewertet werden. Für die Bevölkerung werden so Möglichkeiten und Nutzen einer Begegnungszone schon vorher sicht- und beurteilbar.»

An der Sitzung vom 28. Januar 2010 hat das Gemeindeparlament mit 30:16 Stimmen die dringliche Behandlung abgelehnt.

- - - - -

**Stadtrat Martin Wey** beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

#### Formelles

Motionen sind nur für Bereiche zulässig, in denen die Entscheidbefugnis ausdrücklich beim Parlament liegt. Hat in einem Bereich die Exekutive die abschliessende Kompetenz, können dazu keine Motionen eingereicht werden. Diese inhaltliche Beschränkung der zulässigen Gegenstände einer Motion folgt aus dem Prinzip der Gewaltenteilung.

Das Begehren betrifft die Verkehrsplanung und damit einen ortsplanerischen Bereich. Nach § 9 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes ist die Ortsplanung Aufgabe der Einwohnergemeinde. Planungsbehörde ist von Gesetzes wegen der Stadtrat. Der vorliegende Vorstoss kann deshalb nur als Postulat, und damit im Sinne einer Prüfung des Anliegens, behandelt werden.

#### Zum Inhalt

Die Sperrung der Kirchgasse für den motorisierten Individualverkehr gilt als rechtlich notwendige flankierende Massnahme der Entlastung Region Olten (ERO). Sie ist aber auch Teil des Verkehrskonzeptes Innenstadt mit Begegnungszone, welches das Gemeindeparlament am 24. März 2010 gutgeheissen hat, und eine von mehreren aufeinander abgestimmte Massnahmen, um den Fremdverkehr in der Innenstadt massgeblich einzuschränken. Mit der ERO zusammen garantiert sie die Entlastung der Innenstadt vom Ost–West Durchgangsverkehr und soll gleichzeitig einen attraktiven öffentlichen Raumbereich für den Langsamverkehr schaffen.

Gegen die bereits publizierte Verkehrsmassnahme sind keine Beschwerden eingereicht worden. Die Sperrung wurde unter dem Hinweis publiziert, dass die Realisierung erst nach Inbetriebnahme der ERO erfolge und kann auf der Basis dieser Rechtsgrundlage frühestens mit der Eröffnung der ERO verfügt werden. Sollte die Sperrung früher erfolgen, müsste diese Verkehrsmassnahme erneut öffentlich publiziert werden.

Eine zeitlich vorgezogene Sperrung der Kirchgasse hätte fatale Folgen. Ohne oder unter Einbezug weiterer Verkehrsmassnahmen würde der entsprechende Verkehr nach dem St. Floriansprinzip geradezu unverantwortbar in andere Strassenzüge verdrängt oder mit den entsprechenden «Staufolgen» auf das ohnehin bereits überlastete Kantonsstrassennetz verdrängt. Dieses wird aber erst mit der Inbetriebnahme der ERO entsprechend entlastet. Sperrungen von relativ stark befahrenen Strassen können nicht einfach vorgenommen werden, ohne dass für den dadurch verdrängten Verkehr akzeptable und rechtmässige Alternativen bestehen. Die Schliessung der Kirchgasse vor der Inbetriebnahme der ERO kann der Stadtrat deshalb nicht verantworten. Abgestützt auf die verschiedenen Abklärungen, welche im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Verkehrskonzeptes Innenstadt vorgenommen wurden, erachtet er damit die Sperrung der Kirchgasse nicht, wie im Vorstoss formuliert, als sofort umsetzbar.

Im Sinne der Erwägungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Vorstoss abzulehnen.

- - - - -

**Daniel Schneider:** Ich bin nur über etwas gestolpert, dass die Quartierstrassen oder Innenstadtstrassen da sind, um den Druck auf der Kantonsstrasse zu schmälern. Das hat mich etwas irritiert, und ich hoffe nicht, dass dies eine schlechte Vorausschau für die Wohnquartierstrassen ist und sie dies plötzlich auch übernehmen müssen. Ich hoffe, Daniel Dähler schreibt mir mindestens die Hälfte der Grösse wieder zu, wenn ich jetzt zurück ziehe.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)  
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber  
Finanzkontrolle  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2010

Akten-Nr. 35/6

Prot.-Nr. 31

## **Motion Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende betr. sofortige Umsetzung eines Parkleitsystems/Beantwortung**

Am 21. Juni 2010 hat Daniel Schneider (SP-Fraktion) bei der Stadtkanzlei folgende dringliche Motion eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament innert drei Monaten ein Projekt zur Umsetzung des Parkleitsystems zur Kenntnisnahme, sowie einen Bericht und Antrag mit einem entsprechenden Kredit zur vollständigen Kostenübernahme für die Realisierung eines Parkleitsystems zu vorzulegen.

Das Parkleitsystem ist rasch einzuführen, spätestens jedoch bis Mitte 2011

Begründung:

Ein Parkleitsystem ist ein unverzichtbares Instrument moderner Stadtplanung zur Verkehrssteuerung (Reduktion des Suchverkehrs) und zur Erhebung von Angebot und Nachfrage. In den Jahren 2001/2004/2008 hat der Stadtrat den Auftrag des Parlamentes erhalten (Postulat Schoch 12.11.2001 / Postulat Schmid 23.9.2004 / Motion Schelbert 20.11.2008) rasch möglichst ein PLS einzuführen.

Derzeit finden verschiedene Gespräche zwischen Parkhauseigentümern und dem Stadtplanungsamt statt. Die unterzeichnenden Motionäre und Motionärinnen sind der Meinung, dass in Anbetracht des übergeordneten Interesses die Stadt Olten die Gesamtheit der Erstellungskosten für ein Parkleitsystem bezahlen soll. Im Gegenzug sollen die Parkhaus-Eigentümer, sowie Eigentümer von zusammenhängenden oberirdischen Parkplatzflächen (z. B. die Stadt Olten selber) verpflichtet werden, die Kosten des Unterhaltes des Parkleitsystems mit zutragen (z. B. mittels Abgabe eines Betriebsgewinnes o.ä.).

Allenfalls ist zu prüfen ob die Gelder für die Erstellung eines PLS auch aus dem Fond für nicht erstellte Parkplätze im Sinne der verwandtschaftlichen Zielsetzungen fliessen könnten.

Begründung der Dringlichkeit:

Derzeit sind Finanzierungs-Verhandlungen mit Eigentümern von Parkhäusern im Gange. Die Stadt Olten soll aus übergeordneten Interessen die Kosten für ein Parkleitsystem vollständig übernehmen. Betrachtet eine Mehrheit des Parlamentes den Inhalt dieses Vorstosses als erheblich und dringend, braucht der Stadtrat umgehend einen klaren Auftrag des Parlamentes.»

Das Gemeindeparlament hat an seiner Sitzung vom 24. Juni 2010 eine dringliche Behandlung des Vorstosses abgelehnt.

- - - - -

**Stadtrat Martin Wey** beantwortet den Vorstoss wie folgt:

### **Formelles**

Motionen sind nur für Bereiche zulässig, in denen die Entscheidungsbefugnis ausdrücklich beim Parlament liegt. Hat in einem Bereich die Exekutive die abschliessende Kompetenz, können dazu keine Motionen eingereicht werden. Diese inhaltliche Beschränkung der zulässigen Gegenstände einer Motion folgt aus dem Prinzip der Gewaltenteilung.

Die im Rahmen des Vorstosses aufgeworfene Thematik und die gestellte Forderung beschlagen ortsplanerische Bereiche. Nach § 9 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes ist die Ortsplanung (umfassend etwa die Gestaltung der Siedlungs- und Erschliessungsstrukturen der Stadt) Aufgabe der Einwohnergemeinde. Planungsbehörde ist von Gesetzes wegen der Stadtrat. Der vorliegende Vorstoss kann deshalb nur als Postulat und damit im Sinne einer Prüfung der Anliegen behandelt werden.

### **Zu den bereits vom Gemeindeparlament überwiesenen Vorstössen**

In der Beantwortung des vom Motionär erwähnten Postulates Rolf Schmid (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Reduktion des Parkplatz suchenden Verkehrs (2./23.09.2004) wurde festgehalten, dass der spezifische Nutzen eines Parkleitsystems (PLS) erst dann zum Tragen käme, wenn sowohl die dispers über die Stadt verteilten Parkplätze in Parkhäuser konzentriert wie auch die Entlastung Region Olten (ERO) realisiert sei. Auf Grund der damals fehlenden Voraussetzungen für ein Parkleitsystem sei dessen kurzfristige Realisierung in Olten weder wirtschaftlich noch bezüglich Betriebseffizienz sinnvoll. Diese Feststellung wurde damals von allen Fraktionen unterstützt.

In der Beantwortung der Motion Iris Schelbert–Widmer (GO) und Mitunterzeichnende betr. zeitlich vorgezogene Erstellung eines Parkleitsystems unabhängig vom Bau eines Parkhauses (20.11.2008) wies der Stadtrat unwidersprochen darauf hin, dass das Parkleitsystem zwar separat, aber nur unter Einbezug des Parkhauses Munzingerplatz behandelt und vorgängig realisiert werden solle. Es ist damit auch offensichtlich, dass damals davon ausgegangen wurde, dass das Parkhaus Munzingerplatz realisiert werde.

### **Zum Inhalt**

Das Gemeindeparlament hat am 20. November die Motion Iris Schelbert überwiesen und vorgängig im Rahmen des Konzeptes Innenstadt 2008 auch einen Planungskredit für die Erstellung eines Parkleitsystems gesprochen. Die entsprechenden Planungsarbeiten sind unter Einbezug des Parkhauses Munzingerplatz fortgeschritten. Dennoch sind nicht alle Fragen geklärt. So weisen z.B. einzelne Parkhäuser nur sehr wenige öffentliche Parkplätze aus, andere sind an Nutzungen, wie zum Beispiel Einkaufsläden, gebunden und wollen diese primär ihrer Kundschaft zur Verfügung stellen. Andere sind nicht rund um die Uhr zugänglich. Dazu kommt, dass auch ein neues Konzept für das Tarifsysteem der öffentlichen Parkplätze auszuarbeiten ist.

Die Investitionskosten eines beide Aareseiten abdeckenden Parkleitsystems betragen voraussichtlich rund 2 Mio. Franken und die Unterhaltskosten ca. 0.25 Mio. Franken (inkl. Verzinsung und Amortisation der Investitionskosten). In diesen Kosten sind die Aufrüstungen für einzelne Parkieranlagen (z. B. Schützenmatte ca. 0.35 Mio. Franken) noch nicht enthalten. Die Bauzeit beträgt ca. 4 - 6 Monate.

Auf Grund der am 13. Juni 2010 erfolgten Volksabstimmung wird das Parkhaus Munzingerplatz aber bekanntlich nicht gebaut. Damit bleiben die dispers verteilten oberirdischen Autoabstellplätze in der Innenstadt vorderhand bestehen, sofern nicht die Volksinitiative „Verkehrsfreie Innenstadt“ Olten vom Stimmvolk am 13. Februar 2011 gutgeheissen wird. Wie bereits erwähnt, macht in Olten ein Parkleitsystem nur dann Sinn, wenn die zur Verfügung stehenden öffentlichen Parkplätze grossmehrheitlich in entsprechenden

Anlagen konzentriert sind. Die Frage der richtigen und zweckmässigen Information (Parkleitsystem oder Parkinformationssystem) über die zur Verfügung stehenden Parkräume und die damit verbundene mögliche Reduktion des Parksuchverkehrs wird auch in Abhängigkeit der bevorstehenden Volksabstimmung vom 13. Februar 2011 selbstverständlich weiter bearbeitet und dem Gemeindeparlament zu gegebener Zeit unterbreitet.

Auf Grund der umschriebenen Sachlage empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

- - - - -

**Daniel Schneider:** Hier leider kein Rückzug. Ich möchte etwas dazu sagen. Die Idee der Dringlichkeit ist damals abgelehnt worden. Sie war, dass die Verwaltungsleute mit eindeutigen Vorgaben in die Verhandlungen mit den Parkhausbetreibern gehen können. Ich habe sogar die Meinung vertreten, dass die Stadt die komplette Investition übernehmen sollte, weil in meinen Augen ein übergeordnetes Interesse vorliegt und mit den Betreibern vielleicht zu verhandeln ist, dass sie den Unterhalt aus den Einnahmen finanzieren. Aktuell laufen Sitzungen mit den Parkhausbetreibern. Es geht um eine Summe von 1,3 Millionen Franken in der Innenstadt mit einer hundertprozentigen Abwälzung an die Parkhausbetreiber. Für mich ist dies irgendwie unverhältnismässig zu Fr. 900'000.—, die einmal einem anderen Parkhausbetreiber nachgeschickt wurden, weil es nicht rentiert hatte. Ich finde, der Stadtrat muss verstehen, dass er in dieser Sache vorwärts machen muss. Vielleicht erhält er heute Abend einen Hinweis aus dem Parlament, wie es mit der Finanzierung gemacht werden soll. Ich finde es seltsam, dass es jetzt offenbar trotzdem parallel verhandelt wird, obwohl wir noch bis zum 13. Februar warten müssen. Für mich ist dieses Verhalten nicht so ganz kongruent, wo wir doch immer überall auf den 13. warten, aber man jetzt bereits pickelhart am Verhandeln ist. Bitte gib mir keine juristische Antwort. Ich habe vorher schon nicht verstanden. Gehen wir über die Diskussion.

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Daniel, möchtest Du Dich noch kurz äussern, weil der Stadtrat in seiner Beantwortung Postulat sagt und Du eine Motion eingegeben hast?

**Daniel Schneider:** Als häufiger Empfänger dieser Formulierung habe ich gestern tatsächlich das Amt für Gemeinden angerufen und mich belehren lassen. Ich wollte vorher Felix Wettstein nicht drein reden. Selbstverständlich ist es ein Postulat.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Das Parkleitsystem ist für den Stadtrat sehr wichtig. Die Verhandlungen sind sicher noch nicht abgeschlossen. Wir haben im Stadtrat ganz klar die Meinung, und der Stadtrat bestimmt am Schluss, was verhandelt und entschieden wird, dass die Parkhausgeschichte, Abwälzungen usw. überhaupt noch nicht gesprochen ist. Wir haben ein Interesse daran, dass die Parkhausbetreiber mitmachen und sind dort einfach noch nicht handelseinig. Aber wir haben eine grosse Erwartung, dass wir dies – ich glaube, das ist auch im Parlament geäussert worden – auch selber tragen sollen, weil letztlich wir als Öffentlichkeit auch einen Nutzen davon haben. Das Parkleitsystem ist etwas, das wir machen wollen. Etwas der versteckte Vorwurf: Weshalb macht Ihr es schon, wenn Ihr noch nicht wisst wie? Irgendwie können wir trotzdem Zeit gewinnen, insbesondere was die Verhandlungen mit den Parkhausbetreibern anbelangt. Daniel, für uns nicht klar ist natürlich, je nachdem – ich komme jetzt gleichwohl noch auf die Initiative. Markus hat mich zwar beim Stadtgespräch dort fast auf dem linken Fuss erwischt – wenn sie angenommen wird und je nachdem, welche Parkplätze wir noch haben – das ist jetzt hypothetisch – sieht das Parkleitsystem dann vielleicht etwas anders aus. Das ist die Komponente, die wir in diesem Sinne in den Abklärungen gerne noch gemacht hätten, wie das Parkleitsystem aussieht. Der Stadtrat ist überzeugt, dass es etwas bringt und wir es mit Vehemenz voran treiben werden.

Mit dem Innenstadtparkhaus wäre es sehr wahrscheinlich schneller und anders gekommen als jetzt. Hier müssen wir noch die entsprechenden Entscheidungen abwarten.

**Roland Rudolf von Rohr:** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist einstimmig für die Überweisung des Postulats. Man hat festgestellt, dass eigentlich noch nie jemand angetroffen worden war, der gegen das Parkleitsystem ist. Aber ich habe sagen hören, dass es heute vielleicht noch jemanden gibt. Ich bin sogar versucht gewesen zu fragen: Ist es nicht plötzlich ein „Parkleitsystem“? Wir wollen ein Parkleitsystem, und das kann man sicher auch modular aufbauen. Es ist ganz klar. Das Wichtigste für ein Parkleitsystem, damit es funktioniert, ist, dass es grosse Sammelparkplätze hat. Sonst geht es nicht, und wir haben bald den Suchverkehr. Das wird nicht von einem Tag auf den anderen umsetzbar sein. Aber man sieht auch in anderen Städten, wie die Stück für Stück kommen kann. Man kann wieder etwas anhängen, wenn etwas entstanden ist. Wir sind ganz eindeutig für das Postulat und dafür, vorwärts zu machen, denn überall und immer, wenn über Olten und den Verkehr geredet wird, kommen sie: Macht jetzt zuerst das Parkleitsystem. Jetzt machen wir es.

**Christian Wüthrich, FdP-Fraktion:** Das Parkleitsystem ist in sich geschlossen, wenn man hin geführt wird. Die Schranke auf, das Billett hinein und parkieren, ist ja grundsätzlich eigentlich etwas Vernünftiges, wenn man in eine Stadt hinein kommt. Die Problematik bei uns in Olten ist, dass wir Parkplätze haben, die weder eine Barriere noch irgend etwas haben, also müsste man bei den von der Stadt Olten betriebenen bestehenden Parkplätze zuerst Barrieren und Kästchen errichten, das System beim Zählen, hinein und hinaus, montieren. Das heisst, man müsste es einzäunen, sonst kann man irgendwo hinein fahren, nicht bei Barrieren. Das würde bedeuten, dass die Stadt Olten weiterhin ihre Parkplätze, die sie heute aktiv bewirtschaftet, zuerst eingezäunt und mit Barrierehäuschen im Parkleitsystem versieht. So stelle ich mir vor. Wenn jemand hinein kommt, soll er möglichst zu einem leeren Parkplatz geführt werden. Unsere öffentlichen Parkplätze, die wir heute bewirtschaften, sind für ein Parkleitsystem, wie wir es uns von einem Parkhaus vorstellen, gar nicht geeignet. Es ist keine geschlossene Einheit. Das heisst für mich, dass der Stadtrat einmal von sich aus definieren müsste, welche heute bewirtschafteten Parkplätze im Raum Schützi/Rötz matt umgebaut und in ein Parkleitsystem aufgenommen werden und welche weiteren privaten Parkhäuser allfällig an diesem System angehängt werden. Öffentliche haben wir ja leider keine. Aber die Bewirtschaftung, wie sie heute bei uns läuft, lässt ein Parkleitsystem gar nicht zu. Ein Parkleitsystem zählt Eingang und Ausgang mit Barriere und Sensor und die Parkplätze. Aber das ist im Moment bei uns nicht möglich. Wir müssten sie einzäunen und eine Ein- und Ausfahrt schaffen.

**Patrick Weibel:** Wir Grüne unterstützen das Begehren vollumfänglich, ist es doch eine Unterstützung der Motion Schelbert, die ja bekanntlich überwiesen und noch nicht abgeschrieben ist, ein Begehren, das auch von unserer Seite schon ganz klar zum Ausdruck gekommen ist. Der Nutzen eines Parkleitsystems und die Notwendigkeit einer möglichst raschen Umsetzung sind für uns klar gegeben. Auch die Herausforderung oder Einschränkung, die hier genannt wurden, die auch in der Verantwortung des Stadtrates stehen, wenige Parkplätze an gewissen Standorten in Nutzungseinschränkungen, verschiedene Öffnungszeiten, ist technisch realisierbar. Es zeigt sich auch, dass dies verschiedenste andere Städte, die zum Teil seit Jahren ein solches Parkleitsystem betreiben, können. Ein Parkleitsystem ist ja nichts Statisches, sondern etwas, wo man auch flexibel Veränderungen der Parkräume anpassen kann. Wir sind überzeugt und freuen uns, wenn dereinst viele grüne Zahlen in dieser Stadt aufleuchten, die zeigen, wo die freien Parkplätze sind, und sind überzeugt, dass es nicht viele rote Kreuze sein werden, die wir auf den Parkleitsystemen sehen werden. Die Grüne Fraktion unterstützt die Überweisung des Vorstosses.

**Markus Flury, SVP-Fraktion:** Bereits 2004 wurde festgehalten, dass ein spezifischer Nutzen eines Parkleitsystems erst zum Tragen kommt, wenn die über die Stadt verteilten Parkplätze in Parkhäusern konzentriert sind und die ERO realisiert ist. Damals haben alle

Fraktionen festgestellt, dass aufgrund der fehlenden Voraussetzungen eine rasche Realisierung weder wirtschaftlich noch betriebseffizient wäre. Hat sich an dieser Situation etwas geändert? Ich finde nicht. Alle Parkplätze sind noch gleich verteilt. Das Parkhaus bauen wir auch nicht. Fremde Parkhäuser haben wenig öffentliche Parkplätze, Kaufhäuser brauchen ihre Parkhäuser für ihre Kunden, und andere Parkhäuser sind nicht immer zugänglich. Bei den Kosten, welche die Stadt übernehmen soll, wären die einzigen, die davon profitieren würden, diejenigen, die mitmachen. Das wären wahrscheinlich die Kaufhäuser. Wenn die Volksinitiative für eine verkehrsfreie Innenstadt käme, würden sowieso 230 Parkplätze entfallen. Dann können wir uns das PLS sparen und ein Schild aufstellen, auf der Schützenmatte könne parkiert werden. Wir werden grossmehrheitlich nicht überweisen.

**Daniel Schneider:** Ich möchte Christian antworten. Es ist wirklich ein Horrorbild, das nicht sein darf: Einzäunen, Häuschen und Barrieren. Die heutigen technischen Mittel erlauben natürlich einen ganz anderen Umgang. Ich nehme an, dass der eine oder andere auch schon via Handy sein Parkbillett bezahlt hat. Heute funktioniert es etwas anders. Man muss die Ein- und Ausfahrt nicht mehr so klar straffen. Es gibt andere mögliche Zählsysteme. Ich melde mich aber auch noch, weil ich eigentlich von Martin Wey keine Antwort zu dieser Beteiligung gefunden habe. Das war meine Frage, und gleichzeitig höre ich, dass Ihr in Verhandlung seid und 100 % abwälzen wollt. Ich hätte trotzdem noch gerne die Haltung des Stadtrates dazu gehört.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Die Haltung des Stadtrates ist, dass wir die Kosten massgebend tragen werden.

**Daniel Schneider:** Geht Ihr damit in die Verhandlungen?

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Wir gehen davon aus, dass wir dies wollen, sind auch überzeugt, dass das Parkleitsystem entsprechend notwendig ist und werden alles versuchen, Überwältigungen machen zu können. Aber am Schluss bezahlen wir es, wenn es nicht anders geht. Das ist eine Frage des Verhandeln. Uns ist dies soviel wert, dass wir, wenn es dann wirklich nicht geht, dies halt bezahlen.

**Daniel Schneider:** Dann nehme ich an, dass das Papier, das heute Vormittag in meinem Windfang hing, welches das Gegenteil sagt, nur Verhandlungstaktik ist.

**Urs Knapp:** Ich bin bis am 26. August 2010 ein Befürworter des Parkleitsystems gewesen, begeistert, überzeugt, wie es von Roland Rudolf von Rohr verlangt wird. Seit 2003. Der erste Vorstoss ist von Rolf Schmid gekommen - man muss vielleicht noch Geschichtsschreibung machen - der das Parkleitsystem gefordert hat. Nachher ist Iris Schelbert gekommen, die ein Parkleitsystem gefordert hat. Jetzt Daniel Schneider, der auch ein Parkleitsystem fordert. Am 26. August 2010 hatten wir eine Sitzung der Stadtentwicklungskommission. Ich glaube, soviel sagen zu dürfen, ohne ins Detail zu gehen. Es ist ein Experte gekommen. Es gibt viele Experten. Er hat uns die Problematik von Parkleitsystemen, die mir vorher nicht bekannt war, erklärt. Die Schwierigkeit, dies umzusetzen, ist zum Teil etwas angetönt worden. Roland Rudolf von Rohr, vielleicht bin ich jetzt nicht mehr so überzeugt. Es ist ein Postulat zu prüfen. Geht nicht einfach drauf los, sondern schaut einfach, ob es wieder geht. Offensichtlich wollen alle Parkhäuser auf der rechten Aareseite nicht mitmachen. Das war damals der Stand. Dann haben wir ein Parkleitsystem für das linke Aareufer. Vielleicht bringt es etwas, vielleicht nicht. Scheinbar möchten auch auf der linken Aareseite nicht alle Parkhäuser dabei sein. Ich glaube einfach, dass ein Parkleitsystem gut sein kann. Aber man soll am Schluss nicht einfach aus lauter Verzweiflung sagen, weil jetzt seit sieben Jahren alle für ein Parkleitsystem waren: Jetzt sind wir einfach dort und dafür machen wir es. Dann sind wir einverstanden. Auch dies sauber prüfen. Wie ich von Kolleginnen und Kollegen im Saal

gehört habe, bin ich nicht ganz der Einzige, der vielleicht in dieser Beziehung etwas eine Trendwende gemacht hat.

### **Beschluss**

Mit 36: 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion als Postulat überwiesen.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)  
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber  
Finanzkontrolle  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2010

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 32

## **Postulat Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Masterplan im Gebiet zwischen Bifang und Innenstadt/Beantwortung**

Am 28. Januar 2010 haben Markus Ammann und Mitunterzeichnende der SP Fraktion ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

**«Der Stadtrat wird gebeten, eine Gesamtplanung zu entwickeln, die alle aktuellen, geplanten, bekannten und (ev. noch nicht bekannten, aber) notwendigen Projekte im grob umrissenen Gebiet zwischen Bifang und Innenstadt umfasst.**

### Begründung

Zurzeit stehen besonders viele städtische, kantonale und private Bauprojekte im Raum links und rechts der Aare zur Diskussion. Einige davon sind bereits in der Umsetzung, andere scheinen spruchreif, weitere werden geplant und wiederum andere sind erst in Skizzen oder – trotz offensichtlicher Bedürfnisse – noch gar nicht zu erkennen.

Auch mit gutem Willen ist nicht zu durchschauen, welchen Leitlinien, welchen Prioritäten und Schwerpunktsetzungen die verschiedenen Projekte folgen. Eine Vernetzung der – zweifellos zusammenhängenden – Projekte ist nicht wahrnehmbar. Fundierte und zukunftsorientierte Entscheide im Rahmen von kommenden Vorlagen sind also nur schwer möglich.

Zum Beispiel kann die Bedeutung und Notwendigkeit eines neuen Aarestegs nicht allein aus dem Projekt heraus oder allenfalls im Rahmen der Aareraumplanung (Andaare) beurteilt werden; übergeordnete Bedürfnisse, wie Fussgängerströme und Verbindungen von Quartieren etc., sind ebenfalls zu berücksichtigen. Andererseits muss der Entscheid zwingend im Rahmen eines möglichen Ausbaus des Landwegs – und damit im Rahmen des Projekts «Andaare» – getroffen werden.

Der Raum zwischen Bifang und Innenstadt ist nicht nur hochsensibel, sondern auch aufs Schwerste vorbelastet (Strasse, Bahn, Aare). Zudem wird das Gebiet mit dem Neubau für die Fachhochschule einen Bedeutungsschub erleben. Olten 2020 und verschiedene andere Vorstösse und Aktivitäten aus der Bevölkerung haben hier mit schöner Konstanz immer wieder zwei Bedürfnisse publik gemacht:

- Die Menschen verlangen eine sichere und leichte Verbindung der Stadtseiten zu Fuss und per Fahrrad.
- Es besteht weit verbreitet ein grosser Wunsch, die Aare und die Nähe zum Wasser besser erlebbar zu machen.

Anstatt weiterhin nur Sachzwängen, finanziellen oder äusseren Gegebenheiten (z.B. Kanton) zu folgen, wäre eine Einbettung in einen langfristigen Gesamtkontext notwendig. Eingriffe in laufende Planungen sind dabei nicht auszuschliessen. Hierzu stellen sich folgende Fragen: Was sind in diesem Gebiet die Prämissen? Welche langfristigen Notwendigkeiten müssen erfüllt werden? Welche Bedürfnisse leiten sich aus der Perspektive der langfristigen Stadtentwicklung ab? etc.

All dies und vieles mehr liesse sich mit einer priorisierenden, langfristig angelegten und in den Abhängigkeiten konsistenten Gesamtplanung (z.B. mit einem Masterplan oder einem anderen übergeordneten Planungsinstrument) beantworten und der Bevölkerung auch plausibel zu verkaufen. Das Tor zu visionären oder phantasievollen Lösungen (z.B. Aus-/Umbau der Winkel- oder Martin-Disteli-Unterführungen) wäre somit geöffnet.

Mit der Erarbeitung eines Masterplans würden die Stadtverwaltung, die politischen Gremien und die Bevölkerung eine dringend fällige Gesamtübersicht und Entscheidungsgrundlage erhalten, die die Zusammenhänge einzelner Massnahmen aufzeigt.

Nicht falsch wäre es, ähnliche übergeordnete Planungen anschliessend über alle funktional zusammengehörigen Räume der Stadt Olten auszudehnen und so endlich zu einer städtischen Gesamtplanung zu kommen.»

- - - - -

**Stadtrat Dr. Martin Wey** beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat unterstützt das umschriebene Anliegen, eine städtische wie auch quartierbezogene Masterplanung zu erstellen. Er ist überzeugt davon, dass die viel zitierte rollende Planung nur dann effektiv betrieben werden kann, wenn ihr eine, politisch und auch fachlich bzw. breit abgestützte, Gesamtschau vorangeht. So setzt die Masterplanung die städtebaulichen bzw. raumplanerischen Leitplanken für eine nachhaltige Stadtentwicklung mit Ziel, darüber gebietsübergreifend qualitative und quantitative Aussagen zu machen.

Der Stadtrat will die für die Erarbeitung notwendigen Schritte einleiten. Dabei geht er davon aus, dass eine Masterplanung im Einklang steht mit der normativen Ebene der systematischen Gemeindesteuerung, nämlich dem städtischen Leitbild (in der Regel 12-15 Jahre) wie aber auch der strategischen Ebene, nämlich der Legislaturplanung (4 Jahre). Mindestens für diese Zeiträume umschreibt sie die raumrelevante Entwicklung der Stadt. Dabei werden die aufeinander abgestimmten oder noch abzustimmenden Teile des „Ganzen“ fachlich erfasst und politisch abgestützt und anschliessend sozusagen der rollenden Planung übergeben.

Ein entsprechender Masterplan soll denn auch die von ihm selbst beeinflussten strategischen Vorgaben in bestimmte, fachlich wie auch politisch abgestützte Massnahmen übertragen können, welche in die operative Ebene der systematischen Gemeindesteuerung, nämlich die Jahresplanung, einfliessen. Er muss regelmässig überarbeitet werden, wobei auch eine Abstimmung zwischen Planungsvorgaben und Planungsergebnissen durchgeführt wird. Nur so kann Transparenz und Planungssicherheit gewonnen werden und die entsprechende Umsetzung auch zusammenhängend erfolgen.

Aus diesem Grund und im Sinne der Erwägungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Vorstoss zu überweisen.

- - - - -

**Dr. Markus Ammann:** Meine schriftliche Begründung war schon relativ ausführlich, und ich habe auch festgestellt, dass der Stadtrat im Wesentlichen verstanden hat, was wir möchten. Vielleicht trotzdem noch einige Worte dazu: In den letzten Wochen, Monaten, bald Jahren haben wir viele Projekte und Planungen rechts der Aare im Bereich Aareraum hier diskutiert. Nicht nur ich hatte manchmal ein ungutes Gefühl, über was in diesem Projekt oder in dieser Planung gesprochen werden soll. Wenn man sich so die Diskussionen angehört hat, gab es immer wieder offene Fragen, wo es weiter geht, wo die Grenzen dieses Projektes sind. Im erwähnten Raum ist es besonders aufgefallen. Die Projekte und Planungen Bahnhof Ost, Aareraum, Hochhaus, Hochhausstudie, Sälipark, Winkel, Bifang, Fachhochschule etc. haben alle enge Abhängigkeiten voneinander. Aber wir haben immer nur über Einzelprojekte und Einzelplanungen gesprochen. Wie die Schnittstellen aussehen, welche übergreifenden Bedürfnisse und Bedingungen vorhanden sind, war meistens unklar. Wir haben realisiert, dass in Olten in der Regel eine Art Planungsinstrument fehlt, das irgendwo zwischen der Zonen- oder Ortsplanung und der zum Teil schon detaillierten Gestaltungs- und Projektplanung liegt. Hier gibt es irgend ein Instrument, das wir bräuchten, um diese Lücke zu füllen. Im Titel steht zwar Masterplan. Mir ist es egal, ob es Masterplan oder Gesamtplanung heisst. Beim Bund redet man beispielsweise eher von Sachplänen, die eine übergeordnete Sicht bringen. Wir brauchen Informationen, über die einzelnen Projekte hinaus, über die Schnittstellen, wie sich die Projekte gegenseitig beeinflussen. Dafür müssen wir auch eine Vorstellung in die Zukunft haben. Der Stadtrat hat gemäss der Beantwortung meiner Meinung nach verstanden, was es braucht. Dafür danke ich ihm. Mit dieser Beantwortung hoffen wir natürlich und glauben, dass es mit dem neuen Stadtplaner auch zu machen ist, dass wir diese Instrumente in vernünftiger Zeit auch zur Verfügung haben. Mir ist klar, dass wir vorher über weitere Projekte diskutieren werden, beispielsweise den Bahnhof Olten Ost. Hier werden wir nicht warten können, bis wir die übergeordnete Planung haben. Aber ich bin guten Mutes, dass wir hier ein gutes Instrument, das man durchaus auch über diese Region ausdehnen bzw. in anderen Bereichen nutzen kann, bekommen werden. In diesem Sinne bitte ich Euch – es ist wichtig für diese Stadt – das Postulat zu überweisen.

**Anita Huber, Fraktion Grüne:** Das Postulat ist zwar erst zehn Monate alt, hat aber trotzdem eine historische Dimension. Zum Zeitpunkt der Einreichung hatte man den Eindruck, dass die Stadtplanung etwas orientierungslos war. Sie hat keine langfristige Planung durchgesetzt – ich nehme an aus Kapazitätsgründen – sondern hat eher so reagiert. Nach krankheitsbedingten Turbulenzen in der Führung hat seit kurzem Lorenz Schmid als neuer Leiter der Stadtplanung das Ruder übernommen. Unsere Fraktion ist zuversichtlich, dass er seine Aufgaben erfüllen wird, und wir freuen uns, den Masterplan zur Entwicklung von Olten bald vorgestellt zu bekommen. Die Grünen folgen deshalb dem Antrag des Stadtrates und überweisen den Vorstoss.

**Daniel Dähler, FdP-Fraktion:** Wir haben es in diesem Sinne auch nicht sehr kontrovers diskutiert. Die einzige Frage, die wir uns gestellt haben und auch schon in der Vergangenheit gestellt hatten, ist, weshalb der Perimeter so gewählt ist. Ich glaube, es braucht eher einen grösseren Perimeter, den man am besten gleich über die ganze Stadt legt und sich einmal Gedanken macht, wo was entwickelt, gestärkt wird und verbessert werden muss usw. Von daher ist dies zumindest ein Anfang, für den es sicher ein guter Perimeter ist. Grundsätzlich müsste man aber eine Planung über die ganze Stadt haben.

**Thomas Pfluger, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Ich komme halt noch einmal mit dem Thema Attraktivierung Innenstadt, weil ich überzeugt bin, dass dies mit ein Grund war, wenn auch

ein kleiner Bestandteil, dass der Abstimmungsentscheid im Juni negativ ausgefallen ist. Es ist so, dass eine Gesamtübersicht, eine Gesamtstrategie über das grössere Innenstadtbereich gefehlt hat. Die Frage ist, wie gross der Perimeter gesetzt wird. Das ist wirklich entscheidend, ist dann aber sicher auch etwas, das der Stadtplaner entscheiden oder vorantreiben muss, in welche Richtung, oder wie gross dieses Gebiet ist. Auf beiden Stadtseiten hat es die entscheidenden Gebiete, die man bringen muss, ein Konglomerat von solchen unterschiedlichen und bedeutenden Projektbestandteilen, die dort enthalten waren und die wir auch in anderen Vorlagen haben – in diesem Fall waren es das Parkhaus, die Begegnungszone – das kann der Stimmbürger in einer losgelösten Entscheidung nicht beurteilen. Das macht ihn unsicher. Olten ist politisch kulturell halt möglich. Wir sind eben die Stadt der kleinen Schritte. Das haben wir ein paar Mal gehört. Dazu braucht es einen übergeordneten gemeinsamen Zielhorizont, und es braucht etwas, wie der Plan oder Leitfaden am Schluss auch immer heisst. Ich glaube, das ist wirklich wichtig, und ich bin überzeugt, dass man Olten ein solches Instrument gibt. In diesem Sinne befürwortet die CVP/EVP/GLP-Fraktion die Überweisung des Postulats einstimmig. Es ist davon auszugehen, dass wir das Postulat gar nicht gebraucht hätten. Ich denke, dieses Züglein wäre mit dem Stadtplaner ohnehin so aufgegleist worden.

**Christian Werner, SVP-Fraktion:** Der letzte Satz meines Vorredners gibt mir eigentlich gleich das Stichwort. Wir haben Vertrauen in den neuen Stadtplaner und gehen davon aus, dass er das Ganze sowieso aufgleist. Das ist sein Job. Grundsätzlich ist ja die ganze Orts- bzw. Stadtplanung Sache der Exekutive. Vor diesem Hintergrund erachten wir das Postulat eigentlich als überflüssige bzw. unnötige Bemühung der Verwaltung und werden es deshalb ablehnen.

**Dr. Markus Ammann:** Ich finde es nicht ganz überflüssig. Das ist klar. Ich bin der Meinung, dass wir jetzt jahrelang keine solche Planung hatten, und es hat keine Anzeichen gegeben, dass so etwas gemacht wird. Ich denke, wir spüren alle, dass dies ein Bedürfnis ist, und sind umso mehr froh, dass der Stadtrat dies heute auch sieht. Von daher schadet die Überweisung mindestens gar nichts. Damit ist auch gegenüber dem neuen Stadtplaner nichts vorweg genommen. Als zweite Bemerkung möchte ich Daniel danken. Diese Sicht teile ich natürlich auch. Ich bin der Meinung, dass es eine Initialzündung in diesem Bereich sein könnte. Aber ich hoffe, dass der letzte Satz, den ich in der Begründung geschrieben habe, auch weiterhin gilt. Dort steht: „Nicht falsch wäre es, ähnliche übergeordnete Planungen anschliessend über alle funktional zusammen gehörenden Räume der Stadt Olten auszudehnen und so endlich zu einer städtischen Gesamtplanung zu kommen“. Ich denke, dies ist in unser aller Sinn, und gehe davon aus, auch im Sinne des Stadtrates.

## **Beschluss**

Mit 37 : 7 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:

Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)

Stabsstelle Planung/Herr Markus Pfefferli/Herr Aldo Stoppa (3)

Tiefbau/Herr Urs Kissling (2)

Finanzdirektion/Herr Markus Sieber

Finanzkontrolle

Geschäftskontrolle

Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2010

Akten-Nr. 1/0

Prot.-Nr. 33

## **Motion Daniel Probst (FdP) und Huguette Meyer (SP) und Mitunterzeichnende betr. Prüfung und Anpassung der Vorgaben für die Nutzung des öffentlichen Raums durch Gastronomie- und Gewerbebetriebe/Beantwortung**

Daniel Probst, Huguette Meyer und Mitunterzeichnende haben am 20. Mai 2010 eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht.

**«Der Stadtrat wird beauftragt, die räumlichen und zeitlichen Vorgaben für die Nutzung des öffentlichen Raums durch Gastronomie- und Gewerbebetriebe zu überprüfen und im Interesse der Belebung der Innenstadt anzupassen.»**

### Begründung

Die Oltnner Innenstadt soll als Ort der Begegnung attraktiver werden.

Eine Aufwertung und Attraktivierung des öffentlichen Raums kann nicht alleine durch bauliche Massnahmen erreicht werden. Damit die Innenstadt belebt werden kann, muss die öffentliche Hand Vorgaben für die Nutzung des öffentlichen Raums durch Gastronomie- und Gewerbebetriebe beeinflussen. Die Stadt kann im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten festlegen, in welchen Stadtgebieten auf welchen Flächen an welchen Tagen (Winter/Sommerbetrieb, einzelne Tage) zu welchen Zeiten Gastronomie- und Gewerbebetriebe den öffentlichen Raum nutzen können.

Die jetzigen Vorgaben sind historisch zu einem Flickwerk gewachsen und entsprechen aktuellen Bedürfnissen nicht mehr. So ist es beispielsweise schwierig nachzuvollziehen, dass an einem schönen warmen Märztag die Gartenwirtschaft nicht geöffnet werden darf oder warum der eine Gastrobetrieb bereits um 19.00 Uhr, ein anderer erst um 22.00 Uhr Schluss machen muss.

Bei der Ausgestaltung der Nutzung des öffentlichen Raums sind die unterschiedlichen Interessen unbedingt zu berücksichtigen. So sollen z.B. in der Innenstadt auch bewusst Gebiete ruhiger (z.B. Altstadt) und andere belebter (z.B. Begegnungszone Tannwaldstrasse) ausgestaltet werden.»

- - - - -

Im Auftrag des Stadtrates beantwortet **Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

### Formelles

Der vorliegende Vorstoss kann nur als Postulat behandelt werden. Motionen sind nur für Bereiche zulässig, in denen die Entscheidbefugnis ausdrücklich beim Parlament liegt. Hat in einem Bereich die Exekutive die abschliessende Kompetenz, können dazu keine Motionen eingereicht werden. Diese inhaltliche Beschränkung der zulässigen Gegenstände einer Motion folgt aus dem Prinzip der Gewaltenteilung. Die aufgeworfenen Punkte beschlagen ortsplanerische Bereiche. Nach § 9 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes ist die Ortsplanung Aufgabe der Einwohnergemeinde. Planungsbehörde ist von Gesetzes wegen der Stadtrat.

### Zum Inhalt

#### 1. Ausgangslage

Der öffentliche Raum ist beliebt und wird immer intensiver genutzt. Die städtische Vollzugsbehörde ist daher häufig mit Gesuchen für Aussenbewirtschaftungen auf öffentlichem und privatem Grund konfrontiert. Der Stadtrat begrüsst diese Entwicklung, da solche Betriebe die gewünschte Attraktivierung und Belebung der Stadt unterstützen. Andererseits führen solche Nutzungen – vor allem abends und nachts – zu Konflikten, vor allem mit den Anwohnenden, welche die (Innen)Stadt wieder als attraktiven Wohnstandort schätzen. Wie in den meisten Städten besteht der Zielkonflikt zwischen «Wohnstadt» und «Unterhaltungsstadt».

Zudem stellt sich die Frage, wie viel der öffentlichen Gebiete für gastgewerbliche Nutzungen vermietet werden soll, ohne die Öffentlichkeit unzulässig einzuschränken.

Es gibt bereits einen Stadtratsbeschluss vom 20. April 1993 «Öffnungszeiten Aussenbewirtung auf öffentlichem Grund» und Leitsätze zur Bewilligungspraxis. Die Regelungen sollen überprüft, gegebenenfalls angepasst, mit Gestaltungsstandards ergänzt und in einem Übersichtsplan dargestellt werden. Berücksichtigt werden soll auch das in der Parlamentssitzung vom 17. Dezember 2009 überwiesene Postulat Theo Schöni (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. „Einheitliche Öffnungszeiten für alle Gastro- und Strassenrestaurants in der Oltner Innenstadt“.

#### 2. Ziele

Ein sogenannter Boulevardplan soll einerseits der Vollzugsbehörde eine klare Entscheidungsgrundlage für die Bewilligung neuer und für die Beurteilung bestehender Aussenwirtschaftsbetriebe und Veranstaltungsorte bieten. Andererseits soll die Bewilligungspraxis für die Gesuchsteller und Gesuchstellerinnen transparent und nachvollziehbar gemacht werden.

Das Planwerk soll auf bestehenden Regelungen aufbauen und mit einer zweckmässigen Lösung die Bewirtschaftung des öffentlichen Raumes regeln. In der Interessenabwägung zwischen Gastronomienutzung und dem Ruhebedürfnis der Anwohnerinnen und Anwohner wird je nach Gebiet unterschiedlich gewichtet. Dies wird zu einer Unterteilung des Betrachtungsgebietes nach Lärmempfindlichkeitskriterien führen.

#### 3. Vorgehen

Eine interne Arbeitsgruppe aus Vertretungen des Tiefbauamtes, der Stadtpolizei und der Stadtplanung hat unter Federführung der Stadtplanung die verschiedenen Grundlagen zusammengetragen und bereits einen ersten Entwurf des Boulevardplanes für die Stadt Olten ausgearbeitet.

Zur Unterstützung konnte eine externe Fachperson gewonnen werden, die u. a. massgebend an der Entwicklung eines vergleichbaren Planwerkes in der Stadt Basel mitgewirkt hat.

Die Baukommission hat am 22. März 2010 den ersten Entwurf des Boulevardplanes mehrheitlich positiv gewürdigt.

Es ist vorgesehen, im Juni 2010 unter Beizug je einer Vertretung des Wirteverbandes, des Gewerbeverbandes und des Quartiervereins Rechte Aareseite den Entwurf des Boulevardplanes in zwei Konsenssitzungen zu bereinigen. Nach der Vorstellung des Ergebnisses in den Kommissionen Stadtentwicklung, Öffentliche Sicherheit und Baukommission sollen das Planwerk und die Richtlinien nach der Beratung im Stadtrat auf die Saison 2011 (März 2011) vom Stadtrat behördenverbindlich erklärt werden.

Der Stadtrat beantragt dem Parlament, das Postulat zu überweisen.

- - - - -

**Huguette Meyer Derungs:** Es scheint, dass wir mit unserer Motion respektive unserem Postulat offene Türen einrennen. Es freut mich, dass der Stadtrat einsieht, dass klare Vorgaben für die Nutzung von Gastro- und Gewerbebetrieben zur gewünschten Attraktivierung und Belebung der Innenstadt beitragen, vor allem mit der Begegnungszone, die jetzt in die Wege geleitet wurde. Es bringt ja nichts, wenn wir eine haben und alle um sechs Uhr drinnen sein müssen. Es scheint also, dass es die Stadtregierung mit einer lebendigen Stadt ernst meint und Olten nicht zur Schlafstadt für Pendler wird. Das kann auch ein Ziel sein. Mir persönlich gefällt das andere besser. Bei der Idee einer lebendigen Stadt sehe ich auch Konfliktpotenzial mit Anwohnern. Deshalb finde ich gerade die Idee des Boulevardsplans, wo verschiedene Interessengruppen einbezogen werden, eigentlich sehr gut. Vor allem finde ich wichtig, dass Vertreter der Anwohner dabei sind und dort auch klar und offen kommuniziert wird. So kann klar definiert werden, wo die sogenannte Partymeile und wo das ruhige Wohnen angesagt ist. Auch eine klare und für alle transparente Bewilligungspraxis scheint mir sinnvoll zu sein. Ein Beispiel: Ich persönlich sehe nicht ein, weshalb die Aussenbewirtschaftungen erst am letzten März-Wochenende hinaus stuhlen dürfen und es nicht wetterabhängig ist. In Solothurn kann man beispielsweise schon im Februar an einem schönen Tag draussen sitzen. Ich hoffe damit, dass der Boulevardplan mutig und klar strukturiert ausfällt und nicht einfach zu einem weiteren Punkt im historisch gewachsenen Flickwerk der Vorgaben zur Nutzung des öffentlichen Raums wird. Ich persönlich stelle mir eine Partymeile vor von der Kirchgasse durch die Hauptgasse über die Alte Brücke, durch den Winkel bis über die alte Aarauerstrasse bis zum Bifang hinauf und von mir aus auch noch die Querstrassen Tannwald- und von Roll-Strasse. Zuerst bin ich nun einmal gespannt, wie der Boulevardplan aussehen wird, und freue mich oder hoffe, dass ich im nächsten Frühling an einem schönen Nachmittag einmal draussen einen Kaffee trinken kann. Ich bin mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Für mich gibt es Gelegenheit – es ist ja schon lange eingereicht worden – auch über den Stand zu orientieren. Tatsächlich ist es so, dass wir die verschiedenen Gruppierungen eingeladen haben und auch bei den Abklärungen schon recht weit sind. Was ist schon beschlossen? Welches sind die gesetzlichen Grundlagen? Wo kann man darüber gehen? In welche Tendenz wollen wir gehen? Wir haben verschiedene Szenarien entwickelt, und der Stadtrat wird im Verlauf des Monats November zum ersten Mal mit diesen Vorschlägen konfrontiert, auch im Bereich der Liberalisierung. Das ist durchaus ein Thema im Sinne, dass man dort ein lustvolles Begehen auch abends draussen machen und sitzen bleiben kann. Ich gehe davon aus, dass der Gastroplan auch Rechts- und Planungssicherheit geben wird. Wir werden nicht alle zufrieden stellen. Es gibt

Anwohner, mit denen geredet werden muss, und es muss transparent gemacht werden. Aber ich denke, dass es vor allem auch ein Instrument sein soll, damit sich das Gewerbe, das sich engagieren und auch eine Belebung dieser Stadt machen will, sich auf eine Planung oder Richtlinien stützen kann. Für uns intern ist wichtig, bei der Bauverwaltung selber und auch bei Polizei, dass sich diejenigen, die mit der Bewirtschaftung solcher Gesuche betraut sind, auf eine klare Handlungsweise und auch auf Richtlinien stützen können. Wir haben es ganz bewusst auch in der Kompetenz des Stadtrats belassen wollen, denn ich denke, wenn man anfängt, den Gastroplan zu verpolitizieren, wird es fast noch schwieriger, als bei anderen Sachen, die wir hier schon diskutiert haben. Wir möchten es auch im Sinne der Handlungsfreiheit und der sogenannten Beweglichkeit in unserer Hand lassen. Man kann so, wie es jetzt vom Fahrplan her aussieht, davon ausgehen, dass der Gastroplan schon sehr bald beschlossen ist und publik gemacht wird und auf die Sommer- oder Frühlingssaison in Kraft treten kann.

**Theo Schöni, Fraktion Grüne:** Das Einzige, was ich aus diesem Postulat erfahren habe, ist, dass man ausser dem Gastroplan auch Boulevardplan sagen kann und gewisse Verhandlungen innerhalb eines Jahres aufgenommen worden sind, nachdem wir im Mai 2009 eigentlich schon das Gleiche gefordert hatten. Ich bin zuversichtlich, dass wir dies auf 2013 bei der Schliessung der Kirchgasse umgesetzt haben können.

**Marc Winistörfer, SVP-Fraktion:** Wir sind für die Überweisung der Motion als Postulat. Die Gründe sind eigentlich schon genannt worden. Martin Wey hat es gesagt. Liberalisierung war ein Stichwort, die Möglichkeit der Rechts- und Planungssicherheit, mit denen gearbeitet wird. Das war bei uns vor allem ausschlaggebend. Eventuell ist dies ein guter Anreiz, damit sich die Leute in Zukunft in Olten mehr engagieren werden und so vielleicht mehr Bewilligungen erteilt werden können und die Leute etwas planen.

**Simon Haller, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Auch unsere Fraktion ist einstimmig für dieses Postulat und wird es überweisen. Ich denke, es ist auch ein Anliegen, dass man nicht das Gefühl hat, man müsse mit dem Gastro- oder Boulevardplan jetzt alles bis ins letzte Detail regeln. Mir ist es ein Anliegen, dass man eben auch eine gewisse Flexibilität beibehält, um auf den Einzelfall reagieren zu können, und nicht das Gefühl hat, dass man alles im Gastro- oder Boulevardplan niederschreiben muss, so dass man zukünftig gerade auch innovativen Leuten, die etwas machen wollen, eine gewisse Flexibilität gewährleisten kann.

**Christian Wüthrich, FDP-Fraktion:** Mir ist noch etwas wichtig, das sich eigentlich darauf bezieht. Wenn wir über Olten und die Attraktivität diskutieren, vergessen wir manchmal das Nachtleben. Das heisst, wenn wir von der Arbeit nach Hause kommen, duschen, uns umziehen und wieder nach Olten gehen, sind das für mich die Speiserestaurants, eine grosse Palette sehr, sehr guter Restaurants. Wir haben Kinos, wir haben Theater, diverse Restaurants, wo sich verschiedenste Leute aufhalten. Olten ist ein wichtiger und sehr attraktiver Ort für das Nachtleben in diesem Bereich, weil selbst Aarauer, Zofinger und Langenthaler nach Olten kommen und diese Szene geniessen. Das ist wichtig. Wenn wir jeweils reden, tun wir dies primär tagsüber, das normale Leben. Das ist für uns schon auch etwas immens Wichtiges. Wir haben gute Lokale. Sie werden gut genutzt. Ich denke, es ist ein sehr guter Vorstoss, der behandelt und unterstützt werden muss, damit wir dies eben nicht schwächen.

## **Beschluss**

Einstimmig wird die Motion als Postulat überwiesen.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)  
Stabsstelle Planung (3)  
Tiefbau (2)  
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber  
Finanzkontrolle  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2010

Akten-Nr. 33/2

Prot.-Nr. 34

## **Motion Daniel Dähler (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Neubau Kunstmuseum und Erweiterung Naturmuseum mit städtischer, kantonaler und privater Unterstützung/Beantwortung**

Am 24. Juni 2010 haben Daniel Dähler (FDP) und Mitunterzeichnende folgende Motion eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeindeparlament einen Bericht und Antrag zum Neubau des Kunstmuseums sowie Erweiterung des Naturmuseums vorzulegen, so dass diese spätestens 2016 bezogen werden können.

### Begründung:

Die Museen tragen bereits heute einen wesentlichen Teil zur Standortattraktivität (auch Innenstadt) und zum Kultur- und Bildungsangebot der Stadt und Region Olten bei. Um diesen Effekt weiter zu steigern, bedingt es einen Neubau des Kunstmuseums mit zentralen Funktionen für alle Museen sowie die Erweiterung des Naturmuseums (Räume Kunstmuseum, die im Gebäudeperimeter des Naturmuseumsgebäude liegen), wie bereits in der Lord-Studie vor einigen Jahren aufgezeigt wurde.

Nebst der finanziellen Beteiligung der Stadt und des Kantons sind weitere anzustreben, z.B. private Körperschaften, Stiftungen usw.

Das Vorhaben ist überparteilich breit abgestützt, dies hat auch die Mai-Ausgabe des KOLT's aufgezeigt, wo sich alle Parteien für den Neubau ausgesprochen haben.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Seit mehreren Jahren verfolgt die Direktion Stadtpräsidium das Ziel einer Sanierung bzw. eines Neubaus im Bereich der drei städtischen Museen. In den Jahren 2006/2007 wurde in Zusammenarbeit mit der Firma Lord Cultural Resources, Berlin, eine Raumbedarfsanalyse erstellt und wurden verschiedene Umsetzungsszenarien aufgezeigt, die einen zeitgenössischen Museumsbetrieb mit all seinen Anforderungen an Raum, Technik, Klima, konservatorische Bedingungen und Besucherservice erlauben sollen. Aufgrund der Ergebnisse der Raumbedarfsanalyse beantragte die Direktion Stadtpräsidium im Mai 2007 dem Stadtrat für die Weiterbearbeitung der Museensanierung zu Handen der bearbeitenden Gremien eine Option auszuwählen. Damit wäre es im Zeitraum bis zur Sanierung auch möglich, Übergangsmassnahmen im laufenden Unterhalt zu realisieren, welche der Optionenwahl nicht widersprechen. Der Stadtrat beschloss auf Antrag des Stadtpräsidiums, die Option eines Neubaus eines Kunstmuseums zwischen den zu sanierenden Gebäulichkeiten des Historischen Museums und des Naturmuseums weiterzuverfolgen.

Im Nachgang bewilligte das Gemeindeparlament am 19. November 2008 einen Kredit in der Höhe von Fr. 100'000.- zu Gunsten Konto 305.501.P01 der Investitionsrechnung 2009, mit welchem unter Führung der Stabstelle Planung die Grundlagen für einen Projektwettbewerb erarbeitet werden sollten. Dies sollte zudem erlauben, die Kosten und die verschiedenen Lose möglichst bald zu beziffern, entsprechende Prioritäten im Investitions- und Finanzplan zu setzen und kleinere Renovationen, die ins Gesamtkonzept passen, im laufenden Unterhalt vorzuziehen, sofern sie nicht unter dem Gesichtspunkt der Einheit der Materie in einem Gesamtpaket den zuständigen Gremien vorgelegt werden müssten. Zielsetzung war die Definition und Terminierung von drei Losen (Neubau Kunstmuseum, Sanierung Naturmuseum mit neuer Vertikalerschliessung sowie Sanierung Historisches Museum), so dass auch allfällige Kostenbeteiligungen durch Dritte (Kanton, Kantonsarchäologie, Stiftung für Kunst des 19. Jahrhunderts, Stiftungen, Private) beantragt werden könnten.

Am 26. März 2009 stimmte das Parlament zudem der Weiterführung der drei städtischen Museen – Historisches Museum, Kunstmuseum und Naturmuseum – als eigenständige Institutionen mit der aktuellen Ausprägung zu.

In der Finanz- und Investitionsplanung 2010-2016 musste der Stadtrat angesichts der zahlreichen vorliegenden Projekte und Vorhaben Prioritäten setzen. Dabei wurde der Realisierungshorizont für den Neubau eines Kunstmuseums hinter diese Planungsperiode verschoben; innerhalb der Planungsperiode waren hingegen in den Jahren 2012 bis 2014 Planungs- und Projektierungskosten in der Höhe von CHF 1'000'000 budgetiert.

Hinzu kam dass sich in der Schulraumplanung ein Freiwerden des Hübelischulhauses abzeichnet, andererseits bezüglich Begegnungszone inklusive Munzingerplatz ein Entscheid ausstand. Die Direktion Stadtpräsidium hatte deshalb in Abstimmung mit der Baudirektion entschieden, die für das Jahr 2009 vorgesehene Erarbeitung von Grundlagen für einen Projektwettbewerb bis zur Klärung der offenen Fragen auszusetzen und den Standort des Neubaus Kunstmuseum zu überprüfen.

Die Kommission für Stadtentwicklung diskutiert an ihrer Sitzung vom 10. März 2010 über ein Aufschüben des gesamten Sanierungspakets und empfahl, auf vorschnelle Aktionen wie eine rückwärtige Erschliessung des Naturmuseums zu verzichten – zumindest bis zum Entscheid bezüglich Begegnungszone/Parkhaus.

Dieser Entscheid ist in der Zwischenzeit gefallen: Das von Stadtrat und Parlament vorgeschlagene Projekt wurde vom Stimmvolk abgelehnt, so dass die Arbeiten weitergeführt werden können, sofern sich alle Beteiligten auf ein Szenario für den künftigen Standort des neuen Kunstmuseums einigen können. Jüngste Gespräche mit der Stadtplanung und Studien eines Architekturbüros sowie Abklärungen bei der kantonalen Denkmalpflege haben ergeben, dass auf der Rückseite der beiden Museen an der Kirchgasse eine attraktive Lösung mit rund 2500 Quadratmetern Bruttogeschossfläche möglich wäre, die auch den akuten Sanierungsbedarf des Naturmuseums (keine behindertengerechte Erschliessung und stark veraltete Gebäudetechnik) abdecken könnte (vgl. Skizze). Diese hätte den Vorteil, dass sie den Munzingerplatz rechtwinklig abschliesst und – im Gegensatz zum ursprünglich als Szenario ausgewählten „Riegel“ zwischen den zu sanierenden Gebäulichkeiten des Historischen Museums und des Naturmuseums – den Platz der Begegnung nicht verunstaltet. Im Gegensatz zu einem Szenario Kunstmuseum im Hübelischulhaus mit Anbau wäre dieses Szenario auch ohne Zeitverzug weiterbearbeitbar; während bei einem Freiwerden des Hübelischulhauses – das sich zudem nur bedingt für das Kunstmuseum eignet – verschiedene Interessenten bestehen dürften und es nicht garantiert ist, dass das Kunstmuseum dort denn auch zum Zuge kommen würde.

Der kantonale Denkmalpfleger hat aus seiner Sicht signalisiert, dass ein Museumsneubau südlich des Munzingerplatzes grundsätzlich vorstellbar und einer baulichen Trennung von Munzingerplatz und Platz der Begegnung vorzuziehen wäre. Dies würde auch einem früheren Schreiben des Denkmalpflegers vom 26. Januar 2010 zum Thema Naturmuseum entsprechen, in dem dieser bestätigte, dass Massnahmen wie der Ausbau des Dachgeschosses des Naturmuseums zu einem Saal oder ein neuer Annexbau auf der Gebäuderückseite für eine neue Erschliessung aus denkmalpflegerischer Sicht grundsätzlich möglich seien, wobei in beiden Fällen der formalen Gestaltung ein hoher Stellenwert beizumessen sei. Insbesondere sei es aber aus denkmalpflegerischer Sicht wichtig, dass mit einem Gesamtkonzept gearbeitet werde, welches das gesamte Naturmuseum und seine nähere Umgebung einbeziehe; eine unkoordinierte Durchführung von Einzelmassnahmen sei zu vermeiden.

Der Stadtrat beabsichtigt daher, das Szenario „Kunstmuseum Munzingerplatz Süd“ weiterzuverfolgen, zumal der Besitzer der Liegenschaft Kirchgasse 4, in dem ein Schuhgeschäft eingemietet ist, sein klares Interesse angemeldet hat, die Liegenschaft des heutigen Kunstmuseums zu erwerben und als Ladenlokal zu nutzen, und im Gegenzug Hand für das erwähnte Szenario bieten würde. Nachdem die Vorarbeiten für den Raumbedarf bereits zu einem wesentlichen Teil erfolgt sind, ist laut Finanzplan 2011-2017 vorgesehen, dass 2012 der entsprechende Architekturwettbewerb vorbereitet und 2013 durchgeführt wird. 2016 soll die Projektierung erfolgen, 2017/2018 der Bau. Sollte es die finanzielle Situation erlauben, könnte die Ausführung aufgrund der vorgezogenen Planung nach vorne verschoben werden.

Der Stadtrat hat dabei klar die Absicht, auch Dritte für eine Mitfinanzierung des Neubaus bzw. Umbaus zu gewinnen. Im Vordergrund steht eine finanzielle Beteiligung des Kantons bzw. des Lotteriefonds; hier wurde von verantwortlicher Stelle denn auch bereits ein massgeblicher Beitrag in Aussicht gestellt, verfügt doch der Kanton mit Ausnahme des Alten Zeughauses über keine eigenen Museen, sondern stützt sich auf städtische, die denn auch in ihrem Betrieb bereits wesentlich vom Kanton unterstützt werden.

Selbstverständlich kann der Bezug im Jahr 2018 auch im Falle einer Überweisung der Motion nicht garantiert werden. Das letzte Wort wird das Volk an der Urnenabstimmung haben, das erfahrungsgemäss auch überparteilich breit abgestützte Vorhaben ablehnen kann.

Im Sinne der obigen Ausführungen beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Überweisung der Motion.

- - - - -

**Daniel Dähler:** Ich danke dem Stadtrat, dass er dies so ausführlich beschrieben hat und unser Begehren unterstützt. Ebenfalls froh bin ich, dass es eine der letzten Motionen ist, die im Rennen ist. Von daher ist es auch schön, dass es zumindest in die richtige Richtung geht. Zu den folgenden Geschäften unterscheidet sich, dass wir zusätzlich darauf hinweisen, dass wir neben den städtischen und kantonalen Finanzen sicher auch schauen möchten, dass Dritte für eine allfällige Finanzierung gewonnen werden könnten. Ich denke, das ist wichtig. Das würde uns auch wieder in die gestrige Debatte zurück werfen, damit wir einen guten Finanzplan respektive einen guten Finanzhaushalt haben und wir wirklich damit umgehen können. Der Zeitpunkt ist sicher ein wichtiger Faktor, über den man sich streiten kann, ob es 2016 ist, wie es gewünscht wurde, oder 2018. Grundsätzlich glaube ich, dass ich, wenn es 2018 so weit sein wird, auch sehr zufrieden bin. Ich denke, es wäre schon schön, wenn wir dies bis zu diesem Zeitpunkt erreichen würden. Ein Punkt, der mir wirklich noch am Herzen

liegt, ist, wenn man die einzige angehängte Skizze anschaut, dass der Perimeter für den Architekturwettbewerb möglichst gross gewählt wird. Ich glaube, ein grosser Perimeter garantiert, dass wir effektiv einen guten Architekturwettbewerb und nachher auch eine gute Qualität in der Architektur haben. Wenn man dies schon zu sehr einschränkt, wird es meiner Meinung nach einen wesentlichen Einfluss auf die Qualität haben. Das würde ich von dem her nicht ganz so sehen, wie es hier abgebildet ist. Man muss auch sagen, dass der Munzingerplatz eigentlich aufgrund der Innenstadtvorlage entstanden ist. Man hat es so gewählt, weil man effektiv davon ausgegangen ist, dass der Deckel eigentlich das Parkhaus ist und somit nicht überbaut werden kann. Deshalb appelliere ich auch an die Stadt, an die Planungsbehörde, den Perimeter möglich gross offen zu lassen und somit auch Qualität für den Architekturwettbewerb zuzulassen. Ansonsten besten Dank.

**Dr. Rudolf Moor, SP-Fraktion:** Ich versuche einen Beitrag zur Effizienzsteigerung des Parlaments zu leisten und sage nicht zweimal das Gleiche, sondern spreche auch für unser anschliessend traktandiertes Postulat, in dem es praktisch um den gleichen Inhalt geht. Aber es ist nur ein Postulat, und das ist eine Motion. Jedenfalls danke ich dem Stadtrat, dass er die Motion und das Postulat positiv aufnimmt. Ein wichtiges Anliegen von uns ist, dass mit der Planung wirklich sofort begonnen und keine Zeit mehr verloren wird, vor allem sobald die Kapazitäten vorhanden sind. Wir haben den Eindruck, dass es wieder so aussieht, dass mit Planungen begonnen werden kann. Wenn man zu planen anfängt und den vorgesehenen Architekturwettbewerb möglichst bald durchführt, ist man auch bereit, falls im Investitionsplan doch wider Erwarten wieder ein Plätzchen frei wird, wo die Museen noch etwas nach vorne geschoben werden könnten. Wir haben dies ja auch schon angesprochen. Das heisst aber natürlich nicht, dass wir gegen andere Vorlagen im Investitionsplan sind. Die Variante mit dem Anbau hinter den Museen gegen den Munzingerplatz, wie sie in der Antwort skizziert ist, scheint uns gut und vielversprechend zu sein. Man muss schauen, dass man hier vielleicht noch etwas findet, damit die verschiedenen dort bestehenden Interessen zufrieden gestellt werden können. Uns wäre auch noch daran gelegen, dass wir möglichst rasch einen konkreten Vorgehensplan sehen. Wann ist was vorgesehen? Wann ist welcher Planungsschritt vorgesehen, und wann findet der Architekturwettbewerb statt? Wir freuen uns auf die Resultate, die dabei heraus kommen werden.

**Heidi Ehrsam, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Ich möchte für die Motion Daniel Dähler und das Postulat Ruedi Moor gleichzeitig sprechen. Wir danken für diese Vorstösse und werden sie vollumfänglich unterstützen und einstimmig überweisen, wie es der Stadtrat ebenfalls beantragt. Unsere Museen bieten viel. Sie haben sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt und sind attraktiver geworden. Damit sie sich weiter entwickeln können, braucht es jetzt eben auch die räumlichen Erweiterungen und Sanierungen, wie es die beiden Vorstösse aufzeigen. Wir sind froh, dass das neue Kunstmuseum in der Planungsperiode 2011 – 2017 enthalten ist, und hoffen, dass der vorgesehene Zeitplan, wie es die stadträtliche Antwort in der Motion aufzeigt, auch eingehalten oder sogar noch beschleunigt werden kann. In diesem Sinne überweisen wir beide Vorstösse einstimmig.

**Gert Winter:** Weil das Naturmuseum in der SVP-Fraktion nicht umstritten ist, beschränke ich mich auf Ausführungen zum Neubau des Kunstmuseums. Das Vorhandensein eines Kunstmuseums stellt grundsätzlich eine Bereicherung dar. Ein paar Stichworte: Die Fondation Beyeler in Riehen, die Fondation Pierre Gianadda in Martigny oder das Tinguely-Museum in Basel, alles Kunstmuseen, die vor nicht allzu langer Zeit erstellt und in Betrieb genommen worden sind. Gemeinsam ist allen ein beeindruckendes finanzielles Engagement von privaten Mäzenen, begleitet von einer vollständigen oder weitgehenden Entlastung der lokalen Steuerzahler. In Olten dürfte die Rechnung für die Stadtkasse allerdings etwas anders aussehen als in den oben genannten Beispielen. Leistungen des Lotteriefonds sowie solche von Privaten und Firmen werden die Last, die bei der Stadt Olten verbleibt, zwar erheblich reduzieren, wie zu hoffen ist. Trotzdem wird der Restbetrag, den die Stadt Olten zu übernehmen hat, im Vorfeld der Abstimmung wohl noch zu reden geben. Unter diesem

Gesichtspunkt macht es sich der Kanton Solothurn mit seiner sogenannten Museumspolitik etwas gar einfach. Ob es trotzdem möglich sein wird, eine Mehrheit von Oltnern Stimmbürgern und Steuerzahlern davon zu überzeugen, dass sie zu einem massgeblichen Teil in die Rolle eines Mäzens schlüpfen sollen, halten wir für fraglich. Einen Rückblick auf die bisherigen jährlichen Besuchszahlen lässt hier nicht grosse Hoffnungen aufkommen. Beim Kunstmuseum handelt es sich gemäss der allseits bekannten Lord-Studie um ungefähr 5'000 erwachsene Besucher jährlich, von denen ein erheblicher Teil aber nicht in Olten Wohnsitz hat. Festgehalten wird in der genannten Studie zudem explizit, dass „die Raumplanung für die Museen davon ausgehen muss, dass die Besuchszahl auch durch Um- und Neubauten langfristig insgesamt nur marginal erhöht werden kann“. Olten ist nun einmal im Unterschied zu Basel keine Museumsstadt. Während in den drei städtischen Museen von Olten ungefähr 20'000 Eintritte pro Jahr verzeichnet werden, sind es in Basel bei drei Dutzend Museen nicht ganz anderthalb Millionen. Der Unterschied liegt natürlich nicht nur in der Anzahl der auswärtigen Museumsbesucher. Vielen in Olten wohnhaften Leuten fehlt trotz des heutigen Museumsangebotes ein persönlicher Zugang zur Kunst. Das lässt unserer Meinung nach zum Einen nicht unbedingt darauf schliessen, dass der Neubau im Vorfeld der Abstimmung als Faktor, der zur Standortattraktivität und Belebung beiträgt, wahrgenommen werden wird. Zum Anderen gehören Erstellung und Betrieb eines Kunstmuseums auch nicht wirklich zum Kerngeschäft einer Kleinstadt. Es handelt sich vielmehr um eine Luxusinvestition, speziell angesichts der geringen Besuchernachfrage. Noch einmal: Olten ist keine Museumsstadt. Es ist eine Pendlerstadt mit zentraler Vorzugslage. Es macht deshalb - unabhängig von persönlichen Vorlieben und Abneigungen - nicht viel Sinn, mit einem unverhältnismässigen finanziellen Kraftakt städtische Einrichtungen und Dienstleistungen anzubieten, die in mindestens gleichwertiger Qualität in der näheren und weiteren Umgebung bereits vorhanden sind, von den Einwohnern selten oder nie aufgesucht bzw. in Anspruch genommen werden und mit dem öffentlichen Verkehr in weniger als einer Stunde erreichbar sind. Die SVP Stadt Olten hält dementsprechend das Vorhaben grossmehrheitlich für politisch aussichtslos und empfiehlt, die Motion Dähler ebenso wie das Postulat von Ruedi Moor nicht zu überweisen.

**Patrick Weibel:** Ich möchte den Reigen der Fraktionen abschliessen und mich etwas kürzer halten. Auch ich rede zum Postulat und zur Motion. Die Grünen sind ganz klar für eine Unterstützung und Überweisung beider Vorstösse und sind der Meinung, dass die Planung möglichst rasch aufgenommen werden soll. Die Beschreibung und die mitgelieferte Skizze in der Antwort des Stadtrates haben wir als sehr hilfreich empfunden, und es zeigt eine Stossrichtung auf, wohin es gehen kann. Die Umsetzung eines solchen Museumsneubaus stellt auch eine Aufwertung von Munzingerplatz, Platz der Begegnung und der Innenstadt an sich dar. Wichtig ist in unseren Augen, von Anfang an auch zu klären, wie die Zugänglichkeit des Kunstmuseums und Naturmuseums geregelt werden. Gibt es zum Beispiel einen gemeinsamen Eingangsbereich mit Museumsshop oder Cafeteria, und wie könnte dieser Bereich ausgestaltet werden? Das sind Fragen, die klar geklärt werden müssen. Mit dem Museumsneubau für das Kunstmuseum muss man auch das Naturmuseum aufwerten. Das heutige räumliche Korsett, welches das Naturmuseum hat, ist sehr stark einschränkend und verhindert die Umsetzung vieler guter Ideen der Museumsleitung. Der Museumsneubau eröffnet auf jeden Fall eine Chance für alle Museen der Museenstadt Olten. In diesem Sinne sind wir für die Überweisung beider Vorstösse.

**Dr. Rudolf Moor:** Ich kann hier zwei, drei Sachen nicht ganz unwidersprochen lassen, was die Museen anbelangt. Erstens: Wenn man von 20'000 Besuchern spricht, ist diese Zahl nicht klein. Man muss sich vorstellen, dass immerhin jeder zweite aus der Agglomeration jedes zweite Jahr einmal in ein Museum geht. Das ist nicht so schlecht. Man kann dies nicht mit den Eishockeymatches vergleichen, weil es nicht jede Woche zwei Sonderausstellungen gibt. Diese Zahl ist relativ gut. Zweitens: Die Aussage, dass man mehr oder weniger nur unbedeutende Lokalmuseen hat, stimmt natürlich nicht. Gerade das Kunstmuseum hat durchaus eine Ausstrahlung, die über die Stadt hinaus geht. Ich möchte doch auch noch

daran erinnern, dass das Naturmuseum immerhin eine Auszeichnung erhalten hat, die weit über das hinaus geht, was ein normales kleinstädtisches Museum eigentlich erwarten könnte. Drittens: Die Vorstellung, dass wir auf kulturelle Einrichtungen in Olten verzichten sollen, weil sie ja in den mittleren Städten der Umgebung vorhanden sind, finde ich doch auch eher kurios, weil dies heissen würde, dass wir wirklich zu einer reinen Schlafstadt werden. Dann verlieren wir den Zentrumscharakter definitiv. Ich glaube, das ist nicht die Vorstellung, die wir von einer kulturellen und attraktiven Stadt haben. Gerade gestern ist ja die Attraktivierung der Stadt häufig ein Thema gewesen, auch in Zusammenhang mit anderen Sachen. Ich glaube, hier ist es doch wichtig, dass wir ein kulturelles Angebot haben, das diesen Namen verdient und heute nicht schlecht ist.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich möchte im Namen des Stadtrates für die Vorstösse zu den Museen in dieser Breite danken. Das ist etwas sehr Positives. Vor mir hat praktisch die Museenkommission der Stadt Olten gesprochen. Ich möchte allen Beteiligten herzlich danken. Das ist Interessensvertretung, aber in einem positiven Sinn. Ich habe nicht ganz verstanden, was Gert Winter gesagt hat. Du bist nämlich auch Mitglied dieser Museenkommission. Du kannst eine andere Meinung haben. Vielleicht bist Du in einem Museum mehr verhaftet oder verbunden als in den beiden anderen. Das ist aber gerade das grosse Problem. Zuerst aber etwas anderes: Ich glaube, es ist völlig müssig, Olten mit Basel, Bern oder irgend welchen anderen Städten, die völlig andere Dimensionen von der Grösse, aber auch vom Potenzial der Besucher haben, zu vergleichen. Wir haben schlicht nicht die Stadt Basel – Du bist ein Basler - mit dem nötigen Geld und Herrn Beyeler, der aus seinem Portemonnaie eine Fondation finanziert hat, die weltweite Bedeutung hat. Wir haben nicht die Person, welche mit ihrem vielen, vielen Geld das Klee-Museum in Bern gebaut hat, und wir sind auch nicht im Wallis, wo der ganze Kanton hinter der Stiftung Gianadda in Martigny, der „Couchepin-Ville“ steht. In Olten geht dies nicht so. Wir werden nie so viele Millionen zusammen bringen. Aber ganz sicher werden wir den Kanton dazu bringen. Hier sind auch Gespräche geführt worden. Die Museumspolitik des Kantons Solothurn ist nach unserer Meinung – man nehme dies bitte zur Kenntnis – eben gerade positiv, um so etwas zu realisieren, weil der Kanton dadurch möglicherweise seine Unterstützung und seinen Fokus auf bestimmte Gebiete und bestimmte Häuser konzentriert. Das kann nur hilfreich sein, wenn man ein Haus hat, das eine gewisse Bedeutung hat. Die drei Oltnen Museen – danke Ruedi Moor, Präsident der Museenkommission – haben alle auf ihre Art eine ganz tolle Bedeutung. Der Preis für das Naturmuseum ist eine unglaublich tolle Äusserlichkeit, die eine nationale Dimension angenommen hat. Das Allerschlimmste, was jetzt passieren kann, ist, wenn man sich im Zusammenhang mit den Museen jetzt auseinander dividieren will. Gert Winter hat gesagt, das Vorhaben halte man bei Euch für politisch aussichtslos. Wenn man dann noch genau diejenigen Personen, die für die Museen einstehen und dahinter stehen, nämlich zum Beispiel einen Kunstverein, eine Gesellschaft, die in einem anderen Museum unterstützend dabei ist oder Interessenleute, die halt einfach aufgrund der Physiognomie oder Interessenlage eher in das Historische Museum als in das Kunstmuseum gehen, gegeneinander aufbringt, dann gebe ich Dir recht, dass in Olten wieder einmal gar nichts läuft, wenn es um eine Investition geht, die nicht gerade eine kleine sein wird. Hier geht es um Millionenbeträge. Ich möchte Euch für die gute Aufnahme danken. Wir werden die Vorstösse entgegen nehmen und auch handeln. Im Finanz- und Investitionsplan haben wir bereits etwas Gelder nach vorne verschoben, um einen Wettbewerb durchzuführen, den wir selbstverständlich mit unserem neuen Stadtplaner, Herrn Schmid, inszenieren werden. Denkt daran: Alle drei Museen sind für Olten wichtig. Wenn wir dies falsch machen, haben wir am Schluss gar nichts. Die Stimmung, wie sie jetzt hier war, minus SVP – seid mir nicht böse – ist in dieser Form noch nie so gewesen, dass man sagt: Wir wollen mit den Museen vorwärts kommen. Vor Jahren hat man immer diskutiert: Brauchen wir dies? Brauchen wir überhaupt drei Konservatoren? Reicht einer nicht usw.? Das ist doch endlich einmal vom Tisch. Dafür haben wir ein Kulturkonzept geschaffen und haben es in diesem Parlament auch mehrmals herüber gebracht. Es ist auch Geld dafür gesprochen worden. Jetzt fangen wir nicht wieder dort an, sondern ziehen an diesem berühmten Strick auf die gleiche Seite.

Wir im Stadtrat werden es auf jeden Fall voran treiben. Aber wir brauchen das Parlament für die Vorlage und nachher in Eurem Namen und mit Euch zusammen das Stimmvolk von Olten.

**Thomas Pfluger:** Noch kurz weg vom Inhalt zur Hülle. Das ist mir ein Anliegen. Auch Daniel Dähler hat es gesagt. Es ist ganz wichtig und geht etwas an das Stadtplanungsamt, die Behörden, dass in diesem Wettbewerb – wenn man es liest, hat man das Gefühl, es sei schon ziemlich eindeutig, wie es ungefähr aussehen könnte. Die Denkmalpflege hat eine Aussage gemacht – wirklich der Perimeter aufgemacht wird. Ich habe auch das Gefühl, dass man diese Lösungen spielen lassen muss. Es ist ganz wichtig, dass hier auch eine Querlösung, wie man es hier einmal etwas diskutiert hat und im Rennen war, nicht einfach vom Tisch ist. Ich habe das Gefühl, dass man das Spiel offen lassen muss.

**Heidi Ehram:** Wir haben ungefähr im Jahr 2009 die Stellenprozente für unsere Museumsleiter angepasst. Für jedes Museum hat es dazu gegeben, was es brauchte und was ausgewiesen war. Es geht hier primär um das Kunstmuseum, das eine Assistentin erhalten hat. Das weiss die SVP oder Gert Winter im Speziellen sicher. Ich muss sagen, dass ich im letzten Jahr ab und zu im Kunstmuseum war. Dass wir die Stellenprozente erhöht haben, hat sicher allen Museen, aber auch ganz speziell dem Kunstmuseum etwas gebracht. Die hier gestiegene Innovation ist spürbar. Ich fände es eigentlich toll, wenn wir hier jeweils über Museen und anderes diskutieren, wenn man dies manchmal vielleicht auch aus eigener Erfahrung miterleben könnte und man an einer Disteliade oder einem anderen Anlass einer, zwei oder drei von Euch mehr sehen würde. Ich weiss, dass man nicht überall dabei sein kann, und mir ist dies auch nicht möglich. Aber es würde mich freuen, jemanden mehr zu sehen.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Gert Winter hat eigentlich nicht gegen die Ausstellungen geredet. Aber ich glaube, er hat ein Fragezeichen gegen die grossen Investitionen in den Bau gemacht. Wenn ich so zuhöre, muss ich auch sagen, dass ich Mühe habe, dass man dies übersetzt, es müssen Bauten aufgestellt werden. Wir sind uns hier alle einig. Man kommt etwas unter Druck, muss ja fast dafür sein und darf nicht auseinander dividieren. Ihr habt ja selber geschrieben: „Das letzte Wort wird das Volk an der Urnenabstimmung haben, das erfahrungsgemäss auch überparteilich breit abgestützte Vorhaben ablehnen kann“. Wir müssen schon aufpassen, dass wir unter uns hier einig sind. Ich wehre mich etwas dagegen, dass gesagt wird, wir dürfen uns nicht auseinander dividieren. Das heisst, dass wir uns solche Überlegungen gar nicht machen dürfen.

**Christian Werner:** Ich möchte erstens Arnold Uebelhart für diese Worte danken. Zweitens möchte ich einfach noch Folgendes sagen: Gert Winter ist jetzt hier zumindest indirekt angegriffen worden. Es ist richtig, dass er Mitglied der Museenkommission ist. Ich möchte festhalten, dass er die Meinung der Fraktion und nicht der Kommission vertreten hat. Persönlich wird er sich enthalten. Die Fraktion ist dagegen. Vielleicht hängt es damit zusammen, dass wir noch relativ jung sind oder zumindest nicht in diesen linken Dunstkreisen verkehren. Was auch immer. Jedenfalls hat die Fraktion dort eine etwas kritische Haltung, aber nicht Gert Winter.

**Heidi Ehram:** Christian, ich zähle mich nicht zum linken Dunstkreis, und es wäre ganz toll, wenn Du auch einmal kämest. Dann könnten wir beim Apéro die politischen Ausrichtungen der anwesenden Leute zusammen diskutieren. Wäre das nicht gut? Dann würdest Du sehen, dass nicht der linke Dunstkreis dort ist, und der Ausdruck an und für sich ist schon etwas suspekt.

**Daniel Dähler:** Christian, jetzt muss ich auch noch einhaken. Ich bin auch jung und nicht links. Von daher gibt es dort wahrscheinlich schon noch den einen oder anderen, der nicht in diesen Dunstkreis gehört. Auf der anderen Seite sind wir uns wirklich selber lieb und vor

allem die Stadträte, wenn wir wirklich eine Vorlage bringen, die halt die privaten Gelder in diesem Sinne mitbringt. In der Vergangenheit gab es Stiftungen, auch mögliche Sponsoren von grossen Unternehmungen, die teilweise ansässig sind, welche bereit waren, grosse Beiträge zu sprechen. Vielleicht schafft man dies in Zukunft ja auch wieder, um dort etwas die Luft heraus zu nehmen, damit der grosse Block, den die Stadt schliesslich in die Hand nehmen muss, dann nicht ganz so gross ist. Hier seid Ihr gefordert, und ich setze meine Hoffnung darauf, dass Ihr dies schafft.

### **Beschluss**

Mit 37 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion überwiesen.

Mitteilung an:  
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2010

Akten-Nr. 33/2

Prot.-Nr. 35

## **Postulat Rudolf Moor (SP) und Mitunterzeichnende betr. „Attraktivere Innenstadt: Für eine rasche Realisierung des Museen- neubaus“/Beantwortung**

Am 24. Juni 2010 haben Rudolf Moor (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende folgendes Postulat eingereicht:

„Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie der geplante Neubau des Kunstmuseums und die Erweiterung des Naturmuseums nach der Ablehnung der Vorlage „Attraktivierung Innenstadt Olten“ rasch vorangetrieben und umgesetzt werden kann.

Begründung:

Es werden nun finanzielle Mittel frei, die es erlauben, den Neubau und die Erweiterung der Museen im Finanz- und Investitionsplan wieder aufzunehmen und die notwendigen Investitionen in den Jahren 2011 – 2013 vorzusehen.

Zur Belebung und Attraktivierung der Innenstadt sind jetzt erst recht Impulse nötig. Die Vorarbeiten für die Neu- und Ausbauten der Museen sind auf einem Stand, die es erlauben, rasch ein Vorprojekt, einen Wettbewerb und ein Bauprojekt auszulösen.

Der Erhalt und der Ausbau der Museen finden unter den Parteien eine breite Unterstützung, wie verschiedene Beschlüsse im Gemeindeparlament in den vergangenen Monaten gezeigt haben.

Der Museenneubau leistet einen wesentlichen Beitrag zur erwünschten Steigerung der urbanen Lebensqualität.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Grundsätzlich bedeutet die Ablehnung der Vorlage Attraktivierung Innenstadt nicht, dass nun 25,7 Mio. Franken frei zur Verfügung stehen: In der Abstimmungszeitung wurde klar aufgezeigt, dass 17,5 Mio. Franken ohnehin für Sanierungen von Strassen und Kanalisationen aufzuwenden sind, wenn auch diese nun nicht innert weniger Jahre durchgeführt werden. Hinzu kommt, dass der Stadtrat nicht den heutigen Zustand beibehalten will und ein „Nachfolgeprodukt“ der abgelehnten Vorlage auch Kosten – wenn auch voraussichtlich in deutlich geringerem Ausmass – verursachen wird.

Der Stadtrat unterstützt die Aussagen des Postulanten zur Bedeutung der Museen für die Innenstadt und ist daher – wie auch die Beantwortung der Motion Daniel Dähler (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Neubau Kunstmuseum und Erweiterung Naturmuseum mit

städtischer, kantonaler und privater Unterstützung zeigt – gewillt, möglichst rasch vorwärts zu gehen. Er hat deshalb das Vorhaben Museenneubau und -sanierung im Finanzplan zeitlich – allerdings etwas später als nach der Vorstellung des Postulanten – und finanziell festgehalten, immer unter der Voraussetzung, dass die zuständigen Instanzen Projekt und erforderlichem Kredit zustimmen werden.

In diesem Sinne empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Überweisung des Postulates.

- - - - -

### **Beschluss**

Mit 37 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:  
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2010

Akten-Nr. 33/2

Prot.-Nr. 36

## **Postulat Simon Haller (glp) und Mitunterzeichnende betr. Nutzungserweiterung Kunstmuseum zur Belebung der Innenstadt/Beantwortung**

Am 24. Juni 2010 haben Simon Haller (glp) und Mitunterzeichnende folgendes Postulat eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt aufzuzeigen, wie und zu welchen Kosten das Kunstmuseum durch Nutzungserweiterungen (z.B. Café, erweiterter Kulturbetrieb, öffentliche Planauflagen der Stadt etc.) im Erdgeschoss einen Beitrag zur Belebung der zentralen Achse Kirchgasse leisten kann.

Begründung:

Das Kunstmuseum ist im Besitz der Stadt Olten und wird von dieser auch betrieben. Die zentrale Lage an einer der meistfrequentierten Strassen der Stadt ist ideal und hat ein hohes Potential für die Belebung unserer Innenstadt. Das Erdgeschoss ist durch grosse Glasfenster offen für die Kirchgasse zugewandt.

Die aktuellen Öffnungszeiten des Kunstmuseums (Di-Fr 14-17 Uhr, Do 14-19 Uhr, Sa / So 10-17 Uhr) sind jedoch vor allem wochentags alles andere als attraktiv und für die zentrale Lage unpassend. Die attraktive Liegenschaft mit einladendem Erdgeschoss präsentiert sich im Rahmen des aktuellen Monobetriebs damit grossmehrheitlich mit verschlossenen Türen.

Mit Nutzungserweiterungen, welche nur geringfügige bauliche Eingriffe bedingen, sollte es gelingen, die Wertschöpfung und Nutzungsfrequenzen in der zentralen Liegenschaft massiv zu erhöhen. Die Rechnung 2009 der Einwohnergemeinde Olten zeigt auf der Ertragsseite einen minimalen Betrag an Eintritts- und Benutzungsgebühren von nur gerade einem vierstelligen Frankenbetrag. Auf dieser Seite liegt zurzeit sicherlich wesentliches Potential brach.

Durch die Nutzungserweiterungen müssen keine zusätzlichen Arbeitspensen für die Angestellten des Museums entstehen. Restaurationsangebote können beispielsweise durch Private betrieben werden.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

### Grundsätzliches

Der Vorstoss wurde als Postulat eingereicht. Die Formulierung des Anliegens würde hingegen der Form einer Motion entsprechen. Als Postulat kann es lediglich um einen Prüfungsauftrag gehen, ob das Anliegen des Postulanten erfüllt werden kann.

### Zum Inhalt

Die Lage des Kunstmuseums an der Kirchgasse ist zweifellos zentral. Deshalb besteht die Absicht, im Rahmen des Vorhabens Museenneubau und -sanierung nach Bezug eines Neubaus die Liegenschaft für eine gewerbliche Nutzung freizugeben.

Einer Öffnung für weitere Zwecke, **bevor** ein solcher Neubau vorhanden ist, steht indessen das ohnehin sehr eingeschränkte Platzangebot im Kunstmuseum entgegen: Für Wechsellausstellungen, insbesondere von grossformatigen Werken, bietet sich schwergewichtig der Raum im Parterre an, zumal die darüberliegenden Räume verwinkelt und nicht mit einem Lift oder wenigstens einer breiten Treppe erschlossen sind. Würde man diese Fläche durch andere Nutzungen begrenzen bzw. zu einer Eingangshalle umfunktionieren, würde dies einen einschneidenden Eingriff in die qualitativ hochstehende Ausstellungstätigkeit des Kunstmuseums darstellen; für gehbehinderte Menschen wäre ein Ausstellungsbesuch gar verunmöglicht. Eine Einschränkung würde auch der gegenwärtigen Aufbruchphase mit Personalaufstockung, vermehrten Vermittlungsangeboten und hoher Medienpräsenz dank verstärkter Öffentlichkeitsarbeit widersprechen.

Der Raum im Parterre wurde schon verschiedentlich für Anlässe (Konzerte, Stadtgespräche etc.) genutzt; diese Möglichkeit soll weiterhin bestehen. Die Energien für mögliche Veränderungen wie auch die finanziellen Mittel sind jedoch nach Ansicht des Stadtrates auf das Neubauprojekt zu konzentrieren. In diesem Sinne beantragt er dem Gemeindeparlament die Ablehnung des Postulates.

- - - - -

**Simon Haller:** Interessant ist hier, dass mein Vorstoss quasi abgeleitet worden. Es ist ein Postulat von mir eingereicht worden, und der Stadtrat fand, es sei eine Motion. Das ehrt mich grundsätzlich, obwohl ich den Grund nicht ganz verstehe. Wir haben heute Abend viel über die Innenstadt und die Museen gesprochen. Mein Vorstoss geht in beide Richtungen. Die Diskussionen über die Innenstadt haben gezeigt, dass wir bei allen Differenzen hier doch auch relativ viele gleiche Nenner haben, vor allem in einem Punkt, dass die Attraktivierung und Belebung der Innenstadt nicht allein über bauliche und verkehrstechnische Massnahmen läuft. Belebung fängt oft im Kleinen an, und genau dorthin zielt eigentlich mein Vorstoss. Das Kunstmuseum liegt an zentraler, vor allem auch stark frequentierter Lage und verfügt über ein einladendes und offenes Erdgeschoss. Das Kunstmuseum, und das ist etwas die andere Seite, verfügt aber auch grösstenteils über verschlossene Türen. Die Öffnungszeiten beschränken sich meistens auf ein paar wenige Stunden pro Tag, und das erachte ich doch eher als unbefriedigend an dieser Lage. Aus meiner Sicht kann es nicht sein, dass wir alle von einer Belebung der Innenstadt reden, und gleichzeitig verfügt die Stadt Olten an zentraler Lage über mehrere Liegenschaften, die grösstenteils geschlossen sind und kaum Wertschöpfung bringen. Das Erdgeschoss des Kunstmuseums soll für weitere Nutzungen frei gegeben werden. Das können Gastroangebote, Kulturveranstaltungen oder auch andere Nutzungen sein. Die weiteren Nutzungen kosten die Stadt Olten nichts. Sie können von Privaten betrieben werden. Ein Blick ins Budget zeigt auch, dass das Kunstmuseum unserer Stadt nicht gerade eine Cashcow ist. 4'000 Franken budgetierte Einnahmen sind doch eher mickrig. Auch für den Museumsbetrieb ergeben sich durchaus

Synergien und nicht nur die in der Antwort des Stadtrates erwähnten Einschränkungen. Alle baulichen Fragen, die der Stadtrat in seiner Antwort als Hindernis nennt, lassen sich mit etwas Kreativität und vor allem auch etwas gutem Willen ganz sicher aus dem Weg schaffen und lösen. Die Antwort des Stadtrates vertröstet uns bezüglich Nutzungserweiterungen auf den Museumsneubau. Er ist doch bei aller Euphorie, die wir gerade vorhin auch gespürt haben, doch noch ein paar Jahre weit weg und alles andere als sicher. Der 13. Juni hat doch gezeigt, dass es gefährlich ist, sich bei der Innenstadt auf Grossprojekte zu verlassen und alle Hoffnungen auf sie zu setzen. Die Innenstadt verlangt auch nach kleinen Impulsen, und mein Vorstoss geht in die Richtung, dass man auch mit kleinen und einfachen Impulsen etwas zur Attraktivierung und Belebung der Innenstadt machen kann. Ich bitte Euch, meinen Vorstoss als Postulat zu überweisen und in diesem Sinne zu unterstützen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Es steht ein hehrer Gedanke dahinter. Ich erkläre jetzt nicht, was Postulat und Motion ist. Das haben wir heute schon ein paar Mal gehört. Aber es steht halt schon drin: „Der Stadtrat wird beauftragt aufzuzeigen“ und ganz konkret zu sagen, wie und mit welchen Kosten in einem Kunstmuseum Erweiterungen stattfinden sollen. Ich nehme an, dass Du schon x Mal im Kunstmuseum warst und alle Räume von unten bis oben und vor allem auch die Verbindung zum Naturmuseum kennst. Das ist nämlich einer der Aufhänger. Das Kunstmuseum ist völlig verwinkelt und braucht ganz konkret genau den Raum, den Du auch immer wieder für wesentliche Ausstellungen ansprichst. Die paar Mal, wo zum Beispiel die Stadtgespräche oder die Generalversammlung der Gesellschaft Freunde des Kunstmuseums stattfinden, ist es innerhalb der Ausstellung an einem Abend und in drei Stunden erledigt. Eine Nutzungserweiterung ist, und das nehmen wir sehr ernst, auch in Absprache mit den Betreibenden, der Konservatorin als Leiterin und ihrer Stellvertreterin und dem gesamten Personal, äusserst problematisch, weil man sonst schon beim Platz und bei der Aufgabe, die das Museum eigentlich hat, absolut am Limit geht. Im Moment wird in der Museumsangelegenheit auch diskutiert, dass das angrenzende Naturmuseum ebenfalls überhaupt keinen Platz hat. Jetzt weiss man, dass man, wenn man beim Kunstmuseum herein kommt, nach links über zwei Stufen geht und plötzlich im Naturmuseum steht. Dort wurde eine Teilwand entfernt. Das ist eigentlich Areal des Naturmuseums. Es möchte dies natürlich gerne zurück, weil es im Naturmuseum Räumlichkeiten braucht, um Dinosaurier auszustellen. Ich möchte es nicht falsch verstanden haben. Aber es braucht einfach Platz, auch um eine moderne Ausstellungskultur durchführen zu können. Das funktioniert nicht miteinander, wenn man dies jetzt ändert. Es verträgt nichts mehr anderes in diesem Museum, als was bis jetzt akzeptiert ist. Wir überlassen auch der Museumsleitung, welche zusätzlichen Anlässe, die in den meisten Fällen gleich mit der Umgebung, mit der Innenstadt, etwas zu tun haben, zum Beispiel die Stadtgespräche, für die Entwicklung der Stadt oder die Generalversammlung der vorher erwähnten Vereine, sie durchführen möchte. Das ist der Grund und nicht die Idee, dass man die Innenstadt nicht so beleben soll. Das ist überhaupt nicht das Negative. Ich werde jetzt etwas formalistisch. Wir haben den Vorstoss einfach so beantwortet, wie Du eigentlich den Auftrag gegeben hast. Das ist der Grund, weshalb der Stadtrat Euch empfiehlt, das Postulat abzulehnen. Es ist nicht erfüllbar. So können wir es nicht durchführen. Wir können Euch einen Plan unterbreiten und darauf schreiben: Geht nicht. Das macht keinen Sinn. Es geht nicht auf.

**Daniel Dähler:** Die FdP-Fraktion wird den Vorstoss grossmehrheitlich zur Ablehnung vorschlagen respektive zustimmen. Vielleicht setze ich den Hut der Subkommission des Kunstmuseums auf. Ich kann bestätigen, was Ernst Zingg für ein solch nüchternes Thema sehr emotional ausgeführt hat. Wichtig ist schon, dass die bestehenden Räumlichkeiten in dieser Qualität belassen werden. Für zusätzliche Nutzungen braucht es grössere bauliche Anpassungen. Das würde auf die Qualität dieser Räume sehr massiv Einfluss nehmen, vor allem auf einen der wichtigsten Räume, der auch mit seiner Höhe wesentlich ist. Es ist der einzige Raum mit dieser Höhe. Wenn man jetzt andere bauliche Massnahmen vorsähe, würde man dort relativ stark eingreifen. Andererseits wurde in der Vergangenheit schon versucht, ein kleines Café einzurichten. Aufgrund der Nachfrage ist dies relativ rasch wieder

eingestellt worden. Man hat dort zwar schon zaghafte Versuche gemacht, ein Museumscafé voran zu treiben. Ich denke, diese zwei Punkte müssen bei der aktuellen Situation einfach berücksichtigt werden. Von daher appelliere ich persönlich in diesem Sinn auf eine Ablehnung. Grundsätzlich habe ich natürlich sehr viele Sympathien für den Vorstoss. Aber er ist vielleicht in diesem Kontext einfach schwer oder fast unmöglich umsetzbar.

**Gert Winter:** Auch die SVP Stadt Olten ist einhellig der Auffassung, dass dem Kunstmuseum am jetzigen Standort keine Räumlichkeiten entzogen werden sollen. Für den Fall, dass das Stimmvolk einem Museumsneubau zustimmen sollte, scheint uns aber die Einrichtung eines Cafés oder eines ähnlichen Betriebes im Parterrebereich durchaus sinnvoll.

**Patrick Weibel, Grüne Fraktion:** Wir verstehen das Anliegen des Postulats sehr gut und einzelne haben es auch unterzeichnet. Der Vorstoss möchte ja auf eine kurzfristige Veränderung der Nutzung des Kunstmuseums abzielen, was gewisse Schwierigkeiten mit sich bringt, wie wir jetzt gehört haben. Als Mitglied der Museenkommission war ich auch sehr stark in die Diskussionen involviert, welche Auswirkungen dies hat. Der Vorstoss vergisst dabei etwas die mittel- und langfristige Perspektive bzw. ein übergeordnetes Konzept. Mit der Umsetzung dieser Forderung werden Wechelausstellungen im Kunstmuseum praktisch unmöglich, wie es die Museumsleitung dargelegt hat und wie wir auch schon von zwei Seiten gehört haben. Wir sind deshalb der Meinung, dass man das Begehren zurzeit nicht überweisen und zu Gunsten einer längerfristigen Perspektive mit dem vorher diskutierten Museumsneubau auf die Seite legen soll. Der Vorstoss zeigt klar, dass eine publikumsintensive Nutzung vermehrt angestrebt werden soll, was eben zur Belebung der Innenstadt dient.

**Werner Good, SP-Fraktion:** Ich möchte alle wiederholen, die jetzt etwas gesagt haben. Wir sind gleicher Meinung, dass wir den Vorstoss wegen Platzmangels, weil er einseitig ist, grossmehrheitlich ablehnen.

**Urs Knapp:** Ich möchte doch, dass am Schluss vielleicht 12 zustimmen, die 11, die unterschrieben haben und meine Wenigkeit als Minderheitssprecher der FdP. Wahrscheinlich bin ich von allen Votanten heute der Einzige, der keine Interessenbindung hat. Ich gehöre nicht der Museenkommission an. Das Anliegen von Simon Haller verstehe ich sehr, sehr gut. Es wäre wirklich wichtig, dass solche Räume geöffnet würden. Es ist nicht nur das Kunstmuseum. Im Perimeter bis zum Stadthaus hat es noch andere Räume, worüber vor ein paar Monaten auch einmal diskutiert wurde, wo es wirklich zur Belebung der Innenstadt gehört, dass Räume auch geöffnet werden und sie nicht nur während ein paar wenigen Stunden belebt sind, sondern wirklich dem Bürgerin und dem Bürger, den Einwohnern Oltens gehören. Von daher werde ich den Vorstoss unterstützen, mindestens mit den 12, die es am Schluss sind.

## **Beschluss**

Mit 33 : 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.

Mitteilung an  
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler  
Baudirektion/Herr Adrian Balz  
Kunstmuseum Olten/Frau Patricia Nussbaum  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2010

Akten-Nr. 1/8

Prot.-Nr. 37

## **Postulat Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Spielplatzgeräte in der Stadt Olten/Beantwortung**

Am 16. Dezember 2009 haben Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende folgendes Postulat eingereicht:

«Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die Spielplatzgeräte auf den Kinderspielplätzen der Stadt Olten die Norm 1176 erfüllen. Dabei gilt es konkret aufzuzeigen bzw. aufzulisten, welche Kinderspielplätze die genannte Norm erfüllen. Falls Spielplätze vorhanden sind, die diese Norm nicht erfüllen, ist der entsprechende Investitionsbedarf zu ermitteln, um diese Mängel zu beheben.

Begründung:

Seit dem 1. September 2008 hat die europäische Norm EN 1176 2008 «Spielplatzgeräte und Spielplatzböden» den Status einer Schweizer Norm. Sie besteht aus den Teilen 1-7 und wird auf Spielgeräte angewendet, die öffentlich zugänglich sind. Nebst allgemeinen sicherheitstechnischen Bestimmungen enthält sie spezielle Anforderungen an Spielgeräte wie Schaukeln, Rutschen, Seilbahnen, Karussells oder Wippen. Für Schadensfälle nach Unfällen auf Kinderspielplätzen wird unter anderem die Werkeigentümerhaftung angewendet: «Der Eigentümer eines Gebäudes oder eines anderen Werkes hat den Schaden zu ersetzen, den diese infolge von fehlerhafter Anlage oder Herstellung oder von mangelhafter Unterhaltung verursachen. Vorbehalten bleibt ihm der Rückgriff auf andere, die ihm hierfür verantwortlich sind.» Diese Haftung ist eine sogenannte Kausalhaftung, da der Werkeigentümer unabhängig von einem eigenen Verschulden für den Schaden einstehen muss, der durch sein mangelhaftes Werk verursacht worden ist. Darum wird der Stadtrat gebeten, die Kinderspielplätze gemäss der Norm 1176 zu überprüfen und die konkreten Investitionskosten für die Erfüllung der Norm aufzuzeigen.»

- - - - -

**Stadtrat Martin Wey** beantwortet das Postulat im Namen des Stadtrates wie folgt:

Bereits vor 8 Jahren (Budget 2002) hat das Parlament Kredite genehmigt, welche für die sicherheitstechnische Nachrüstung der öffentlichen Kinderspielplätze vorgesehen waren. Die Anpassung an die europäische Normierung wurde in der Schweiz, bedingt durch die europäischen Hersteller und Lieferanten, frühzeitig vorgenommen. So wurden bereits alle Fallschutzbeläge der Norm angepasst und auf den Spielplätzen der Stadt Olten nachgerüstet. Die seit 6 Jahren (2004) bestellten Spielgeräte entsprechen den Erfordernissen der Norm EN 1176 2008.

Da in der Stadt Olten auch ältere Spielgeräte im Einsatz sind, kann es sein, dass diese in Details noch nicht der Norm EN 1176 2008 entsprechen. Wirtschaftlich gesehen, sollen nur

gefährliche Geräte und Anlagen sofort ausgetauscht werden. Es macht nicht Sinn, nach jeder Anpassung der Normierung alle betroffenen Geräte sofort auszuwechseln. Die Norm EN 1176 2008 regelt auch nicht alle Belange der selbst erfundenen Spielgeräte. Trotzdem möchte kein Abenteuerspielplatz auf diese verzichten.

Normen sind grundsätzlich zur Standardisierung und Vereinfachung von Vorgängen oder für Herstellungen erdacht worden. Keinesfalls erheben Normen den Anspruch alle auftretenden Fälle zum Vornherein lösen zu können. Es ist daher unerlässlich, mit offenen Augen und mit gesundem Menschenverstand an die auftretenden Fragestellungen heranzutreten.

### **Haftung und Unfälle**

In der Stadt Olten sind pro Jahr sehr wenig Unfälle bekannt. In den letzten fünf Jahren ist kein Unfall gemeldet worden.

Wie der Postulant richtig erläutert, haftet der Werkeigentümer für allfällige Werkmängel. Daher ist in jedem Frühling eine Arbeitsgruppe «Kinderspielplätze», bestehend aus Werkhof, Tiefbau und falls notwendig externe Spezialisten auf Hauptinspektion, um den Zustand jedes einzelnen Gerätes zu überprüfen. Unter dem Jahr kontrollieren die Werkhofmitarbeitenden die Anlagen regelmässig. Einerseits anlässlich der operativen Inspektion ca. alle 3 Monate, andererseits wöchentlich mit der visuellen Inspektion zusammen mit der Abfallentsorgung und Gesamtkontrolle. Die angetroffenen Schäden werden behoben oder defekte Geräte zur Reparatur entfernt.

Auch erhalten wir jedes Jahr ein bis zwei Meldungen von besorgten Einwohner/-innen, welchen wie oben beschrieben nachgegangen wird.

Die betreffenden Mitarbeiter des Werkhofes und des Tiefbauamtes besuchen bezüglich Sicherheit auf Spielplätzen regelmässig Weiterbildungsangebote und Kurse.

### **Investitionsbedarf**

Da die Nachrüstung bereits vor acht Jahren begann und die Sanierungen, Erneuerungen und Neuanschaffungen normkonform erfolgen, ist ausserhalb der vorgesehenen Investitionen und im Unterhaltsbudget kein weiterer Bedarf vorhanden.

Auf Grund der Erwägungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

- - - - -

**Andreas Schibli:** Der Auftrag verlangt zu prüfen, ob die Spielplatzgeräte auf den Kinderspielplätzen der Stadt Olten eine entsprechende Norm erfüllen. Vorweg möchte ich dem Stadtrat für die Antwort herzlich danken, und ich bin der gleichen Meinung wie er, dass das Postulat überwiesen und abgeschrieben wird. Es ist ein rollender Prozess. Das wird ja immer wieder jahrein jahraus überprüft. Wie ich der Antwort des Stadtrates entnehme, kann man eigentlich sagen, dass die Geräte auf den Kinderspielplätzen grossmehrheitlich im Schuss sind und die entsprechende Norm erfüllen. Ich möchte jetzt nicht auf dem Formellen herum hacken. Aber ich kann es nicht unterlassen, gleichwohl noch etwas zu sagen. Weil es immer wieder kommt, könnte man es ja theoretisch eigentlich nicht abschreiben. Aber weil ich volles Vertrauen in den Stadtrat habe, dass er die entsprechenden Geräte auf den Spielplätzen jahrein jahraus prüft, und ich nehme an auch auf den Schulhausplätzen, kann ich dem Antrag des Stadtrates folgen.

**Rolf Braun:** Die SP-Fraktion ist der gleichen Meinung wie der Postulant. Wir sind auch für Überweisung und Abschreibung. Die Beantwortung und Begründung des Stadtrates erachten wir als verhältnismässig und dem gesunden Menschenverstand folgend. Die Normen ändern bekanntlich immer wieder. Es kann nicht der Sinn sein, dass bei jeder Änderung immer wieder alles Bestehende eingestampft und durch Neues ersetzt wird. Insbesondere punkto Kosten ist es nicht zu verantworten. Übrigens können auch Geräte nach der neuen Norm mangelhaft sein oder schlecht unterhalten werden und somit ein saftiges Risiko für die Stadt darstellen. Unklar ist jedoch, ob ein Werk schon als mangelhaft bezeichnet werden muss, nur weil es nicht der neuesten Norm entspricht. Anhand der Aussage des Stadtrates besteht in Olten aber generell ein sehr kleines Haftungsrisiko, weil vor allem auch die Wartung durch den Werkhof einwandfrei und vorbildlich organisiert und jederzeit gewährleistet ist. Zudem löst sich das Problem mit den laufenden Erneuerungen von Spielplätzen mit den Jahren von selber, denn die neuen Geräte werden sicher immer wieder den neuen Normen entsprechen, ausser die Normen ändern schon wieder. A propos Wartung noch ein kleines Anliegen von unserer Seite: Wir haben in diesem Sommer festgestellt, dass gerade in den Wasserbecken, zum Beispiel auf der Trottermatte, mehrere Tage ein toter Vogel gelegen hat. Wir haben gesehen, dass sich beim Magazin während vielen Tagen Glasscherben im Wasserbecken befanden. Ich möchte von unserer Seite einen kleinen Hinweis geben, dem etwas Beachtung zu schenken, dass die Kinder die Wasserbecken auch benützen können.

**André Köstli, SVP-Fraktion:** Das Parlament hat im Vorfeld, das heisst bereits im Budget 2002 die Kredite für die sicherheitstechnischen Nachrüstungen der öffentlichen Kinderspielplätze genehmigt. Schon vor der Umsetzung der neuen Normen wurde begonnen, gewisse Sachen anzupassen und nachzurüsten. Gut hat man dies im Voraus gewusst, dass die bereits in den vergangenen Jahren bestellten Spielgeräte schon den neuen Anforderungen der EN-Normen entsprechen werden. Etwas muss ich aber dem Stadtrat hier wirklich noch auf den Weg geben und zwar den Satz aus der Beantwortung von Martin Wey: „Wirtschaftlich gesehen sollen nur gefährliche Geräte und Anlagen sofort ausgetauscht werden“. Ich persönlich finde es wirklich schlimm, wenn die Wirtschaftlichkeit vor der Sicherheit unserer Kinder steht. Sehr gut und wirklich vorbildlich sind die regelmässigen Kontrollen der diversen Anlagen sowie die ständigen Weiterbildungen betreffend Sicherheit auf Spielplätzen. Deshalb ist auch die SVP einstimmig dafür, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

## **Beschluss**

Einstimmig wird das Postulat überwiesen und abgeschrieben.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)  
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber  
Finanzkontrolle  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

**Parlamentspräsident Heinz Eng:** Ich denke, wir haben gestern und heute gut gearbeitet. Namens des Büros bedanke ich mich ganz herzlich beim Parlament und dem Stadtrat. Wenn wir so weiter fahren, kommen wir effektiv vorwärts und können unseren Pendenzenberg abarbeiten. Ich wünsche allen einen schönen Abend und eine gute Heimkehr.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.